18

Bonn, Dienstag 9. Februar 1965

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Baier, Blank, Burgbacher, Dittmar, Dufhues, Erhard, Fay, Gerstenmaier, Gradl, [Häussler], [Heck], Höcherl, Klepsch, Kohl, Kraske, Krone, Meyers, Mikat, Röder, Schmidt, Schmücker, Schröder, Schwarz, [Stecker], Stingl, Stoltenberg.

Bericht zur Lage (Adenauer und Erhard). Bundestagswahlkampf 1965. Verjährungsfrist für NS-Verbrechen. Bundesparteitag 1965. Schule und Sport. Finanzielle Lage der Partei.

Beginn: 9.30 Uhr *Ende: gegen 14.30 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer ersten Sitzung herzlich willkommen. Entschuldigt ist Herr Barzel, der sich auf einer Reise befindet, die dringend notwendig ist.[1] Herr Kiesinger wird etwas später kommen. Entschuldigt sind ferner die Herren von Hassel, Heydebreck, Lemke, Lemmer, Frau Strecker, Wegmann und Herr Lücke. Es lassen sich vertreten Herr Scheufelen durch Herrn Häussler[2], Herr Seebohm durch Herrn Stecker[3], Herr Strauß durch Herrn Höcherl.

Der Herr Bundeskanzler ist noch nicht da; er kommt aber gleich, um Ihnen einen Bericht über die Lage zu geben. Die Frage ist, ob wir mit Rücksicht darauf, daß unsere Zeit ziemlich begrenzt ist, schon beginnen sollten. *(Zustimmung.)* Meine Damen und Herren, da lassen Sie mich einige Worte sprechen. Einen weiteren Bericht über die Lage in der Partei wird Herr Dufhues geben.

Bericht zur Lage

Wir schreiten jetzt zu der fünften Bundestagswahl. Vier Bundestagswahlen haben wir gewonnen. Der fünften Bundestagswahl stehen wir mit einem gedämpften Optimismus gegenüber. Selbstverständlich hat es uns alle gefreut, daß wir bei der letzten Befragung – ich glaube, es war durch EMNID – einen Millimeter höher gekommen

1 Barzel war vom 7. bis 9. Februar 1965 in Paris (dpa vom 8. und 9. Februar 1965).
2 Erwin Häussler (1909–1981), 1953–1961 und 1964–1972 MdB (CDU), seit 1963 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Nordwürttemberg. Vgl. Protokolle 2 S. 886 Anm. 80.
3 Dr. Josef Stecker (geb. 1916), Rechtsanwalt; 1952–1961 Oberkreisdirektor des Kreises Meppen, 1957–1969 MdB (CDU), stv. Vorsitzender des Landesverbands Hannover, 1969–1983 Präsident des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

sind als die SPD.[4] Aber was ist schließlich ein Millimeter und was ist eine solch kleine Steigerung besonders in einer so bewegten Zeit wie der unsrigen? Sie ist sowohl in der Innenpolitik wie auch in der Außenpolitik bewegt. Und was ist eine so geringe Steigerung gegenüber einer SPD, die sich einfach totstellt, aber die durch das Totstellen doch in der Bevölkerung den Eindruck erweckt, daß sie eine mehr oder weniger solide Partei geworden sei.

Ich muß sagen, daß mir noch immer das schlechte Ergebnis der Kommunalwahlen in einem großen Teil der Bundesrepublik in den Knochen steckt. Und wenn ich höre – ich habe darüber Erkundigungen eingezogen; keine Zahlen, sondern ich habe Gespräche gehabt –, woran das sicher gelegen hat: an mangelndem Kampfeswillen. Jede Wahl ist Kampf, und vor allem eine Bundestagswahl muß Kampf sein.

Wir müssen die Tarnung der SPD in Fetzen herunterreißen. Das wird schwer sein. Wir können davon ausgehen, daß die Bundestagswahl des Jahres 1965 die schwerste Bundestagswahl sein wird, die wir bisher gehabt haben.

Diesen mangelnden Kampfeswillen merkt man auch jetzt, wenn man einlädt, so z. B. das Gremium zur Vorbereitung der Wahl. Neulich hatten wir auf drei oder halb vier Uhr eingeladen, und als die Stunde gekommen war, waren von etwa 25 Mitgliedern drei da.[5] Wir haben dann gewartet, und es tropfte dann so langsam weiter. (*Zuruf:* Was war das für ein Gremium?) Von den freiwilligen Mitgliedern – so will ich sie mal nennen – waren sieben oder acht da. Nach einiger Zeit fing die Gesellschaft wieder an abzubröckeln, und dann ging bald der eine und bald der andere. Oder neulich hatten wir das Parteipräsidium eingeladen.[6] Darin sind wir zu sieben. Natürlich waren welche verhindert; jeder ist verhindert, die gehen nicht mutwillig, die gehen nur wegen dringender Verhinderung, und sie erscheinen auch nur wegen dringender Verhinderung nicht. Im Parteipräsidium waren wir eineinhalb Stunden lang einigermaßen besetzt, aber lange nicht vollzählig. Da fing die Bröckelei wieder an. Das kann einen mit Schrecken erfüllen. Deswegen erblicke ich in dem Bundesparteitag, den wir im März haben werden, ein ganz großes Wecken aus dieser Lethargie, in die weite Kreise unserer Bevölkerung gefallen sind.

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen sagen, die Weltlage ist derartig, wie sie seit dem Jahre 1945, seit dem Zusammenbruch Deutschlands, nach meiner Meinung noch nicht gewesen ist. Wir bekommen jetzt bei dieser allgemeinen Schwächung in der Welt auch wieder die Abneigung gegen uns Deutsche zu spüren. In den Vereinigten Staaten ist sie auch; sie ist sogar schon sehr lebhaft, und das ist schlimm. In Großbritannien sind jetzt die Labour-Leute am Ruder, für uns ein kleiner Trost

4 Bei der EMNID-Umfrage „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?" erhielt die SPD im Februar 1965 allerdings 34 % und die CDU 32 % der Stimmen.

5 Das Präsidium der CDU hatte in seiner Sitzung am 26. Juni 1964 die Bildung eines Wahlgremiums zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1965 beschlossen. Protokoll in ACDP VII-001-053/1.

6 Sitzung des Parteipräsidiums am 2. Februar 1965. Protokoll in ACDP VII-001-053/1.

und eine kleine Hoffnung als mahnendes Beispiel für die Sozialdemokratie in der Bundestagswahl. Aber die Engländer – wenn sie sich auch nicht als Volleuropäer fühlen, das haben sie nie getan – fühlten sich doch einigermaßen als Europäer bisher, und sie standen auf unserer Seite gegen Rußland. Wie ist das jetzt? Das müssen wir abwarten. Die Vorschläge jedenfalls, die Herr Wilson gemacht hat[7] und die den früheren Verlautbarungen entsprechen, sind nicht sehr ermutigend.

Werfen Sie heute einmal einen Blick in die Zeitung. Ich will niemandem vorgreifen. Über Kairo[8] und die Verjährungsfrist[9] wird von anderen gesprochen werden. Ich möchte nur das eine sagen: Nach dem, was ich insbesondere von Herrn Jans[10] gehört habe, wühlt die Frage der Verjährungsfrist unsere ganze junge Generation zutiefst auf. Bei den Vertriebenen, die aufgrund ihrer Zahlen eine sehr wichtige Rolle spielen, wird jetzt verständlicherweise der Hinweis darauf laut, daß kein Mensch oder kein anderes Land – ich spreche jetzt nicht von Deutschland, von den Deutschen – sich irgendwie einmal über die großen Schandtaten geäußert hat, die bei der Vertreibung der Deutschen aus den verschiedensten Ländern vorgekommen sind. Ich möchte Ihnen nur eine Zahl ins Gedächtnis rufen: Von zwölf Millionen Vertriebenen sind nur sieben Millionen in Deutschland angekommen; die anderen sind verdorben[!], gestorben. Das ist schaurig. Es wäre sehr schlimm – deswegen ist die Frage der Verjährungsfrist so außerordentlich wichtig –, wenn jetzt über uns wieder der ganze Abscheu der Welt herüberkäme und wir dann umgekehrt mit dem antworten müßten, was Deutschland und den Deutschen geschehen ist. Deswegen ist das eine für den Ausgang unserer Wahl mit entscheidende Frage. Es ist wichtig, was da gemacht wird; ich werde gleich in der Diskussion darüber sprechen.

Vorausschicken möchte ich, daß nach meiner Meinung die ganzen Justizminister und alles Drum und Dran sich in der ganzen Sache wirklich nicht mit Ruhm bedeckt haben.[11] Das sind Gott sei Dank zum großen Teil keine Juristen. *(Heiterkeit.)* In der ganzen Diskussion, auch im Kabinett, hat man dauernd darüber gesprochen, ob man den 8. Mai des Jahres 1945 als den Tag nehmen muß, an dem die Verjährungsfrist zu laufen begonnen hat. Am 8. Mai war die bedingungslose Kapitulation, und das war ein militärischer Akt. Wie man ausgerechnet den Tag – ich wende mich jetzt an

---

7 Wilson hatte alternativ zur MLF, an der sich Großbritannien nicht beteiligen wollte, im Dezember 1964 die Atlantic Nuclear Forces vorgeschlagen, wobei er den britischen Einfluß zu erhöhen und den deutschen zu reduzieren gedachte (AdG 1964 S. 11580 f. und 11591; vgl. auch OSTERHELD: Außenpolitik S. 126 f.).

8 Am 27. Januar 1965 war die Einladung an Ulbricht zum Besuch der Vereinigten Arabischen Republik bekanntgegeben worden (AdG 1965 S. 11695); vgl. AAPD 1965 S. 382–434.

9 Debatte im Jahr 1965 um die mögliche Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen. Nach damalig geltendem Strafrecht verjährten Mord, Beihilfe zum Mord und Mordversuch nach 20 Jahren (vgl. dazu HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 130–134).

10 Nicht zu ermitteln.

11 Justizminister Ewald Bucher (FDP) war in einer Rundfunksendung gegen die Verlängerung der Verjährungfrist für NS-Verbrechen eingetreten (BULLETIN vom 8. Januar 1965 S. 27 f.; AdG 1965 S. 11673).

die Herren Juristen –, an dem Deutschland militärisch bedingungslos kapituliert hat, als den Beginn der Verjährung nehmen kann, das werde ich in alle Ewigkeit nicht begreifen. Wir werden noch darüber sprechen; ich will mich jetzt da nicht aufhalten.

Aber ich möchte Ihnen doch aus den heutigen Morgenzeitungen die Bedingungen vorlesen, die die Russen für eine Deutschlandlösung gestellt haben.[12] Ich tue das auch deswegen, weil nach dieser Zeitungsmeldung gewünscht wird, daß sich die Deutschen mit diesen Sachen beschäftigen. Die amerikanische Regierung hat den Wunsch anscheinend nicht ausgesprochen. Die Russen sagen: 1. Konföderative Struktur, ein Staatenbund Gesamtdeutschland mit Autonomie für die derzeitige „DDR". 2. Austritt der Bundesrepublik aus der NATO. 3. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze. 4. Verzicht auf Atomwaffen und Kontrollrecht der Garantiemächte. 5. Militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa. 6. Nichtangriffsvertrag dieses deutschen Staatenbundes mit den Staaten des Warschauer Paktes. 7. Langfristige Kredite der Bundesrepublik im Handel mit der Sowjetunion. Das heißt auf gut deutsch: Wir sollen auf unbestimmte Zeit versklavt werden; die anderen sollen ein Kontrollrecht haben. Wir sollen minder bewaffnet sein. Wir sollen also ein Volk von minderem Recht sein. Das wird jetzt von neuem wieder vorgeschlagen. Wir sollen den Russen sehr viel Geld bezahlen. Die Russen haben auf der Potsdamer Konferenz[13] eine Kriegsentschädigung von zehn Milliarden Rubel nach dem Wert vom Jahre 1938 verlangt. Wenn sie das von uns wieder verlangen, dann können wir sofort unseren Bankrott erklären, denn wir werden niemals in der Lage sein, eine solche Summe auch nur annähernd zu zahlen. Sie sehen daraus, was die Russen vorhaben.

Nun muß ich Ihnen mal meine persönliche Meinung über das sagen, was die Russen beabsichtigen. Diese Meinung habe ich nicht erst seit gestern, sondern die habe ich schon lange. Die Russen wollen – und deswegen halten sie an der Sowjetzone fest, die sie als Köder für uns benutzen – Westeuropa in ihren ganzen Trend hineinbringen. Um darüber ein klares Bild zu bekommen, müssen Sie sich mal Westeuropa von Moskau aus betrachten. Dann ergibt sich folgendes Bild. Zwei Fünftel Deutschlands mit 17 Millionen Deutschen sind schon in russischer Hand. In Frankreich ist die kommunistische Partei seit dem Jahre 1946 die stärkste und die am besten organisierte Partei. Die Sozialisten unter Guy Mollet haben schon ein Abkommen mit den Kommunisten getroffen, bei den Wahlen zusammenzugehen.[14] Das nennt man auf deutsch eine Volksfront. Wie es in Italien aussieht, das wissen Sie alle. Wer da schließlich als Sieger herauskommt, ist keinesfalls die Democrazia Cristiana, die in vier Teile zerfallen ist, die sich gegenseitig bekämpfen.

---

12 Vgl. „Bonner Rundschau" vom 9. Februar 1965 „Sowjetpläne für die Deutschland-Lösung. Siebenpunktekatalog aufgestellt".

13 Vgl. Nr. 5 Anm. 47.

14 Die Landesverbände der Sozialisten und der Kommunistischen Partei für das Pariser Seine-Departement beschlossen für die Gemeindewahl im März 1965 eine gemeinsame Kandidatenliste. Vgl. FAZ vom 8. Januar 1965 „Wahlbündnis zwischen Kommunisten und Sozialisten in Paris".

Glauben Sie, daß die Kommunisten, die wir in Deutschland hatten, als seinerzeit das Bundesverfassungsgericht das bekannte Urteil gefällt hat[15], plötzlich alle vom Saulus zum Paulus geworden sind? Die stecken doch in der SPD drin. Das ist doch ganz klar. Wenn es eine Möglichkeit gäbe – meine Herren, vergessen Sie das, was ich jetzt sage –, eine kommunistische Partei in der Bundesrepublik zu haben, die 15 bis 18 Abgeordnete hätte, dann brauchten wir um den Ausgang der Wahlen keine großen Sorgen mehr zu haben. Es ist doch so, daß dadurch, daß das Bundesverfassungsgericht diese Partei als verfassungswidrig erklärt hat, den größten Nutzen nicht etwa unser deutsches Vaterland, sondern die SPD hat, die bei den Wahlen alle diese Elemente immer hat um sich sammeln können.

Sehen Sie sich also einmal von Moskau aus Europa und speziell Westeuropa an. Ich erinnere hier auch an Chruschtschow. Meine Herren, sagen Sie nicht, Chruschtschow gehört der Vergangenheit an.[16] Ach, wir alle gehören morgen der Vergangenheit an und erst recht die Leute in Rußland. Aber die Thesen bleiben.

Ich möchte hier noch folgendes einschieben. Es ist lächerlich, zu glauben, daß man in Rußland aus Sorge um den reinen Kommunismus gegen alle anderen zu Felde zieht. Was sich in Rußland, in Asien mit Rotchina abspielt, sind reine Machtkämpfe und nichts anderes. Lassen Sie sich um Gottes willen dadurch nicht täuschen.

Übrigens hat die „Prawda" dieser Tage in einem Artikel gesagt – es ist allerdings nur ein Auszug da, man muß sich den ganzen Artikel beschaffen –, daß die Unterschiede zwischen Kommunisten und Sozialisten eigentlich der Vergangenheit angehörten.[17] Beide hätten sich dadurch unterschieden, daß die Kommunisten der Auffassung gewesen wären, der Sozialismus könne nur durch Gewalt eingeführt werden – das sei eine These, die die Kommunisten in Rußland abgelegt hätten –, und daß die Sozialisten für eine friedliche Koexistenz gewesen wären, die Kommunisten aber nicht; das hätten die Kommunisten aber auch drangegeben. Deswegen bestehe jetzt kein Unterschied mehr zwischen Kommunisten und den Sozialisten. Das ist ein sehr beherzigenswerter Artikel.

Was würde denn die Sowjetunion haben, wenn es ihr gelänge, dieses Westeuropa in ihr Fahrwasser zu bekommen? Es hätte folgenden Gewinn: Rußland wäre zusammen mit den anderen sowohl wirtschaftlich wie militärisch viel stärker als die Vereinigten Staaten, und es würde dadurch gleichzeitig seine Widerstandsfähigkeit gegenüber Rotchina außerordentlich stärken. Wenn Sie sich das einmal überlegen, dann müssen Sie sagen: Wenn Sie anstelle der Herrschaften, die jetzt in Moskau an der Spitze sind, säßen, würden Sie genau dieselben Thesen haben; denn das ist für Rußland die beste Idee, die ein Russe überhaupt haben kann.

---

15 Verbot der KPD und ihrer Hilfs- und Nachfolgeorganisationen vom 17. August 1956.

16 Chruschtschow war am 14./15. Oktober 1964 sämtlicher Ämter enthoben worden (vgl. Nr. 17 Anm. 28).

17 Vgl. „Bonner Rundschau" vom 8. Februar 1965 „Moskau hofft in Westeuropa auf ‚Volksfront'-Regierungen. Kommunisten und Sozialisten Hand in Hand".

Leider ist im deutschen Volk total vergessen – nur eine Zeitung hat das seinerzeit gebracht –, was Chruschtschow Guy Mollet im Oktober vor einem Jahr gesagt hat, als die Herren etwa acht Tage in Moskau waren; zwölf Stunden haben sie sich dabei über Deutschland unterhalten. Guy Mollet hat das im Januar vergangenen Jahres in einem Vortrag in Bad Godesberg auseinandergesetzt.[18]

Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard betritt den Saal. (Beifall.)

Herr Bundeskanzler, ich heiße Sie herzlich willkommen. Bei der beschränkten Zeit haben wir schon angefangen. (*Erhard:* Ich bitte um Entschuldigung!) Chruschtschow hat Herrn Guy Mollet folgendes gesagt: Er hoffe, daß eines Tages die Bundesrepublik mit Sowjetrußland zusammenarbeiten werde, denn in der Bundesrepublik vermehre sich die Zahl der Leute, die im Kommunismus und im Sozialismus – er hat Sozialismus gesagt – die stärkste Macht der Erde sähen, und die deutschen Kapitalisten hätten ein sehr feines Fingerspitzengefühl dafür, wo viel Geld zu verdienen sei, und bei dem Wiederaufbau Rußlands sei eben viel Geld zu verdienen. Als er dann die betroffenen Gesichter – laut Guy Mollet – der Franzosen gesehen habe, habe er gesagt: Meine Herren, wenn Ihnen das nicht gefällt, müssen Sie zu Ihrer alten Politik zurückkehren: Mit Rußland gegen Deutschland.

Asien! Was da geschieht, kann einen sehr bedenklich machen, weil damit doch sehr klar und deutlich die Konzentration Amerikas auf Asien festgelegt wird und weil damit das Interesse für Europa sinkt. Vor wenigen Wochen hat der Senator Dodd[19] – ein sehr angesehenes Mitglied der Demokratischen Partei im Senat – vor einer Versammlung von Gouverneuren das ausgeführt, was ich Ihnen jetzt über die Ziele der russischen Politik gesagt habe. Ich kenne Herrn Dodd auch persönlich. Er hat mich wiederholt besucht, noch zuletzt im Herbst. Was er da gesagt hat – die Presse hat darüber berichtet –, entspricht möglicherweise auch der Meinung eines großen Teils der maßgebenden Leute in den Vereinigten Staaten.

Meine Damen und Herren, ich nehme an, daß wir von Ihnen auch einen ungeschminkten Bericht darüber bekommen, wie es mit unserer Partei in den Ländern aussieht. Es wird uns alle, namentlich uns hier in der Leitung, sehr interessieren, wenn Sie mal sehr offenherzig und ungeschminkt darüber sprechen und uns sagen, ob unsere Partei in den Ländern am Erwachen ist oder nicht. Bisher haben wir von dem Wachwerden verhältnismäßig wenig gespürt. Aber es ist ja noch Zeit, zum Wachwerden – aber höchste Zeit.

---

18 Vgl. Nr. 13 Anm. 32.

19 Thomas J. Dodd (1907–1971), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1953–1957 Kongreßmitglied, 1959–1970 Senator von Conneticut. – Dodd war zuletzt am 8. April 1964 bei Adenauer (Terminkalender in StBKAH 04.17). – Dodd hatte sich am 22. Juni 1964 für eine einheitliche Handelspolitik der NATO gegenüber den Ostblockstaaten ausgesprochen (vgl. dazu Adenauers Rede vom 23. Juni 1964 vor dem Industrieklub in Düsseldorf in ADENAUER: Reden S. 466).

Weiter ist Voraussetzung für unseren Wahlerfolg Einigkeit in unserer Partei. Es darf nichts nach außen zutage kommen und möglichst auch nach innen nichts, weil alles, was nach innen geht, auch nach außen kommt. Es darf nichts über große Widersprüche in unserer Partei gesagt werden. Nach gewonnener Wahl können wir das alles nachholen; *(Heiterkeit)* aber vor der Wahl, meine Freunde: absolute Einigkeit, (*Röder:* Völlig richtig!) sonst sind wir bei der Wahl in einer ganz miserablen Situation.

Ich möchte damit schließen, daß ich sage, die Wahl des Jahres 1965 wird für uns sehr schwer sein; unser Optimismus muß sehr gedämpft sein. Wenn ich mir die Herrschaften vorstelle, die im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges im Bundeskabinett sitzen würden, kann ich nur sagen, armes, armes Deutschland. *(Beifall.)* – Ich heiße Sie nun, Herr Bundeskanzler Erhard, herzlich bei uns willkommen. Wir wissen alle, wie bemessen Ihre Zeit ist. Wir haben auf allgemeinen Wunsch schon angefangen, und ich hoffe, wir haben dadurch auch Ihren Intentionen entsprochen. Darf ich Sie nun bitten.

Erhard: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das letztemal trafen wir am 27. November 1964 zusammen. Seit dieser Zeit ist einiges passiert; es hat sich manches ereignet bei uns im Lande, aber auch in der Weltpolitik. Ich möchte Ihnen ganz kurz skizzieren, was uns seit dieser Zeit bewegt hat und welche Entscheidungen zu treffen waren.

Das erste, was auf uns zutrat, war unmittelbar nach dieser letzten Tagung die Entscheidung in Brüssel in Richtung auf den Gemeinsamen Markt. Im Vordergrund stand die Frage des deutschen Getreidepreises. Sie war sozusagen zum zentralen Punkt geworden, zum Test, ob wir uns in Europa zusammenfinden, ob wir eine gemeinsame Linie in der Kennedy-Runde finden, oder ob das alles zum Scheitern verurteilt ist. Hier war Deutschland im besonderen angesprochen, nicht, als ob wir allein schuldig gewesen wären. Aber jedenfalls war die deutsche Haltung ausschlaggebend, daß in Brüssel die Dinge nicht weiter ausgereift sind und daß man zu keinen Lösungen gekommen ist. Ich habe es dann seinerzeit auf mich genommen – so ziemlich im Alleingang, weil man darüber nicht lange diskutieren konnte –, das Problem entscheidungsreif zu machen. Sie wissen, daß dann am 14. oder 15. Dezember in Brüssel tatsächlich mit unserer Zustimmung grünes Licht gegeben worden ist, Mitte 1967 zu einem gemeinsamen Getreidepreis zu gelangen. Das war wirklich ein Durchbruch nach Europa.

Ich habe das schon unmittelbar nach dem Geschehen gesagt.[20] Aber jetzt nach meinem Besuch in Rambouillet[21] kann ich erst voll ermessen, wie richtig diese Aussage gewesen ist. Tatsächlich ist alles lockerer und freier geworden. Es ist nicht

20 Pressekonferenz Erhards am 15. Dezember 1964 „Durchbruch zur Einigung Europas" (BULLETIN vom 18. Dezember 1964 S. 1717 f.).

21 Frankreichbesuch vom 19. bis 20. Januar 1965 (AdG 1965 S. 11653 f.; OSTERHELD: Außenpolitik S. 138–145; AAPD 1965 S. 140–158).

so, als ob damit schon alle Probleme im Gemeinsamen Markt gelöst wären. Wir stehen noch vor weiteren wichtigen Entscheidungen. Es wird noch diese oder jene Spannung dabei auftreten. Aber die deutsche Entscheidung in der Getreidepreisfrage hat den Weg frei gemacht, die Geister etwas aufgelockert. Man begegnet sich jetzt mit größerem Verständnis und Wohlwollen und einer größeren Glaubwürdigkeit.

Nun meint man vielleicht, das sei etwas teuer gewesen. Ich habe nicht um den Pfennig gefeilscht; das gebe ich gern zu. Aber wenn ich alles in allem betrachte, muß ich sagen, gemessen an dem politischen Effekt war es eben nicht teuer.

Man muß dabei auch folgendes berücksichtigen: Man kann unsere deutsche Landwirtschaft in ihrem Lebensstandard, in ihrer ganzen Struktur nicht mit der Landwirtschaft in Südfrankreich oder in Süditalien vergleichen. Unsere bäuerliche Bevölkerung mißt natürlich ihr soziales Sein an dem, was sie in der Nachbarschaft erlebt, das heißt an dem, was sich in der gewerblichen Wirtschaft, besonders in den Städten, an Lebensstandard entwickelt. Das muß ihr Maßstab sein. Nachdem unsere Landwirtschaft in bezug auf die Böden und das Klima nicht so sehr von Gott gesegnet ist wie die anderer Länder, ist es richtig, wenn der Staat hier gleichartige Startbedingungen setzt, und das haben wir damit getan.

Eine weitere Frage, die uns einigen Kummer bereitete, war die der Energiewirtschaft.[22] Hier war insbesondere Nordrhein-Westfalen mit der Kohle angesprochen. Andere Länder hatten Sorgen mit umgekehrten Vorzeichen; ich denke hier an Süddeutschland. Die letzten Länder meinten, ob sie wegen der Kohle nun teurere Energie verbrauchen müßten. Es hat darüber manche Unterhaltung und manche Verhandlung im Wirtschaftsministerium, aber auch im Bundeskanzleramt gegeben. Wir haben dann im beiderseitigen Einvernehmen eine ganz gute Lösung gefunden, die dahin geht, die Kohle solle in etwa ihr jetziges absolutes Förderquantum erhalten, aber der Zuwachs an Energie und Wärmeverbrauch soll auf die modernen Energieträger wie Öl oder Erdgas usw. übergehen.

Damit waren alle einverstanden. Es war nur die Frage, wie das zu vollbringen ist. Man hat jetzt eine Einigung gefunden. Die Ölindustrie ist damit einverstanden, daß sie ihre geplanten neuen Kapazitäten oder die Erweiterung von Kapazitäten anmeldet. Bisher hat sich nämlich immer erwiesen, daß alle Voranmeldungen der Ölindustrie über den geplanten Aufbau von Raffineriekapazitäten falsch waren und zu niedrig gelegen haben. Wir haben immer wieder die gleichen Überraschungen und die gleichen Klagen von seiten der Kohle erlebt. Das ist jetzt in vollem Einvernehmen geordnet.

Daß wir natürlich einen freien Energiemarkt haben wollen, in dem Wettbewerb besteht, ist selbstverständlich. Die Regelung, die wir gefunden haben, soll nicht etwa die Energie verteuern oder bestimmte Energiearten verknappen, sondern es soll ein

22 Vgl. Diskussion in der 147. und 148. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. November und 2. Dezember 1965 über die Energiepolitik und die Lage des Steinkohlenbergbaues (Sten.Ber. 4. WP Bd. 56 S. 7243–7260 und S. 7277–7322).

wohlabgewogenes Gleichgewicht gesichert bleiben. Daß einmal in einem warmen Winter die Kohlenhalden wieder etwas zunehmen, ist kein Unglück. Das haben wir schon einmal erlebt, und das wird sich auch wieder legen. Aber eine ernste Besorgnis oder ernste Klagen dieser Art sind nicht mehr lebendig. Wir brauchen nicht erwarten, daß etwa die Wahlen mit der Diskussion um dieses sehr erregende Problem belastet werden. Die Diskussion wird nämlich immer mit umgekehrten Vorzeichen, nämlich im Norden anders als in Süddeutschland, geführt. Das wird uns also jetzt nicht mehr allzusehr stören.

Ich möchte nicht von der Gebührenordnung der Ärzte sprechen. Auch das scheint jetzt geordnet zu sein und wird geregelt werden.[23]

Eine sehr neuralgische Frage taucht bei den Projekten MLF–ANF auf, also bei der multilateralen nuklearen Verteidigung zum Schutze Europas. Sie wissen, der MLF-Plan ist aus der Erkenntnis heraus entstanden, daß, wenn die beiden großen Atomgiganten, nämlich die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, sich in ihrer Abschreckung die Waage halten, dann wohl der Weltfrieden gesichert ist; das heißt, der ganze Erdball wird nicht zerstört werden, und die beiden großen Völker werden nicht ihr Land und ihr Volk preisgeben wollen. Es bleibt aber dann die Frage übrig, was mit der Bedrohung ist, die sich nicht unmittelbar gegen Amerika, sondern gegen Europa richtet. Sowjetrußland hat nämlich an seiner Westgrenze, in Weißrußland, etwa 900 bis 1.000 Mittelstreckenraketen aufgebaut, eine ungeheure Macht, der wir in Europa nichts entgegenzusetzen haben. Auch nach Meinung des französischen Staatspräsidenten ist die Force de Frappe keine hinreichende Abschreckung.

So ist der Gedanke entstanden, ob nicht, speziell mit der Absicht, Europa einen nuklearen Schutz zu gewähren, der vielleicht nicht den ganzen Weltbrand auslöst, dazu eine Einrichtung wie die MLF geeignet wäre. Der Tatbestand hat sich an sich nicht verändert. Das politische und militärisch-strategische Faktum liegt unverändert vor uns. Aber in der Zwischenzeit haben in Großbritannien Wahlen stattgefunden, und die neue Regierung hat zu dem MLF-Projekt Stellung genommen. Sie hat das MLF-Projekt ziemlich umgebaut in ein sogenanntes ANF-Projekt – Atlantic Nuclear Forces –, das sehr viel weniger europäische Züge trägt. Sie haben in der Presse gelesen, daß wir daran manches auszusetzen haben. Jedenfalls scheint uns das ANF-Projekt in dieser Form unter gar keinen Umständen annehmbar zu sein.

Dazwischen lag eine Phase, in der wir nicht ganz sicher waren, welches eigentlich die Haltung der amerikanischen Regierung ist. Die war an sich auch nicht ganz einheitlich; jedenfalls konnte man den Eindruck gewinnen. Sie ging etwa dahin: Wir wollen in der Sache nicht zu sehr voranpreschen, wir wollen nicht eilen; wir wollen vor allen Dingen nicht den Eindruck erwecken, als ob wir einen Druck auf Europa ausüben wollten. – Das ist in der Zwischenzeit weitgehend geklärt. Im Augenblick ist die Lage so, daß die Vereinigten Staaten sagen: Wir werden uns an irgendeiner Form einer nuklearen Verteidigung Europas beteiligen, wenn die Europäer sich unter sich

23 Gebührenordnung für Ärzte vom 18. März 1965 (BGBl I S. 89).

geeinigt haben. Diese Gespräche werden in Gang kommen, und zwar auf bilateraler Ebene. Bisher sind sie noch kaum in Gang gekommen. Wilson wird am 4. und 5. März nach Deutschland kommen.[24] Ich habe ihm schon bei der Beerdigung von Churchill gesagt[25], er könne wenig Aussicht haben, daß seine ANF-Vorstellung von uns akzeptiert werde. Wir müssen auch daran denken, daß wir noch gar nicht mit Italien gesprochen haben. Auch Holland hat sich noch nicht sicher geäußert.

Das ist die politische Realität. Wir werden das vor den Wahlen nicht mehr vollenden können. Es besteht natürlich nicht die Absicht, daß, wenn der Bundestag am 1. Juli in die Ferien geht und einen Vertrag nicht mehr ratifizieren kann, die Bundesregierung vorher eine Unterschrift leistet. Wenn wir dann den Wahlkampf um die nukleare Verteidigung führten, wäre das ungefähr das Miserabelste, was ich mir vorstellen könnte. Das hat also nicht die unmittelbare Aktualität, mindestens nicht im Hinblick auf die Wahlen.

Der Tatbestand als solcher hat sich nicht geändert. Sie wissen, daß die Haltung des französischen Staatspräsidenten gegenüber der MLF – sage ich jetzt – unterschiedlich gewesen ist. Zuerst hat er anerkannt, schon gegenüber Bundeskanzler Adenauer, er verstehe die deutsche Haltung. Mir gegenüber hat er auch geäußert, daß wir einen solchen Schutz brauchten. Dann kam eine Wendung, und man hörte sogar – nicht unmittelbar aus dem Munde des französischen Staatspräsidenten –, als ob eine deutsche Mitwirkung an einer Einrichtung dieser Art gegen den Geist des Freundschaftsvertrages verstoße. Davon war bei meiner letzten Aussprache mit de Gaulle in Rambouillet nicht mehr die Rede; im Gegenteil. Er wußte, daß wir an diesen Gesprächen beteiligt sind. Es kam nur die Anregung von ihm, wir sollten uns überlegen, ob unser Drang und unser Wunsch, in der Frage der Wiedervereinigung einen Fortschritt zu erzielen und eine Einigung mindestens im westlichen Lager herbeizuführen und vielleicht die Ostblockländer diesem Problem gegenüber etwas aufgeschlossener zu machen, im Einklang mit einer deutschen Beteiligung an einer nuklearen Waffe stünden. Das war alles; es war in die Form einer Frage gekleidet, und es stand nicht die geringste Pression irgendwelcher Art dahinter.

Ich habe gesagt, wie ich mir die Dinge im zeitlichen Ablauf vorstelle. Ich glaube, das ist jetzt erledigt. Das Problem als solches ist nicht erledigt. Aber das ist eine Frage der Strategie und der Planung. De Gaulle hat ausdrücklich anerkannt, daß hier ein vitales deutsches Interesse besteht und daß er vor allem Verständnis dafür hat, daß wir bei der Bedrohung Europas und bei unserer Lage an der neuralgischsten Stelle einen vollen Anspruch darauf haben, an der Strategie und Planung der Verteidigung Europas auch in nuklearer Hinsicht teilzuhaben. So werden wir uns über diese Frage weiter unterhalten.

---

24 Wilson besuchte vom 6. bis 9. März 1965 die Bundesrepublik Deutschland (AdG 1965 S. 11737–11739; AAPD 1965 S. 116 f., 121–123; OSTERHELD: Außenpolitik S. 176).

25 Churchill war am 24. Januar 1965 verstorben. Zum Gespräch Erhard-Wilson vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 148; AAPD 1965 S. 220–227.

Überhaupt wird die Frage der Strategie wahrscheinlich im Zusammenhang mit einer Reorganisation oder einer Reform der NATO eine ausschlaggebende Rolle spielen. Der französische Staatspräsident macht eine charakteristische Unterscheidung. Er spricht einmal von der westlichen Allianz. Ihr gehört er nach seinen Aussagen als treuester Verbündeter an. Aber die NATO hält er in ihrer Form, in ihrer Organisation nicht für geeignet. Er weiß auch ganz genau, wo da ein unlösbarer Widerspruch zwischen der französischen und der deutschen Auffassung besteht. Er denkt mehr in der Kategorie einer Desintegration der NATO, während wir sagen, uns ist die Integration geradezu auf den Leib geschnitten. Wir können gar nicht davon runter. Wenn man schon von der Furcht der Ostvölker gegenüber Deutschland spricht, dann möchte ich wissen, wie die erst einmal reagieren würden, wenn wir wieder eine deutsche Armee oder einen nationalen Oberbefehl hätten. Das ist einfach unvorstellbar. Wir können unseren Beitrag nur in einer integrierten NATO leisten. Nur hier können wir die Sicherheit und den Schutz finden, die wir brauchen.

Nun zu Rambouillet im besonderen; ich schließe gleich die Pressekonferenz von de Gaulle in der vorigen Woche[26] mit ein. Die Verhandlungen haben in einer sehr guten vertrauensvollen Atmosphäre stattgefunden. Herr Barzel war gestern bei de Gaulle. Ich habe am Abend noch mit ihm gesprochen. Er hat alles bestätigt gefunden, was ich über diesen Besuch berichtet habe.

Auf was kam es uns an? Einmal, in der Frage der politischen Union weiterzukommen oder überhaupt einen Anfang zu machen. Im Juli-Gespräch[27] war de Gaulle der Meinung, daß es gar keinen Sinn habe, mit einer politischen Union zu beginnen. Er jedenfalls habe keine Lust, sich die Finger noch einmal zu verbrennen; er sei mit dem Fouchet-Plan[28] gescheitert. Was heiße überhaupt politische Union? Diese politische Union sei neben der kulturellen Zusammenarbeit auf Fragen der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik gerichtet. Wenn man hier nicht einig sei, wenn hier materiell keine Klärung herbeigeführt sei, dann solle man das Ganze auch nicht in eine Form gießen, dann solle man auch keine Institution schaffen; das führe zu nichts. Ich habe ihm dann deutlich gemacht – gerade an der Lösung der Getreidepreisfrage –, wie wichtig es ist, sich zusammenzusetzen und den Versuch zu unternehmen, sich zu verständigen. Schließlich komme man doch dann dahin. Das ist ja auch der Wert einer Einrichtung, die kommunitäre Züge zeigt, daß man einmal über den eigenen nationalen Schatten springen muß, um das Gemeinsame voranzustellen. Na, ich will das Ende sagen. Das Ende war, daß er sagte: Also schön, ich bin jetzt bereit, wenn die anderen Partner mitmachen, in der politischen Union einen Beginn zu machen. Da mag ein Risiko drin sein. Ich bin bereit, das für Frankreich auf mich zu nehmen, ich bin auch bereit, den Anfang ohne die materielle Klärung aller Fragen zu machen, die die

26 Pressekonferenz de Gaulles am 4. Februar 1965 (BULLETIN vom 6. Februar 1965 S. 179 f.; OSTERHELD: Außenpolitik S. 175).
27 Vgl. Nr. 16 Anm. 25.
28 Vgl. Nr. 13 Anm. 5.

Außenpolitik und die Verteidigung betreffen; darüber können wir uns dann gemeinsam unterhalten. Die Außenminister möchten doch besorgt sein – etwa bis April, Mai –, unter sich eine Einigung auch über das Procedere, über die Art der Zusammenarbeit zu finden. Dann könnten die Regierungschefs etwa Anfang Juli zusammenkommen und sozusagen das Kind aus der Taufe heben.

Er sagte, er könnte die deutschen Vorschläge in der europäischen politischen Union alle annehmen bis auf einen Punkt, und darüber müsse noch gesprochen werden. Es handele sich darum, in diese europäische politische Union irgendeine Institution einzubauen, die über das Nationale hinaus das Gemeinsame stärker in den Vordergrund rückt. Wir haben vorgeschlagen, daß ein beratender Ausschuß eingerichtet werden soll, der aus den von den Ländern entsandten Vertretern bestehen soll; sie sollen von allen gewählt werden. Diese werden in dem beratenden Ausschuß tätig, ohne daß es sich um eine echte exekutive Gewalt handelt. Sie unterliegen nicht mehr den Weisungen der nationalen Regierungen, sondern ihre Aufgabe ist es, das Gemeinsame herauszukehren, die Tagesordnungen usw. vorzubereiten. Die Italiener haben auch einen Vorschlag gemacht; sie meinten, daß ein Sekretariat genüge. Das ist doch ein wesentlicher Unterschied. In dem Sekretariat arbeiten auch Vertreter der nationalen Regierungen. Aber die bleiben dort Vertreter der nationalen Regierung und an ihre Weisungen gebunden.

Ich habe mich dann bemüht, dem französischen Staatspräsidenten deutlich zu machen, wie sehr auch er von dem kommunitären Geist z. B. in Brüssel profitiert hat. Denn manche Lösungen wären bei der Erstarrung der nationalen Fronten nicht möglich gewesen, wenn nicht immer wieder von seiten der Europäischen Kommission der Versuch gemacht worden wäre auszugleichen, neue Vorschläge zu machen, bilaterale Gespräche zu führen und dergleichen mehr. Er hat dann nicht nein und nicht ja gesagt. Er hat gesagt: Schön, darüber werden wir uns noch sprechen. Das ist das einzige, was ich an Ihren Vorschlägen auszusetzen habe; alles übrige kann ich akzeptieren.

Wir hatten also eine Zweiteilung vorgenommen. Einmal sprachen wir über die Fortentwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der anderen Institutionen wie Montanunion und EURATOM. Da sagte er: Da kann ich alles unterschreiben. Das andere war mehr die politische Zusammenarbeit. Dabei hat man sich etwas auf Neuland zu bewegt.

Dann kam die andere Frage: Wie kann man das Deutschlandproblem wieder neu beleben und der Welt bewußt machen? Da hat de Gaulle, genau wie bei seiner Pressekonferenz, visionär seine Vorstellungen entwickelt, wie er glaubt, daß nach seiner Meinung in realistischer Weise die Wiedervereinigung vor sich gehe, nämlich durch eine Mutation im Osten, dadurch, daß die Ostblockstaaten einsehen, daß sie ihrer Tradition, ihrer Geschichte, ihrem Herkommen, ihrer Religion nach zum Westen gehören; die Selbständigkeitsbestrebungen und die Bestrebungen zur Loslösung von der kommunistischen Gängelei sind doch schon mitten im Gang. – Das konnte ich bejahen. Die Einrichtung unserer Handelsmissionen zielt ebenfalls in diese Richtung. Hier sind Bewegungen im Gange, denen wir nicht tatenlos gegenüberstehen sollten. Er

meinte, das könne übergreifen bis nach Rußland. Auch dort sei der Verbürgerlichungsprozeß nicht aufzuhalten; deshalb sein „Europa bis zum Ural"[29]. Im Augenblick sieht es nicht so aus, als ob Sowjetrußland uns gegenüber eine lockere Haltung einnehmen wird. Im Gegenteil, seit Chruschtschow ist zweifellos eine Verschärfung eingetreten; das war vielleicht eine kurzfristige Entwicklung.

Ich habe gesagt: Ich kann dazu nichts sagen; es mag so sein. Mir scheinen da auch realistische Züge in seinem Bild zu sein. Aber wir haben das jedenfalls nicht in der Hand. Das mag so kommen; es muß nicht so kommen. Unsere Einwirkungsmöglichkeiten sind doch recht bescheiden. Wir können durch die kulturellen Beziehungen, durch die wirtschaftlichen Beziehungen das eine oder andere dazu tun, um diesen Prozeß zu fördern. Aber es ist ein säkularer Prozeß. Damit kann ich die 70 Millionen Deutschen diesseits und jenseits vom Stacheldraht einfach nicht zufriedenstellen. Ich kann nicht vor sie hintreten und sagen: In 20, 30 oder 40 Jahren mag eine Entwicklung heranreifen, in die sich die deutsche Wiedervereinigung organisch einbettet.

Er meinte, daß dann nicht nur ein deutsches Interesse, sondern auch das Interesse der Ostblockvölker vorliegen werde, den Spannungsherd in Europa zu beseitigen. So kam er zu dem Bild einer europäischen Lösung. Das ist in der Pressekonferenz mißverstanden worden, als ob de Gaulle gesagt hätte, das sei sozusagen nur eine isolierte Aufgabe der Europäer, bei der die anderen nichts zu sagen hätten. Nein, es war ganz anders gedacht. Er sagte: Das kann nur in einer europäischen Lösung liegen; dieser Prozeß vollzieht sich in Europa. Einen Tag danach hat ja auch der Quai d'Orsay berichtigt, daß damit nicht die Verantwortung geschmälert werden soll, die aus dem Deutschlandvertrag oder aus dem Potsdamer Abkommen[30] resultiere; das bleibt auch bestehen. Es war wirklich nicht so gemeint. Es war ganz deutlich: Uns Europäer geht es am ersten an, es ist ja unsere Sache.

Er hat deutlich gemacht, er möchte dieses Europa auch nicht isoliert sehen, nicht als eine in sich abgeschlossene dritte Kraft, sondern als ein starkes Europa, als ein sich seiner selbst und seiner Geschichte bewußtes Europa im Rahmen der westlichen Allianz. Wie er sich die westliche Allianz in der NATO denkt, habe ich schon gesagt. Darüber wird es noch manche Diskussion geben.

Ich sagte dann: Das nützt mir nichts, denn das deutsche Volk erwartet, daß unsere westlichen Verbündeten gemeinsam mit uns das nicht aus dem Auge verlieren. Wir müssen das Gewissen der Welt wachhalten, und wir müssen auch im deutschen Volk eine Hoffnung lebendig erhalten. Es ist einfach für das deutsche Volk unerträglich, das Gefühl haben zu müssen, im politischen Niemandsland zu liegen. Vom Osten hört

---

29 Ernst WEISENFELD: Europa vom Atlantik zum Ural. Eine magische Formel – Eine Vision – Eine Politik. In: LOTH/PICHT S. 71–79.

30 Unterzeichnung des Generalvertrags (Deutschlandvertrag) am 26. März 1952 (AdG 1952 S. 3485–3491); zum Potsdamer Abkommen (Druck: Ernst DEUERLEIN: Die Einheit Deutschlands. 2. Aufl. Frankfurt/M. 1961 S. 248 f.); Theodor ESCHENBURG: Jahre der Besatzung 1945–1949 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 1). Stuttgart 1983 S. 46–53.

es immer nur ein hartes Nein, und der Westen unternimmt keine Initiativen mehr; man scheint in eine Lethargie zu verfallen.

Er sagte, es hat keinen Sinn, die Russen sagen doch nein; das ist keine Lösung. Ich erwiderte, wenn die Russen nein sagen, wird das in Deutschland einen Schock auslösen; darauf sind wir gefaßt. Man kann die Vier-Mächte-Verantwortung nur immer wieder voranstellen und sichtbar machen, man kann die Russen aber nicht zwingen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Entscheidend ist, daß die drei westlichen Mächte zu einer gemeinsamen Auffassung über das Deutschlandproblem kommen und daß ihre Vorstellungen mit unserer Auffassung in Übereinstimmung gebracht werden. Auch wenn das dann nicht durchbricht, hat es vor der Welt doch einen Wert.

Ich führe als Beispiel an: Wenn in Afrika am Kongo tausend Weiße vor dem Massaker gerettet werden[31], regt sich die ganze Welt auf, wenn da demokratische Spielregeln verletzt werden. Wenn mitten in Deutschland so etwas vor sich geht, wenn da eine solche Schande geschieht, wie sie das geteilte Deutschland darstellt, nimmt man das als eine Selbstverständlichkeit hin. Das ist unerträglich. – Da war de Gaulle sehr einsichtig: Das sehe ich ein; ich bin zwar der Meinung, daß die Wiedervereinigung nur so vor sich geht, wie ich eingangs geschildert habe. Ich bin bereit, mich für Frankreich mit an einen Tisch zu setzen, wenn die Amerikaner und die Briten bereit sind, das auch zu tun, um noch einmal die Meinungen auszutauschen und dann auch gegebenenfalls den Versuch zu machen, die russische Ebene wieder anzusprechen – wie de Gaulle sagte –, sicher mit negativem Erfolg.

Ich bin genauso skeptisch. Aber schon die Geschlossenheit des Westens in der deutschen Frage ist das, was wir brauchen und was das Gewissen der Welt wieder einmal aufrüttelt. Auch das soll in die Wege geleitet werden. Es ist hier schwierig, einen Fahrplan aufzustellen.

In der Zwischenzeit hat uns allerdings die amerikanische Regierung wissen lassen, daß sie bereit ist, sich an einer solchen westlichen Sitzung zu beteiligen. Ich habe keinen Zweifel, daß die Briten das auch tun werden. Das wird sich Anfang März endgültig feststellen und klären lassen. Da war ich also auch mit dem Ergebnis zufrieden.

Das letzte waren dann die Fragen der Verteidigung. Da dachte ich, jetzt bricht die Sache auf. Aber es war nicht so. De Gaulle war sehr viel zurückhaltender als im Juli vorigen Jahres. Er hatte Verständnis für unsere deutsche Haltung. Er hat – das war besonders bemerkenswert – keine irgendwie auch nur andeutungsweise feindselige Äußerung gegenüber den Vereinigten Staaten getan, sondern es war alles auf Versöhnung und Versöhnlichkeit abgestimmt. Er sagte: Ich sehe völlig ein, daß Sie nicht nur den Schutz der Amerikaner für Europa und Deutschland im besonderen

31 Im Kongo hatte im Dezember 1963 eine Rebellion gegen die Regierung begonnen. Die Drohung der Rebellen, weiße Geiseln zu töten, führte am 24. November 1964 zum Einsatz belgischer Fallschirmjäger und zur Befreiung eines Großteils der Geiseln. Das militärische Eingreifen Belgiens wurde von mehreren Seiten kritisiert (AdG 1964 S. 11552–11554).

wollen, und ich verstehe auch, daß Sie die amerikanischen Soldaten auf deutschem Boden stationiert wissen wollen, weil das ein wesentliches Element Ihres Schutzes und Ihrer Ruhe und der Sicherheit in Ihrem Land ist. Auch hier gab es keine Differenzen.

Er sagte nur: Wir werden uns über die Strategie der Verteidigung Europas noch ausgiebig zu unterhalten haben. Das werden wir im Bereich der NATO, der westlichen Allianz tun. Wir können das auch, wenn die politische Union einmal etabliert ist, im Rahmen der Sechs besprechen. Dabei ist es nicht so, daß wir für die Sechs eine isolierte Lösung finden wollen, sondern es soll da nur eine gemeinsame Auffassung erarbeitet werden.

Nur am Rande wurde dann noch das Problem erörtert, das in seiner Pressekonferenz einen etwas breiteren Raum eingenommen hat. Ich meine hier das währungspolitische Thema und besonders die Stellung des Dollars in der Welt und innerhalb der Weltwährung. Er war mir gegenüber sehr vorsichtig, weil er sagte: Ich kann mich da auf kein vertieftes Gespräch einlassen, denn Sie sind da ein gewiefter Fachmann. Ich weiß das nur so von meinem Berater her. Sein Berater, der französische Professor Jacques Rueff[32], war anwesend. Ich hatte mich mit ihm schon stundenlang früher über dieses Thema unterhalten. Mir war das also nicht unbekannt. Ich habe ihm gesagt, er möge da vorsichtig sein. Mir scheine, daß man auf dem so sehr heiklen Gebiet der internationalen Währungsordnung keine nationalen Einzelgänge wagen könne. Es sei hier die Solidarität aller mit der Weltwirtschaft verbundenen Länder erforderlich. Wir verstünden seine Sorgen sehr wohl, und manchmal höre man auch in Deutschland, daß die Amerikaner eine inflationistische Politik treiben könnten, ohne daß sie im eigenen Land sichtbar werde. Sie tätigen nämlich in erheblichem Umfange auf privater Grundlage Investitionen in anderen Ländern. Diese bezahlen sie mit Dollars, aber die Dollars fließen nicht nach Amerika zurück, sie werden dort nicht in Gold umgetauscht, gehen nicht zum Markt, sondern wandern in die Notenbanken als Währungsreserven. Das wird als Stein des Anstoßes empfunden. Dafür gebe es noch keine Lösung. Man unterhält sich darüber auf den verschiedensten Ebenen, nicht zuletzt im Weltwährungsfonds. Es geht dabei zweifellos um das Thema, daß uns eine unzulängliche internationale Währungsordnung immer wieder vor das Problem stellt, wie bei frei konvertierbaren Währungen die Stabilität der Preise aufrechterhalten werden kann. Das ist noch nicht bis zum Ende diskutiert. Ich sagte: Wir sind da etwas anderer Auffassung als Frankreich. Vielleicht spürt man in Frankreich mehr davon. Ich brachte zum Ausdruck, daß wir nichts gegen amerikanische Kapitalien haben, wenn sie uns gleichzeitig auch moderne Techniken bringen, die bei uns noch nicht gehandhabt werden. Wir haben auch nichts gegen amerikanisches Kapital, wenn

32 In der Vorlage: Ruet. – Jacques Léon Rueff (1896–1978), französischer Wirtschafts- und Finanzexperte; 1930–1940 Professor an der Ecole des Sciences Politiques in Paris, 1946–1952 Präsident der Internationalen Reparationsagentur in Brüssel, 1952–1962 Richter und Kammerpräsident am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, 1958 Präsident des Expertenkomitees zur Wirtschafts- und Finanzreform.

unser deutsches Kapital nicht ausreicht, um auf dem höchsten Stand der industriellen Leistung zu bleiben. Aber ich gebe zu, daß auch bei uns in manchen Sektoren gewisse Befürchtungen laut werden, daß dieser Ansturm etwas zu mächtig wäre. Aber da werden wir uns nicht in einer nationalen Gegenoffensive wehren, sondern das bedarf einer großen Solidarität, wie sie sich auch bei der Stützung des englischen Pfund gezeigt hat.

Ich glaube, daß diese Währungsprobleme nur auf breiter internationaler Grundlage gelöst werden. Das alles war aber, wie gesagt, nur am Rande angesprochen. Ich kannte seine Sorgen. Ich sagte, wollen wir bei uns selbst prüfen, ob wir das Nötige getan haben, um den Einstrom amerikanischen Kapitals nicht mehr so attraktiv erscheinen zu lassen. Im Gemeinsamen Markt haben wir mit dem Abbau der Zölle und der Harmonisierung der Steuersysteme doch die Möglichkeit, in ganz anderen Kategorien zu denken. Wir können zwischen unseren einzelnen größeren Unternehmungen durchaus überregionale Einrichtungen schaffen, die wettbewerbsmäßig sehr viel stärker wären, weil sie die modernen Techniken praktisch verwirklichen könnten. Wenn wir da etwas unterlassen, was möglich wäre, ist das unsere Schuld und nicht die Schuld der Amerikaner. Wollen wir also alles tun, um zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht nur zwischen den Regierungen, sondern zwischen unseren Unternehmungen hin zu Größenordnungen und zu Einrichtungen zu finden, die dann sozusagen den Einstrom amerikanischen Kapitals nicht mehr so lohnenswert erscheinen läßt.

Aber das lag dann schon am Rande unseres Gesprächs. Im ganzen glaube ich, daß das ein guter Weg gewesen ist, den wir vom Juli vorigen Jahres bis nach Rambouillet – nicht nur in der Strecke, sondern auch in der Sache – zurückgelegt haben. Ich glaube, wir können darauf vertrauen, daß wir in Zukunft Mißverständnisse, die zu echten Spannungen und zu Feindseligkeiten führen, nicht mehr zu erwarten haben.

Ich habe im übrigen in Rambouillet – was ich sehr betonen möchte – nicht eine einzige atlantische Position preisgeben müssen. Ich sage ehrlich, das wurde mir von de Gaulle nicht abverlangt. Man hat zuerst in den Kategorien der Sechs gedacht, aber nicht der Isolierung der Sechs. Das hat es mir erleichtert, meine Zustimmung zu seiner Auffassung zu geben, wo Differenzierungen im einzelnen noch vorhanden sein mögen.

Ich habe etwas Hemmungen, zum Problem arabische Welt und Israel die ganzen Details auszubreiten.[33] Denn jede Äußerung des Bundeskanzlers zu diesem Problem bedeutet zugleich auch eine Bindung. Wir binden uns selber die Hände und sind in unserer Entscheidung nicht mehr frei, wenn wir jetzt schon einer Öffentlichkeit gegenüber zu erkennen geben, so oder so werden wir reagieren.

Jedenfalls sind große Bemühungen im Gange, um Lösungen zu finden, die dann nicht eine Kettenreaktion der Anerkennung der SBZ auslösen, aber auf der anderen Seite auch frei sind von der Vorstellung, wir hätten uns von Ägypten oder von

33 Dazu OSTERHELD: Außenpolitik S. 149–173.

Nasser[34] erpressen lassen und seien jetzt die Gefangenen eines Diktats, das uns auferlegt ist. Das ist die Problematik. Es gibt unendlich viele Nuancierungen, die dabei zu beachten sind, aber die ich nicht gern darlegen möchte, nicht aus mangelndem Vertrauensbeweis. Es ist tatsächlich der Umstand, daß ich die Regierung nicht in ihrer Entscheidung binden möchte, was im Ablauf der nächsten Tage unter Umständen gesagt oder getan werden muß. *(Beifall.)*

Adenauer: Wir danken Herrn Bundeskanzler Erhard für seinen umfassenden Bericht. Das Wort hat jetzt Herr Dufhues.

Bundestagswahlkampf 1965

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Ich habe den Auftrag, die Diskussion um die Vorbereitung des Wahlkampfes der Bundestagswahl 1965 einzuleiten und einige Gesichtspunkte mitzuteilen, die hoffentlich in der weiteren Diskussion eine Rolle spielen werden. Wenn eine Feststellung in den Darlegungen des Parteivorsitzenden richtig war, dann die, daß wir vor einem sehr schweren Wahlkampf stehen.

Vielleicht interessiert es Sie, die Ausgangsposition dieses Bundestagswahlkampfes mit der Ausgangsposition des Jahres 1961 zu vergleichen. Wir haben Mitte Januar in etwa den Gleichstand mit der Sozialdemokratie erreicht: 34,3 % CDU, 33,8 % SPD. Vergleichen Sie damit die Situation im Januar 1961. Damals lagen wir um 11 % vor der SPD, nämlich 39 % CDU/CSU und 28 % SPD. Das war eine gefestigte sichere Position, während wir heute von der Labilität der Meinungsbildung ausgehen müssen, die nicht unterschätzt werden darf. Es liegt gar kein Grund zu einem irgendwie gearteten Optimismus vor, wenngleich Optimismus notwendig ist, um Wahlkämpfe erfolgreich einzuleiten und durchzuführen.

Wenn wir unser Ziel im Auge behalten wollen, für die CDU/CSU eine klare, eine regierungsfähige Mehrheit zu erhalten, die uns nicht von dem einen oder anderen Partner abhängig macht, dann müssen wir auch sehen, welches Maß von Arbeit, welche Anstrengungen vor jedem einzelnen von uns liegen. Dabei sollten wir auch einmal strukturell und systematisch die Unterschiede ins Auge fassen, die bei der heutigen Situation gegenüber den Situationen bei den so erfolgreichen Wahlkämpfen 1953, 1957 und auch 1961 gegeben sind.

Bis vor wenigen Jahren konnten wir davon ausgehen, daß wir festgefügte Wählerbastionen hatten. Es war selbstverständlich, daß das Münsterland CDU wählte; es war selbstverständlich, daß die katholische Arbeitnehmerschaft insbesondere der CDU ihre Stimme gab; es war selbstverständlich, daß die Frauen mit etwa 60 % für die CDU stimmten. Vieles andere war gefügt, geordnet und wohlgetan, und wir konnten uns darauf verlassen. Es wäre ein grausamer Irrtum, wenn Sie von ähnlichen

34 Gamal Abd el-Nasir, genannt Nasser (1918–1970), ägyptischer Politiker; seit 1954 Ministerpräsident, 1956–1970 Staatspräsident.

Überlegungen auch für die Wahlentscheidung des September dieses Jahres ausgehen würden. Jene tradionellen und weltanschaulichen Bindungen, die in früheren Jahren weitgehend das Wahlergebnis und die Wahlentscheidung beeinflußt haben, bestehen heute nicht mehr, jedenfalls nicht mehr in dem Maße, wie wir es vor Jahren mit Befriedigung feststellen konnten.

Darf ich Ihnen nur ins Gedächtnis rufen, daß im September dieses Jahres 3,5 Millionen Neuwähler zur Wahl gehen. Darf ich Ihnen weiter sagen, daß von den Frauen, die in der Bundesrepublik leben, 7,5 Millionen berufstätig sind. Diese Zahl wächst dauernd, und diese berufstätigen Frauen geraten natürlich auch unter den Einfluß der Bildungs- und auch der politischen Einrichtungen der Gewerkschaften, die nicht nur die Sache der CDU vertreten; ich drücke mich sehr zurückhaltend aus. Sie werden mir also zugeben, daß gerade in dem Bereich der traditionell weltanschaulich gebundenen Wählerschichten sich Einflüsse bemerkbar machen, die ganz notwendig zu einer Auflockerung und zu Wahlentscheidungen führen, die zumindest Überraschungen beinhalten können.

Ein zweiter allgemeiner Gesichtspunkt sollte bei der Wahlvorbereitung nicht außer Betracht bleiben. Bei den vergangenen Wahlen war die Zahl derer, die noch unmittelbar die Katastrophe des Hitler-Systems, das Chaos des 8. Mai 1945 und auch die Jahre des Wiederaufbaus erlebt hatten, sehr viel größer als in unseren Tagen. Heute ist es für viele Millionen – nicht nur für die jüngeren, auch für die älteren – selbstverständlich, daß wir in einem bemessenen Wohlstand leben, daß es jedem gut geht und daß es die selbstverständliche Verpflichtung des Staates ist, diesen Zustand für alle Ewigkeit zu garantieren. (*Zuruf:* Zu mehren!) Auch zu mehren, einverstanden. Erwarten wir doch nicht, daß die Wähler voller Dankbarkeit zur Wahlurne gehen und in Erinnerung an die Leistungen von Persönlichkeiten wie Adenauer und Erhard der CDU ihre Stimme geben. Berücksichtigen wir vielmehr den Tatbestand der Vergeßlichkeit im politischen Leben. Dann sind wir besser beraten, als wenn wir im Vertrauen auf Dank und Anerkennung für vergangene Leistungen uns auf ein positives Wahlergebnis verlassen.

Ein weiteres: Früher hatten wir klare Alternativen – jedem erkennbar, jedem eindeutig – im Bereich der Außenpolitik, der Wirtschafts- und auch der Sozialpolitik. Für jeden bedeutete eine Mehrheit der SPD einen klaren, einen radikalen Kurswechsel, den man nach den Erfahrungen der Vergangenheit scheute, den man vermeiden wollte. Um ihn zu vermeiden, gab man den Gruppen der CDU/CSU seine Stimme.

Bis vor wenigen Jahren noch war die Sozialdemokratie so etwas wie ein Bürgerschreck. Man wählte halt nicht sozialdemokratisch: „Das tut man nicht, das verstößt gegen alle Tradition, gegen Anstand und gute Sitten." Können wir es heute, meine lieben Parteifreunde, wirklich wagen, die Sozialdemokratie als Bürgerschreck hinzustellen? Ist sie nicht für viele eine bürgerliche Alternative? Erleben wir nicht bis zu den Satzzeichen hin einen Prozeß einer geradezu penetranten Anpassung der Sozialdemokratie nicht nur in den Sachfragen der Politik, sondern selbst in den Methoden, um ja die Unterschiedlichkeiten nicht in Erscheinung treten zu lassen, die

früher einmal selbstverständlich waren? Vor allem aber im Bereich der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik erleben wir, daß dieser Prozeß zunehmend Fortschritte macht.

Hier hatten wir früher die klaren eindeutigen und entscheidenden Alternativen. Heute erleben wir einen Wandel der Situation. Wir stehen vor einem Tatbestand ungewöhnlicher Kompliziertheit jener Verflechtungen und Bindungen, die das außenpolitische Feld kennzeichnen. Im Zeichen der Entspannungspolitik erleben wir eine Auflockerung des westlichen Bündnisses. Jedenfalls sind jene klaren Alternativen, die auch in der Vorbereitung der Wahlen von 1957 und 1961 so ganz selbstverständlich eindeutig waren – CDU bedeutete diese, SPD jene Außenpolitik –, nicht mehr da.

Wir haben gelegentlich auch den Eindruck, daß in unseren Reihen die Bereitschaft, da wo noch Alternativen sind, diese zum Ausdruck zu bringen, sich abzugrenzen und auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik an die Notwendigkeit einer Unterscheidung zu denken, zumindest sehr stark nachgelassen hat. So konnte eine Tendenz entstehen, die etwa mit dem Schlagwort zu kennzeichnen ist: Versuchen wir es doch mal mit der Sozialdemokratie; so schlimm wird es keineswegs sein. Das ist eine These, die bis in die schwerindustriellen Kreise von Tisch zu Tisch gereicht wird, eine These, die, so meine ich, ungewöhnlich lebensgefährlich nicht nur für uns, sondern auch für die von uns vertretene Politik ist.

Und trotzdem: Wenn sich in den vergangenen Jahren Wähler von der CDU abgewandt haben – sie haben es getan, auch bei den letzten Kommunalwahlen –, dann doch keinesfalls aus Begeisterung für die SPD und deren Programm, sondern vielmehr aus Enttäuschung über die CDU, aus den vielen Gründen, die wir auch hier in diesem Kreise wiederholt besprochen haben. Ich meine deshalb, daß, wenn wir wieder mit Festigkeit, Klarheit und Geschlossenheit regieren, manche Schwierigkeit überwunden und mancher Rückschlag aufgeholt werden kann.

Das zu der Ausgangsposition! Ich habe Wert darauf gelegt, Ihnen nicht nur die nüchternen Zahlen darzulegen, die uns über die Wunschvorstellungen unseres Volkes unterrichten, sondern auch jene Gesichtspunkte aufzuzeigen, die ganz notwendig die Schwierigkeiten der Ausgangsposition des Wahlkampfes kennzeichnen.

Nun einige Bemerkungen zur Thematik dieses Wahlkampfes. Die früheren Wahlkämpfe haben wir weitgehend damit bestritten, daß wir eine stolze Bilanz unserer politischen Leistungen im weiten Feld der Politik vorlegten. Bei den Bundestagswahlen haben wir dann die Genehmigung dieser Bilanz durch eine lebhafte Zustimmung zur CDU/CSU erreicht. Wir werden auch künftig mit allem Nachdruck und aller Sorgfalt auf die Leistungen unserer Politik hinweisen. Aber meine Bemerkungen über die Ausgangssituation haben bereits angedeutet, daß wir schlecht beraten wären, wenn wir uns darauf verlassen würden, daß wir mit der Vorlegung dieser stolzen Leistungsbilanz das Wahlergebnis bereits entscheidend bestimmen würden.

Diese Bilanz ist die Grundlage für Vertrauen und der Ausweis von Erfahrungen und auch unserer Führungskraft. Eben unter diesem Gesichtspunkt der Bevölkerung

klarzumachen, daß sie Vertrauen in die Erfahrung, in die Führungskraft haben kann, weil diese Partei Leistungen vollbracht hat, darin liegt das Wesentliche. Deswegen müssen wir im kommenden Wahlkampf darauf hinweisen, was wir in der Vergangenheit geleistet haben.

Aber ich unterstreiche mit allem Nachdruck, gerade weil wir hier gelegentlich unterschiedlich diskutiert haben, die Wahlentscheidung fällt weit mehr unter den Gesichtspunkt: Wie wird es weitergehen? Welche Antworten hat die CDU/CSU, hat die SPD zu den Problemen der nächsten vier Jahre, zu den Problemen der siebziger Jahre? Wenn Sie darüber einmal nachdenken, dann werden Sie zu dem Ergebnis kommen, daß man die Situation in die These fassen kann: Sicherheit und Fortschritt, aber keine Abenteuer. Sicherheit allein als statisches Element reicht niemals aus; es muß sich ihr der Fortschritt zugesellen. Es muß fortgesetzt die Aufwärtsentwicklung im Wirtschaftlichen, im Sozialen, im Kulturellen dazukommen. Aber das Volk will heute noch nicht das Abenteuer.

Nun zu den einzelnen konkreten Fragen, die im kommenden Bundestagswahlkampf eine Antwort verlangen.

Da ist zunächst der weite Problemkreis der Wiedervereinigung, der Sicherheit, der Einigung Europas und in weiten Bereichen unseres Volkes vor allem der Wunsch nach einer engen vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Frankreich. Ich meine, daß Rambouillet auch ein guter Beitrag zur Vorbereitung der Bundestagswahl gewesen ist. Ich glaube, wir sollten Herrn Erhard ermutigen, diese Verhandlungen, diese Besprechungen und diese Politik konsequent und überzeugend fortzusetzen. Sie werden ein Beitrag zur Bundestagswahl dieses Jahres sein. – Das ist der eine Teilbereich.

Dann der weite Bereich, der etwa durch die Stichworte: Soziale Sicherheit, stabile Wirtschaft, stabile Währung, feste Preise gekennzeichnet wird. Hier stehen wir vor schwierigen Problemen in der Arbeit der Bundestagsfraktion. Die Bundestagsfraktion sollte die fälligen Entscheidungen möglichst bald und möglichst einheitlich treffen, auch die Entscheidung zum 312-DM-Gesetz. Sie sollte vor allem den in den kommenden Monaten auf uns zukommenden übertriebenen und unangemessenen Forderungen der Sozialdemokratie, die zur Vorbereitung der Bundestagswahl derartige Anträge stellen wird, ein klares Nein entgegensetzen – auch wenn sie es täglich zehnmal wiederholen muß –, um in der Politik der stabilen Wirtschaft, der stabilen D-Mark überzeugend und glaubwürdig zu bleiben. Wir sollten als Partei auch die Entwicklung in Schweden, in Großbritannien und in anderen sozialistischen Ländern im Wahlkampf auswerten und ausnutzen. Hier ergeben sich vielfältige Beispiele, die uns die Kraft geben, unserem Volk zu sagen: Schaut nach Deutschland, schaut auf Erhard und laßt euch nicht mit einer „Schwedenplatte“[34a] abfinden.

34a Vgl. Nr. 20 Anm. 26.

Und nun eine Bemerkung, deren Aktualität auf Vorkommnissen in den letzten Tagen beruht: die Diskussion um die Preise. Wir haben während der letzten Tage mehrfach erlebt, daß die Diskussion um die Erhöhung der Preise im Zusammenhang mit dem Namen der CDU oder jedenfalls im Zusammenhang mit dem Namen von hervorragenden Angehörigen der CDU – Bundesminister – geführt worden ist. Ich habe darüber bereits mit Herrn Schmücker gesprochen. Ich bin ihm dankbar dafür, daß er seine von der Presse da und dort mißverständlich dargelegte Auffassung in allernächster Zeit einmal eindeutig klarstellen wird.

Verehrter Herr Schwarz, wenn ich Ihnen einen Rat und eine Empfehlung mitgeben darf: Wenn Sie der Überzeugung sind, daß die Preise für Rindfleisch steigen, aber die Preise für Schweinefleisch fallen, dann sollten Sie von den fallenden Schweinefleischpreisen sprechen und das ankündigen, aber nicht in den Mittelpunkt die Rindfleischpreise stellen. Es darf nicht in den Diskussionen, in den Fernseh- und Hörfunksendungen und in den Schlagzeilen der Zeitung das Wort des Herrn Schwarz erscheinen: Höhere Preise für Rindfleisch. (*Schwarz:* Es ist genauso geschehen, wie Sie gesagt haben!) Ich habe mindestens drei Sendungen am Sonntag abgehört. Im Mittelpunkt stand immer der Name Schwarz – CDU – und höhere Preise. Hier muß man sich wirklich unter dem Gesichtspunkt, wie das ankommt, die Formulierung so überlegen, daß mit den Bemühungen um feste Preise und die Erhaltung des Preisniveaus der Name der CDU und der CDU-Minister verbunden ist; ebenso müssen die Bestrebungen, Entwicklungen nach oben zu vermeiden, mit dem Namen der CDU/CSU verbunden sein. Hier haben wir eines der heikelsten Eisen des künftigen Wahlkampfes. Ich bitte wirklich, mir die Freiheit zu gestatten, das offen zur Sprache zu bringen. Mit schönen Freundlichkeiten allein kann man die Vorbereitung der Wahl nicht betreiben.

Weiter ist für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl wichtig der weite Bereich Familie, die Probleme der berufstätigen Frauen, die Sorge und Verantwortung für die alten Menschen. Ein weiterer Teilbereich ist die Gesundheit und alle die damit zusammenhängenden Fragen. Schließlich ist auch der Bereich der Straßen zu nennen. Ich denke dabei nicht nur an die Autobahnen, sondern auch an die schwierigen Probleme des innerstädtischen Verkehrs, nicht zuletzt auch an den Fußgänger, der mit dem Leben davonkommen möchte.

Schließlich haben wir auch – das ist vielleicht eine besondere Situation, die wir durchsprechen sollten – in den Bundestagswahlkampf die Fragen und Probleme der Schulen, der Ausbildung, des beruflichen Fortkommens einzubeziehen. Hier haben wir den Nachweis zu führen, daß wir eine dynamische, fortschrittliche und moderne Politik betreiben, daß wir junge, moderne Kultusminister haben, die nicht nur bei Karnevalssendungen, sondern auch sonst mit ungewöhnlichem Charme und großem Erfolg ihre Sache zu vertreten wissen. Das scheint mir auch Aufgabe und Inhalt dieses Bundestagswahlkampfes zu sein.

Der eine oder andere wird mir entgegenhalten, daß wahrscheinlich zur Zeit der Bundestagswahl dieses oder jenes Problem keine aktuelle Bedeutung habe. Darauf

kommt es für die Bundestagswahl nicht an. Jenseits aller Aktualität haben wir in diesen Bereichen unsere Auffassung zu formulieren, haben wir in diesen Bereichen anzugreifen und unsere Auffassungen zu vertreten.

Ich möchte meinen, daß wir im nächsten Bundestagswahlkampf auch unsere Kultusminister in der vordersten Front des Wahlkampfes sehen möchten ebenso wie den Außenminister und jedes Mitglied der Bundesregierung. Darüber sollten wir uns klar sein. Daran sollten wir arbeiten, und unter diesen Gesichtspunkten sollten wir die Bundestagswahl vorbereiten.

Ein weiterer Tatbestand, der einer sehr sorgfältigen Abwägung und Prüfung bedarf: Die künftigen politischen Auseinandersetzungen – auch die Auseinandersetzungen im Bundestagswahlkampf – werden zunehmend eine nationale Komponente erhalten. Stärker als früher werden aus dem Lager der Vertriebenen, aus dem Lager der jungen Generation Gesichtspunkte zur Sprache und zur Geltung gebracht werden, die das nationale Selbstverständnis der Deutschen und auch die nationale Würde, das nationale Selbstbewußtsein zum Gegenstand haben. Es hat keinen Zweck, an diesen Problemen vorbeizugehen, weil man meint, daß sie möglichst unterhalb der öffentlichen Diskussion gehalten werden sollten. Sie kommen zur Sprache, und wir haben diesmal die Verantwortung dafür, daß wir nicht das Schicksal der Weimarer Parteien erleben. Wir müssen uns vom ersten Tag an in die Diskussion einschalten mit der Verantwortung, die wir für das heutige und kommende Deutschland haben, mit jenem Sinn für das Maß, das gerade in diesem Bereich angesichts deutscher Nationalübel für die kommende politische Entwicklung wichtig und bestimmend sein kann.

Ich bitte ein Weiteres zu überlegen. Wer sich nicht im Alltag der politischen Geschäfte verliert, wird mir zugeben, daß innerhalb unseres deutschen Volkes – und das nicht nur durch die Kanzelverkündigung vom Buß- und Bettag seitens der Evangelischen Kirche – eine sehr lebhafte Diskussion und Auseinandersetzung in Gang gekommen ist über die vielfältigen Erscheinungen der Zügellosigkeit, der Verantwortungslosigkeit, schlicht: der Unanständigkeit, die sich in weiten Bereichen unseres Lebens geltend macht. Nun wäre es gefährlich, wenn die CDU durch eine unglückliche Diskussion dieser Fragen etwa in den Ruf oder in den Geruch mangelnder geistiger Freiheitlichkeit, des Muckertums oder ähnlicher Auffassungen kommen würde. Hier in geeigneter Weise die Fragen zur Diskussion zu stellen, scheint mir notwendig. Wir müssen uns überlegen, ob wir uns auf eine lebhafte Akklamation und Zustimmung zu Erklärungen beschränken, die andere abgeben. Über diese Methode müssen wir nachdenken. Das dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren.

Der kommende Wahlkampf wird entscheidend auch unter personellen Gesichtspunkten geführt werden. Wir sollten darin einig sein, daß dieser Wahlkampf durch die CDU/CSU entscheidend im Namen und mit dem Namen Ludwig Erhard geführt wird. Die Betonung dieses Namens, des Namens eines erfahrenen Politikers, eines Mannes, der Leistungen aufzuweisen hat, der Vertrauen verdient, und die Gegen-

überstellung mit dem höchst unzureichenden Kanzlerkandidaten der SPD – ohne dauernd seinen Namen zu nennen; das ist wichtig für jede erfolgreiche Werbung – ist eine der wichtigsten Aufgaben der systematischen Vorbereitung dieses Wahlkampfes.

Meine Damen und Herren, wir wären schlecht beraten, wenn wir in diesem Rahmen den Rang, die Persönlichkeit und das Ansehen des früheren Bundeskanzlers, unseres Bundesparteivorsitzenden, vernachlässigen würden. Das einfache Gefühl unseres Volkes für Dankbarkeit für die großen Leistungen, die dieser Staatsmann verdient, rechtfertigt es und macht es notwendig, daß wir ihn bitten, sich gleichfalls maßgebend an diesem Wahlkampf zu beteiligen, wobei wir sicherlich berücksichtigen werden, Herr Bundeskanzler, was Sie mir vor einigen Tagen gesagt haben, daß Sie nämlich keine achtzig mehr sind. *(Heiterkeit.)*

Der nächste Teilbereich der Vorbereitung der Bundestagswahl: die Auseinandersetzung mit den übrigen Parteien. Wir sollten die FDP in weiten Bereichen, jedenfalls überall dort, wo wir keinen konkreten Anlaß zu Auseinandersetzungen haben, schweigend behandeln. Ich meine, daß sich das auch in der Wählerentscheidung zu unseren Gunsten bemerkbar machen wird. Zumindest sollten wir bis etwa zum Juni diese Taktik beibehalten, um vom Juli ab, nach Beendigung der Bundestagsberatungen, stärker und intensiver in der breiten Öffentlichkeit die Notwendigkeit klarer regierungsfähiger Mehrheiten zu unterstreichen und damit die Notwendigkeit einer klaren Wahlentscheidung zugunsten der CDU/CSU.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung muß und wird die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie stehen, und zwar, meine lieben Freunde, nicht mit der Sozialdemokratie vergangener Tage – so sehr wir ihre schwankende wankende Haltung zu unterstreichen haben werden –, sondern mit der Sozialdemokratie unserer Zeit, auch mit der Sozialdemokratie des Godesberger Programms. Wir müssen vor der deutschen Öffentlichkeit den Beweis führen, daß die Wahl der Sozialdemokratie sowohl für die Außen- wie für die Innenpolitik Unsicherheit bedeutet. Wir müssen die Öffentlichkeit davon überzeugen, daß sozialdemokratische Wirtschaftspolitik der Weg in ein Abenteuer ist, daß sozialdemokratische Finanz-, Steuer- und Währungspolitik letztlich der Gang zur Inflation ist. Darüber muß ausreichendes Material zur Verfügung gestellt werden. Es wird vorbereitet; ich hoffe, daß es zum Nachweis dieser Thesen ausreichen wird.

Nun noch einige mehr technische Bemerkungen. Die Regionalkonferenzen sind in weiten Bereichen der Bundesrepublik durchgeführt, nur in Nordrhein-Westfalen stehen sie noch bevor. Ich bitte Sie herzlich, die dort gegebenen Anregungen auszuwerten und dafür Sorge zu tragen, daß möglichst alles durchgeführt wird, was Ihnen an Anregungen, Vorschlägen usw. auf den Regionalkonferenzen mit auf den Weg gegeben wird.

Zweiter Gesichtspunkt: Wir werden noch einige Tagungen und Kongresse durchführen: den Bauernkongreß in Oldenburg zu Beginn des Monats März, den Vertriebenenkongreß in Nürnberg nach dem Bundesparteitag, den Wirtschaftstag in Düsseldorf

und die Sozialpolitische Tagung in Köln.[35] Ich bitte alle, die an der Vorbereitung dieser Tagungen und Kongresse mitarbeiten, sich nicht der Aufgabe zu widmen, zu möglichst subtilen Einzelergebnissen zu kommen, sondern alles – entschuldigen Sie: stumpfsinnig – der Bundestagswahl und ihren Notwendigkeiten unterzuordnen. (*Röder:* Der Kongreß für Raumordnung in Saarbrücken!) Der Kongreß für Raumordnung in Saarbrücken wäre auch noch zu erwähnen.[36]

Ich bitte, die zentralen Wahlkampfvorbereitungen der Bundesgeschäftsstelle zu unterstützen: einheitliche Plakatierung, einheitliche Inserate, einheitliche Filme. Ich wäre wirklich dankbar, wenn die Herren Landesvorsitzenden und die Herren Landesgeschäftsführer ihre Wahlvorbereitungen – wie es dankenswerterweise schon vielfach geschehen ist – sorgfältig mit der Bundesgeschäftsstelle abstimmen würden, damit wir wirklich zu einer einheitlichen Wahlkampfführung kommen. Ich bitte wirklich, nicht nervös zu werden. Es ist einfach notwendig, daß der Wahlkampf – soweit diese Fragen in Rede stehen – auf die letzten Wochen konzentriert wird, frühestens auf die Zeit nach der großen Eröffnung des Bundestagswahlkampfes in der Westfalenhalle[37] am 8. August dieses Jahres. Wirken Sie auch in den Kreisverbänden darauf hin, daß niemand in einem Anfall verständlicher Nervosität bereits vorzeitig Maßnahmen trifft, die dann auf die Dauer versickern müssen und nicht den Erfolg haben, den wir uns vorstellen.

Eines der wichtigsten Daten in der Entwicklung zur Bundestagswahl ist der 27. Juni 1965. An diesem Tag wird an der Saar gewählt[38]; die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl, deshalb die umstrittenste Wahl, die wir in der Zeit bis zur Bundestagswahl vorzubereiten und durchzuführen haben. Ich halte es für ganz selbstverständlich und bitte herzlichst darum, daß der Landesverband Saar, aber auch die Landesregierung Saar jede Unterstützung von der Bundesregierung und von der Bundespartei erhalten. Wir werden an der Saar mit einem konzentrierten und massierten Rednereinsatz arbeiten müssen. Es wird jeder – auch wenn er gelegentlich aufs Dorf geschickt wird – sich der Mühe unterziehen müssen, daran zu arbeiten, daß die Wahl an der Saar zu einem Erfolg wird, der unsere Wählerschichten mit Optimismus für die Bundestagswahl erfüllt.

Nicht nur für diese Wahl, sondern für die Bundestagswahl insgesamt wird diesmal ein zentraler Rednereinsatz notwendig sein. Es ist einfach töricht, wenn Kandidaten

---

35 CDU (Hg.): Gesunde Landwirtschaft – Morgen. Bauernkongreß der CDU am 4. und 5. März 1965 in Oldenburg. Bonn 1965; CDU (Hg.): Freiheit und Recht in Deutschland und Europa. Vertriebenen-Kongreß der CDU/CSU am 3. und 4. Mai 1965 in Nürnberg. Bonn 1965; CDU/CSU (Hg.): Wirtschaftstag der CDU/CSU am 8. und 9. Juli 1965 in Düsseldorf. Bonn 1965; 11. Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft vom 9. bis 11. Juli 1965 in Köln, Bericht in Betriebsrätebrief Nr. 8 vom August 1965 S. 1–13.

36 Vgl. Nr. 17 Anm. 102.

37 In Dortmund.

38 Vgl. Nr. 17 Anm. 49.

oder Bundestagsabgeordnete aus völlig gesicherten Wahlkreisen, weil sie z. B. dem Außenpolitischen Ausschuß angehören, nur Herrn Schröder bitten, weil sie dem Ausschuß für Verteidigung angehören, nur Herrn von Hassel bitten und so ihre vielfältigen persönlichen Beziehungen zum persönlichen Vorteil ausnutzen, während alle anderen Wahlkreise einfach vernachlässigt werden. Es muß also auch die Prominenz sich den höheren Notwendigkeiten unterordnen, die hier in der zentralen Führung des Wahlkampfes gesammelt werden und die von hier auch sicherlich besser übersehen werden können, als es irgendein Landesverband oder ein einzelner Wahlkreis kann.

Der nächste Wahlkampf erfordert höchste Anstrengungen. Damit Sie einmal einen Vergleich erhalten zwischen dem, was man bisher getan hat, und dem, was man vielleicht tun könnte, will ich Ihnen aus dem sicherlich bekannten Buch von White „Der Präsident wird gemacht"[39] den Tagesablauf des Präsidenten Kennedy aus seinem Wahlkampf ins Gedächtnis rufen. Ich darf darauf hinweisen, daß er in diesen Tagen niemals vor Mitternacht zu Bett gegangen war. Dann der Tagesablauf eines ganzen Tages; ich bitte sorgfältig zuzuhören:

„Nach sechseinhalb Stunden Schlaf erstes Frühstück um 7 Uhr gemeinsam mit persönlichen Mitarbeitern. Anschließend zweites Frühstück mit den Kandidaten für das Gouverneursamt in Michigan. Um 8 Uhr drittes öffentliches Frühstück mit den Gewerkschaftsführern von Detroit. Um 9 Uhr eine Stunde Film- und Fotoaufnahmen. Anschließend eine halbe Stunde Begrüßung von Gewerkschafts- und Parteifunktionären. Eine halbe Stunde Zeit zur Vorbereitung einer Rede. 11 Uhr Ansprache auf dem Cadillac-Platz. Anschließend persönliche Unterhaltung mit Walter Reuther[40], dem Führer der Automobilarbeitergewerkschaft. 12.30 Uhr Mittagessen mit Mitarbeitern. Erneute Fotoaufnahmen. Um 14 Uhr Beginn einer Autotour durch den Staat Michigan. Kurze Ansprache auf der Landwirtschaftsmesse. Anschließend Besuch auf einem Picknick. Autofahrt nach Flint. Auf der Fahrt Aktenstudium. Dann bei einem Picknick in Flint. Weitere Rede in Flint. Dann Weiterflug mit der eigenen Maschine nach Muskegon. Fahrt an einer 10 km langen Menschenschlange [vorbei]. Im Pere Marquette Park wieder eine Rede. Im Hotelzimmer kurzer Imbiß. Dann weiter zu der Dew-Drop Inn, um dem örtlichen Kandidaten Wahlhilfe zu geben. Kurze Ansprache. Dann wieder zum Flugplatz. Start um 23 Uhr. Um 2 Uhr zu Bett. Ein Tag!" (*Schröder:* Da läßt sich noch die halbe Stunde für die Vorbereitung auf eine Rede streichen! – *Heiterkeit.*) Das ist unterschiedlich, Herr Schröder, Sie können es vielleicht in fünf Minuten, während andere dazu eine halbe Stunde brauchen. Das sollte man den einzelnen Rednern überlassen.

---

39 Theodore H. White: The Making of the President 1960. New York 1964 S. 252 f.

40 Walter Philip Reuther (1907–1970), amerikanischer Gewerkschaftsführer; 1942 Vizepräsident, 1946–1970 Präsident der United Automobil Workers Union (UAW), 1952–1955 Präsident der Congreß of Industrial Organisations (CIO), 1955–1967 stv. Vorsitzender der Zentralgewerkschaft AFL-CIO.

Sie können also hier von dem ausgehen, was die Wirklichkeit ist. Vergleichen Sie es einmal mit dem, was bisher von Ihnen verlangt worden ist. *(Zurufe.)* Ich habe eine Aufstellung über die Wahlkämpfe der vergangenen Jahre. Darin ist auch der Anteil aufgeführt, den die Prominenz am Wahlkampf hatte. (*Zurufe:* Was verstehen Sie unter Prominenz?) Zur Prominenz gehört jeder, der dem Bundeskabinett angehört, jeder – mit meiner Ausnahme –, der dem Präsidium angehört. Zur Prominenz gehört der Bundestagspräsident, [gehören] auch die Abgeordneten des Bundestages. Ich glaube, daß da vielfältige Möglichkeiten für eine erfolgreiche Betätigung sind.

Eine letzte Bitte! Ermannen Sie sich endlich dazu, diesen Wahlkampf offensiv zu führen. Es ist eine der schlechtesten Erscheinungen der letzten Monate, daß wir uns in der Auseinandersetzung mit unseren parteipolitischen Gegnern ungewöhnlich zurückhalten. Es ist ein ungewöhnlich guter Eindruck, wenn unsere Politiker in staatsmännischer Haltung, wenngleich mit der Toga des Wohlverhaltens, durch die gegenwärtige Politik gehen. Aber Bundestagswahlen können nur gewonnen werden, wenn man die Auseinandersetzung sucht, wenn man dem Wähler sagt, daß er zu scheiden und sich zu entscheiden hat. Nur wenn Sie die Kraft haben, die wohlgefällige Toga des Wohlverhaltens abzulegen und sich wieder in die Niederungen der parteipolitischen Auseinandersetzungen begeben, werden Sie Dank und Anerkennung unserer Wähler und weiter Kreise unserer Mitglieder finden. *(Beifall.)*

Adenauer: Ich glaube, wir gehören jetzt alle zur Prominenz. *(Heiterkeit.)* Wir danken Herrn Dufhues sehr, daß er uns ein so gutes Beispiel wie das von Präsident Kennedy vorgehalten hat. Nur würde ich es für interessant halten, wenn auch mal aufgezeigt würde, wie viele Wochen Kennedy das so gemacht hat. Ich glaube, er hat es nicht viele Wochen so gemacht. Soweit ich Herrn Kennedy kennengelernt hatte, hatte er diesen geschwächten Körper; das dürfen wir nicht vergessen. Er hat sich zwar sehr aufgeopfert. Aber das ist etwas, das schreibt man gern auf den Totenzettel, was der Mann alles gemacht hat. Wir wollen jedenfalls nicht, daß am Ende des Wahlkampfes die Prominenz im Krankenhaus liegt. *(Zustimmung.)* Das ist unmöglich.

Aber, meine Damen und Herren, doppelt und dreifach unterstreiche ich die Aussage von Herrn Dufhues: Mehr Kampfgeist. (*Blank:* Krach mit der SPD!) Herr Blank sagt kurz und bündig: Krach mit der SPD. Mit größtem Vergnügen! Aber gerade gestern haben wir wieder gehört, wie die Sozialdemokraten einer Auseinandersetzung ausweichen. Lassen Sie mich ein klassisches Beispiel anführen, das uns gestern in der Sitzung des Fraktionsvorstandes Herr Rasner aufgezeigt hat.

Der Bundestagspräsident hat in seinem Haushalt noch Geld für fünf Reisen von Abgeordneten nach Brasilien. Die Sozialdemokraten haben vorgeschlagen, den Zweck zu wandeln und sich damit einverstanden zu erklären, daß das Geld für 15 Reisen in Ostblockstaaten verwendet wird. Aber nun kommt es, was ich Ihnen sagen will. Die Sozialdemokraten haben hinzugesetzt, sie würden nur dann dafür sein, wenn auch wir dafür wären. Daraus sehen Sie, wie sie mit Peinlichkeit jede Situation vermeiden, wo man sie am Hammelbein fassen kann. Das muß aber geschehen; das ist ganz sicher.

Wir wollen nun gleich anfangen. Ich schlage vor, daß wir jetzt in eine Diskussion über diese Fragen der zukünftigen Wahlkämpfe eintreten. Ich fürchte nämlich, daß wir sonst nicht mehr zu einer richtigen Diskussion kommen. Das Wort hat Herr Röder.

Röder: Herr Bundesvorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß wir am 27. Juni an der Saar Landtagswahlen haben und daß diese Landtagswahlen als ein Teil der Bundestagswahl, als eine Vorwahl angesehen werden müssen, rechtfertigt es, daß ich mich bei diesem Thema, entgegen meiner Gewohnheit, als erster in der Diskussion zu sprechen, zunächst zu Wort gemeldet habe.

Wir haben die Vorbereitungen für diese Auseinandersetzung an der Saar schon begonnen. Ich bin dankbar dafür, daß Damen und Herren der Bundespartei und des Bundeskabinetts auch jetzt schon und auch in den nächsten Wochen an die Saar kommen werden, um sich an der Vorbereitung zu beteiligen. Ich begrüße auch, daß hier ein Antrag vorliegt, wonach für einen bestimmten Zeitraum alle Redner, die zur Verfügung stehen, für die Saar reserviert sind.

Wir wissen an der Saar sehr wohl um unsere Verantwortung, die auf uns ruht, für unsere Landtagswahl, aber auch für die Bundestagswahl. Es ist für uns sehr schwer, daß diese Testwahl für die Bundestagswahl ausgerechnet in dem Land stattfindet, in dem wir besondere und auch besonders schwierige Verhältnisse haben.

In diesem Jahr, am 23. Oktober, ist es erst zehn Jahre her, daß an der Saar erstmalig demokratisch abgestimmt worden ist.[41] Zehn Jahre sind für einen so wichtigen Prozeß, wie er dann in der Fortsetzung eingeleitet werden konnte, eine sehr kurze Zeit. Deshalb konnten auch bis zum heutigen Tage viele Fragen noch nicht gelöst werden, obwohl dies dringend notwendig wäre. Dabei kann nicht bestritten werden, daß die Bundesregierung in den hinter uns liegenden Jahren vieles und wesentliches getan hat, um den Umwandlungsprozeß in günstigem Sinne zu fördern. Es kann beispielsweise nicht übersehen werden, daß wir an der Saar nach wie vor den geringsten Zuwachs am Bruttosozialprodukt, die geringste industrielle Entwicklung, das geringste Steueraufkommen – im Vergleich mit anderen Bundesländern oder dem Bund – haben. Daran kann man ablesen, daß an der Saar noch nicht alles in Ordnung ist. Es ist kein Zufall, daß jüngst eine Umfrage ergeben hat, daß an der Saar der geringste Prozentsatz im gesamten Bundesdurchschnitt mit seiner wirtschaftlichen Lage zufrieden ist, daß mit Abstand der geringste Prozentsatz der Bevölkerung mit Vertrauen in die Zukunft hineinschaut[42]; da liegen wir ganz unten, mit großem Abstand zurück hinter dem nächsten Bundesland. Das sind Tatbestände, mit denen man sich sehr vertraut machen muß, bevor man in einer Landtagswahl und dann in der Fortsetzung in eine Bundestagswahl hineingeht.

---

41 Ergebnis der Volksabstimmung über das Saarstatut am 23. Oktober 1955: Ja-Stimmen 32,29 %, Nein-Stimmen 67,71 % (AdG 1955 S. 5422).

42 EMNID-Institut für Meinungsforschung: Voraussetzungen politischer Meinungsbildung im Saarland (Spezial-Erhebung). Bielefeld 1964.

Was das Verhältnis der Parteien angeht, so ist folgendes zu sagen. Die Einigung, die wir im Jahre 1959 mit der Christlichen Volkspartei des Herrn Hoffmann durchgeführt haben, hat sicher sehr zur Beruhigung innerhalb der Bevölkerung des Landes beigetragen. Ich darf all denen sagen, die das vielleicht nicht wissen, daß ich mich schon seit einigen Jahren gelegentlich mit Herrn Hoffmann treffe und daß wir gar keine Gegensätze haben. Ich halte es für richtig, daß man einmal mit all diesen Dingen Schluß macht. Heute sind in meiner Regierung die Hälfte der CDU-Mitglieder Angehörige der früheren Hoffmann-Partei. Von unseren fünf Bundestagsabgeordneten kommen zwei aus der ehemaligen Hoffmann-Regierung, nämlich der letzte Landesparteivorsitzende der Christlichen Volkspartei, Herr Kurtz[43], und Herr Klein[44], der Sozialminister unter Hoffmann war. Von da her, glaube ich, ist alles geschehen, was geschehen konnte.

Aber es war nicht zu verhindern, daß nach der wirtschaftlichen Eingliederung im Jahre 1959, wo vieles anders geworden ist, ohne daß es unbedingt schlechter werden mußte, sich eine Gruppe gebildet hat, die sogenannte Saarländische Volkspartei, die kein anderes Programm – auch heute noch – hat, als das aufzuzählen, was durch die wirtschaftliche Rückgliederung in die Bundesrepublik an der Saar schlechter geworden ist, was wir verloren haben. Sie ist bei den Landtagswahlen 1960 mit diesem Schlager „Was wir verloren haben" in der damaligen Situation zu unserer großen Überraschung mit 11,8 % herausgekommen. Die CDU ist zwar die stärkste Partei geblieben. Aber diese Gruppe, die mit der alten Hoffmann-Partei nur ganz wenig – fast nichts – zu tun hat, in der sich auch alte Sozialdemokraten und alte Kommunisten befinden, dieser Haufen der Unzufriedenen kam mit 11,8 % heraus. Wir haben in den viereinhalb Jahren der hinter uns liegenden Legislaturperiode versucht, diesen Leuten von unten her, von der Ortsebene her, das Wasser abzugraben. Wir haben es insoweit geschafft, als bei den letzten Kommunalwahlen am 25. Oktober[45] diese Gruppe – obwohl die Kommunalwahlen sehr viel schwieriger sind als Landtagswahlen und Bundestagswahlen, weil die lokalen Differenzen eine Rolle spielen – um 6 % zurückgefallen ist; bei den Kreistagswahlen kam sie auf 7 %. Wir hoffen, daß sie jetzt bei den Landtagswahlen unter die 5%-Klausel kommt. Aber das Zurückfallen unter die 5%-Klausel ist für uns nur interessant, wenn wir die Stimmen bekommen. Wenn die Stimmen zur SPD gehen, haben wir von diesem Rückgang nichts. Insofern sind wir ständig bemüht, eigentlich jeden Tag, in Gesprächen, überall da, wo wir glauben, noch etwas von dieser Gruppe gewinnen zu können, es in unsere Scheunen zu bringen.

---

43 Josef Kurtz (1903–1970), Landwirt; 1946 Präsident der Landwirtschaftskammer für das Saarland, 1947–1955 MdL Saarland (CVP), 1953–1955 Parlamentarischer Staatssekretär für Ernährung, Landwirtschaft und Staatsgüter im saarländischen Wirtschaftsministerium, 1964–1965 MdB (CDU).

44 Johann Klein (1902–1976), Gewerkschaftssekretär; 1945 CVP, 1954–1955 Arbeitsminister des Saarlands, 1961–1969 MdB (CDU).

45 Vgl. Nr. 17 Anm. 63.

Ich höre – ich sage das in diesem Kreis ganz offen –, daß auch von seiten der Bundesstellen – ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken – offiziell Versuche unternommen werden – ich habe es in der KNA gelesen[46] –, eine Fusion zwischen dieser Gruppe und uns zustande zu bringen. Von der Möglichkeit einer solchen Fusion halte ich persönlich nach dem gegenwärtigen Verhalten dieser Gruppe wenig; denn sie hat als Slogan „Man wählt nicht mehr CDU". Insofern wird es schwer sein, sie zur CDU hinüberzubekommen. Ich würde vor solchen Bestrebungen auch warnen, wenn einige Köpfe dieser Gruppe dadurch aufgewertet würden. Selbst wenn wir den einen oder anderen Kopf hätten, würde sich dieses Gebilde wie eine Hydra entwickeln; es würden sieben neue Köpfe nachwachsen, die wir wieder gewinnen müßten. Das wäre ein endloser Prozeß, ohne daß wir die Stimmen endgültig hätten. Ich bin aber gern bereit, alle Hilfen anzunehmen, die mir angeboten werden in meinem eigenen Bemühen, die Menschen auf dem Lande und die in den Städten zu gewinnen, die noch hinter diesen Leuten stehen. Es handelt sich da zum Teil um sehr wertvolle Leute, die aus einer christlichen Tradition kommen, aber durch irgendwelche örtlichen Dinge verärgert sind.

Die SPD wird in ganz großem Stil immer wieder die Behauptung wiederholen: Wenn es an der Saar nicht so geht wie in anderen Bundesländern, wenn es in den letzten Jahren nicht besser gegangen ist, liegt das nur an der Tatsache, daß wir an der Saar eine CDU-Regierung haben und daß diese CDU-Regierung von der Bundes-CDU-Regierung nicht die entsprechende Unterstützung erfahren hat, die für die Entwicklung dieses Landes notwendig gewesen wäre; daher: wählt SPD. – Nun, ich habe eben versucht, einige Tatbestände aufzuzeigen, die deutlich machen sollen, daß in der Tat bei uns noch einige Rückstände sein müssen, die in einer so kurzen Zeit nicht zu überwinden waren.

Daher brauchen wir an der Saar für die kommenden Wahlen sichtbare Zeichen der Hilfe, damit dieser vorherrschende Eindruck insoweit behandelt wird, als man erkennt: Durch die Hilfe der Bundes-CDU, aber auch durch die Tatsache einer CDU-Landesregierung werden in diesem Lande hoffnungsvolle Zeichen sichtbar, die das Vertrauen in die Zukunft rechtfertigen.

Es kann ja wahrscheinlich gar nicht anders sein, als es ist. Sie müssen sich vorstellen, daß dieses kleine Gebiet in den letzten hundert Jahren immer wieder seine Besitzer gewechselt hat und daß keiner der jeweiligen Besitzer – auch nicht die Bundesdeutschen – bereit waren, in diesem Land dauerhaft etwas zu investieren, weil niemand wußte, wie lange er von einer Investition etwas haben würde. So ist dieser Raum immer wieder nur als Arbeitskraft- und industrielle Reserve behandelt worden. Aber niemals ist etwas investiert worden, um diesen Raum an der Grenze zu entwickeln. Die Tatsache, daß es im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von der Randlage in eine zentrale Lage hineingekommen ist, müßte dieses Land zu einem Land der Mitte und der guten Zukunft machen. Das wird unser Programm sein. Wir

46 Vgl. KNA-Informationsdienst Nr. 7 vom 11. Februar 1965 „Zwischenbilanz zur Saarwahl".

werden damit in die Wahl hineingehen: Land der europäischen Mitte, Land mit einer guten Zukunft.

Für diese gute Zukunft brauchen wir beispielsweise eine Grundsatzerklärung der Bundesregierung in bezug auf die Verbesserung unserer Infrastruktur, z. B. der notwendigen Wasserverbindung zwischen Mosel und Rhein. Nachdem die Mosel als Kompensation für die Saarrückgliederung kanalisiert worden ist, kann man die Saar nicht auf dem Trockenen sitzen lassen. Wir brauchen in diesem Industriegebiet eine Verbindung zwischen einer kanalisierten Mosel über die Saar zum Rhein. Ob man das schon vor der Bundestagswahl in Angriff nehmen kann, ist eine Frage der Vorbereitung. Zumindest brauchen wir die Grundsatzerklärung.

Noch auf einem anderen Gebiet brauchen wir die Zustimmung der Bundesregierung. Darüber werden wir mit Minister Dollinger sprechen müssen. Weil bei uns die industrielle Ausrüstung völlig einseitig ist, brauchen wir auch für den Bergbau ein ermutigendes Zeichen. Wir haben ja dieses Unternehmen mit Frankreich vorbereitet, an dem wir und Frankreich mit je 50 % beteiligt sind.[47] Es fehlt nur noch die Zustimmung der Bundesregierung. Wir sollten die Zustimmung geben, damit wir dieses gemeinsame deutsch-saarländische-französische Unternehmen im Sinne einer guten Zukunft für unser Land aufbauen können.

Wir müssen solche wirkungsvollen Zeichen setzen. Darüber hinaus müssen wir fleißig bleiben und versuchen, in jedes Haus hineinzugehen und deutlich zu machen, daß nur dann, wenn man bei der CDU bleibt, die Zukunft wirklich gesichert ist. Sie müssen wahrmachen, was Sie uns im einzelnen versprochen haben, daß Sie bereit sind, an die Saar zu kommen und mit uns von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt zu gehen und jedes Haus zu erfassen. Wir können uns nicht darauf verlassen, in Parteiversammlungen oder mit großen Postwurfsendungen noch etwas zu ernten. Wir müssen die Leute persönlich ansprechen und das Gewicht des einzelnen jedermann deutlich machen.

Dann wäre es auch gut, wenn bei diesem Sichtbarwerden der Solidarität und der Stärke der CDU die Herren, die an die Saar kommen, berücksichtigten, daß wir uns gegenseitig ein bißchen loben und nicht nur kritisieren sollten. Wir neigen dazu, das für selbstverständlich zu halten. Sie wissen, daß man sich im eigenen Lande nicht selber loben kann; das kommt nicht an. Aber wenn ein anderer kommt und sagt: Das ist ein tüchtiger Kerl – Sie brauchen mich nicht zu loben –, dann ist das viel wirkungsvoller, als wenn man das selber tut. Das ist in der CDU ein bißchen aus der Mode gekommen; ich weiß nicht, warum. Es kostet doch nichts, wenn man sich gegenseitig lobt; das trägt sehr zum Ansehen bei.

---

47 Plan der Saarbergwerke AG zur Errichtung einer Top-Destillation (Mineralöl) in Fürstenhausen, einer Ammoniak-Synthese in Carling und einer Harnstoff- und Düngemittelproduktion in Perl, an denen französische Unternehmen zu 50 % beteiligt sein sollten (Schreiben des Bundesschatzministers vom 10. Februar und 26. April 1965 in ACDP VII-003-039/1).

Ich würde sagen, ich bin nicht pessimistisch, aber wir müssen sehr hart arbeiten, zumal die SPD ihre ganze Kraft auf die Landtagswahlen konzentriert, weil sie weiß, daß, wenn die CDU erstmalig die Landtagswahlen an der Saar verliert, das eine Vorentscheidung für die Bundestagswahl ist.

Adenauer: Das Wort hat Herr Amrehn.

Amrehn: Meine Damen und Herren! Im bevorstehenden Wahlkampf wird es einen Mann geben, der sich den Strapazen unterzieht, die von Kennedy geschildert worden sind. Das wird Herr Brandt sein. Täuschen wir uns nicht, daß nicht nur er selber, sondern seine ganze Mannschaft das schon gelernt hat und das ausführen wird, was von Herrn Dufhues gefordert wurde. Insofern sollten wir uns in der Tat angesprochen fühlen, nicht schwächer zu kämpfen als die sozialdemokratische Mannschaft, obwohl man über den Wert dessen, was da zu leisten ist, sehr geteilter Meinung sein kann.

Der Herr Vorsitzende hat gebeten, etwas über die Stimmung aus den Landesverbänden zu berichten. Wir nehmen ja an den Bundestagswahlen nicht unmittelbar teil, sondern unsere Abgeordneten werden auch im kommenden Herbst wieder vom Abgeordnetenhaus entsandt werden. Trotzdem ist es wohl nicht ganz unwichtig, zu wissen, wie heute die Einschätzung Brandts in Berlin ist. Dazu möchte ich zwei Bemerkungen machen.

Ich habe neulich in eine Umfrage Einsicht nehmen können, die von einem ersten Institut in Berlin angestellt worden ist. Danach kann ich nur bedauern, daß wir keine Bundestagswahlen in Berlin haben können. Die Vergleichszahlen sind: 49–29–7. Das bedeutet, daß wir gegenüber der letzten Wahl in Berlin eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen haben. Die SPD hatte bei der Kommunalwahl 62 %, wir hatten 28 %. Da bleiben noch 15 bis 20 % offen, die noch zu verteilen sind. Wir würden auf alle Fälle rein rechnerisch statt sechs Abgeordnete siebeneinhalb haben; wohin der achte fiele, ist nicht ganz klar. Das Ergebnis stammt erst vom Dezember.[48]

Ich erwähne das, weil es ganz deutlich zeigt, daß auch in Berlin die Kurve der SPD etwas rückläufig und die der CDU immerhin doch wieder aufstrebend ist. Ich muß das erwähnen, weil ich allenthalben in deutschen Zeitungen Berichte aus der Berliner CDU lese, die besagen, eine Umfrage habe ein Verhältnis von 72 zu 18 ergeben. Das ist blanker Unsinn und Tendenzmache, die uns selber etwas entmutigen soll. Ich gebe zu, daß bei uns einige Leute mit der Toga des Wohlverhaltens herumlaufen, um nicht noch mehr bei der SPD anzuecken und fürchten zu müssen, daß das die künftige Entwicklung behindern könnte.

Noch etwas anderes ist wichtig. Die Person von Brandt schneidet in Berlin besonders schlecht bei den Frauen ab. Er hat die stärkste Unterstützung bei den Männern und eine rückläufige Kurve bei den Frauen. Das ist nicht unwichtig für das Gesamturteil.

---

48 Umfrage nicht zu verifizieren.

Der Herr Vorsitzende hat davon gesprochen, daß in der gesamten Partei so etwas wie Müdigkeit zu verspüren sei und daß wir aktiver herangehen sollten. Ich glaube, Herr Bundesvorsitzender, das hängt damit zusammen, daß wir uns bewußt sind, wie wenig im Grunde alle persönlichen und körperlichen und institutionellen Anstrengungen bei einem Wahlkampf ausrichten können, wenn nicht der Haupttrend der Kurve entscheidend von der Bundesregierung bestimmt wird und wenn nicht dort die Zehnerprozente aufgebaut werden; wir können durch den Wahlkampf nur immer noch ein oder zwei Prozente dazu tun.

Ich hätte auch von mir aus die gestrigen Nachrichten über die Steigerung der Preise noch einmal aufgegriffen, wenn das Herr Dufhues nicht schon getan hätte. Wenn in einer CDU-Zeitung – der einzigen, die wir in Berlin haben[49] – die Überschrift lautet „Steigende Preise angekündigt", dann können Sie auch mit sechs Dementis das überhaupt nicht mehr aus der Welt schaffen. Das bleibt sitzen, das bestimmt den großen Trend der Wahlkurve.

Es kommt ein anderes hinzu, was uns selber angeht. Wir stehen vor ernsten politischen Fragen, zu denen der Bundeskanzler nicht einmal hier Stellung nehmen will. Das zeigt wieder, wie auch der Bundesvorstand in wichtigen politischen Fragen erst hinterher beteiligt wird. Der Prominente, der draußen sprechen soll, ist gar nicht imstande, Antworten zu geben. Es ist heute immer schwerer, zu den Fragen der Preise, der MLF, der Verjährung, des Verhältnisses zu den arabischen Staaten zu sprechen.

Nun haben wir seit unserer letzten Sitzung – vielleicht auch noch etwas früher – erreicht, daß es keine Uneinigkeit durch eigenes Verschulden mehr gibt. *(Heiterkeit und Zurufe.)* Es gibt jetzt Sachfragen, die uns wieder voneinander trennen und die die Fraktion auseinanderreißen. Dazu gehört die Verjährungsfrist. Ich wüßte nicht, wie die Diskussion heute liefe, wenn wir über Kairo sprechen würden. Ich möchte aber diese beiden Punkte doch angesprochen haben, weil ich sie auch für die weitere Beurteilung durch den Wähler in den kommenden Wochen und Monaten für sehr wichtig halte.

Nach meiner schon lange bestehenden Überzeugung halten wir die Anschauung, es dürfe keine Verlängerung der Verjährungsfrist geben, außenpolitisch nicht durch. Ich glaube, daß es am Ende wohl doch zu irgendeiner Verlängerung kommt, für die man jetzt Auswege sucht. Dann wird aber wieder das Prestige der Bundesregierung leiden, weil sie sich anders entschieden hat.

Ich verstehe im Zusammenhang damit, daß durch Geheimabkommen Waffenlieferungen an Israel[50] beschlossen worden sind, gar nicht mehr die Verhältnismäßigkeit des Kampfes, den wir hier führen. Diese Waffenhilfe ist doch ein allererstes politisches Ereignis, das uns in unseren eigenen Anschauungen vielleicht sehr aneinander geraten

---

49 „Der Tag".

50 AAPD 1965 Dok. 1, 2, 39, 40, 57, 65, 70, 113, 148; OSTERHELD: Außenpolitik S. 150 f.; Yeshayahu A. JELINEK/Rainer A. BLASIUS: Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960. In: VfZ 45 (1997) S. 309–344.

lassen kann. Sie ist – ohne daß wir jetzt über die Motive wenigstens auch nur etwas erfahren können – vielleicht aus sehr gewichtigen und, wie ich annehmen möchte, auch überzeugenden außenpolitischen Gründen beschlossen worden.

Das hat man getan. Demgegenüber ist doch die Frage der Verjährungsfrist nur von geringer Bedeutung. Sie hätte dann erst recht beizeiten gelöst werden müssen. Ich sehe hier einen Widerspruch. Man liefert Waffen, um im Grunde diplomatische Beziehungen zu vermeiden; diese wären aber doch demgegenüber auch wieder nur eine kleinere Entscheidung gewesen. In der Frage der Verjährungsfrist hat man sich in der CDU so festgelegt, daß wir innerhalb der Partei beinahe Fronten haben. Ich fürchte, daß das auch unsere Ausgangsposition für die Wahl beeinträchtigt.

Lassen Sie mich abschließend einen Punkt erwähnen, der auch Berlin angeht. Ich habe da einen Aufsatz von Dr. Martin über seine Gespräche in Moskau über die deutsch-sowjetischen Kulturbeziehungen gelesen.[51] Er bestätigt das, was ich auch sonst schon in der Presse gelesen habe: daß man den Versuch machen will, unter Ausklammerung der politischen Fragen – speziell Berlins – die kulturellen Beziehungen auf eine unpolitische Basis zu stellen, auf die Basis von Vereinigungen oder Gesellschaften. Sehr einverstanden. Aber ich möchte doch – gewissermaßen warnend und mahnend – aussprechen, daß ich in Sorge bin, wir würden es auf diese Weise den Russen erleichtern, mit uns kulturellen Austausch zu pflegen, daß wir aber in dieser Form wieder nicht erreichen können – und das sagte Herr Martin leider nicht –, daß Berlin selbstverständlich auch mit drin ist, und zwar nicht nur im Geltungsbereich einer Vereinbarung, sondern in der praktischen Auswirkung des Austausches. Wenn Berlin nicht drin sein sollte, was Herr Martin nicht ausdrücklich erwähnt, würde ich sagen: Das ist wieder ein Punkt, in dem wir so etwas nachgeben und eine neue Form finden, die uns die Sache erleichtert; aber politisch bedeutet das im Grunde eine Minderung unserer Position. Damit käme also wieder ein Punkt dazu, der uns im Wahlkampf schaden könnte.

Ich habe deshalb darauf hingewiesen, um die Relativität klarzumachen, die zwischen den großen politischen Entscheidungen und den Anstrengungen für den Ausgang der Wahl besteht, den Anstrengungen, die wir unternehmen sollen und die manchmal so nutzlos sind, weil wir doch immer nur vor Mitgliedern sprechen, die kommen, weil sie sich dazu verpflichtet fühlen, und weil wir durch die Versammlungen nur in ganz geringem Maße an die Nichtwähler herankommen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmücker.

Schmücker: Meine Damen und Herren! Herr Amrehn, trösten Sie sich: Ein Vorstand, der nur alle sechs Wochen oder alle zwei Monate einmal zusammenkommt, kann nicht über alles informiert sein. Das gelingt nicht einmal im Kabinett oder im Fraktionsvorstand. Man muß so manches hinterher zur Kenntnis nehmen.

---

51 Vorläufiger Bericht über eine Reise in die Sowjetunion vom 13. bis 23. Dezember 1964. Vorgelegt von den Bundestagsabgeordneten Dr. Berthold Martin und Erich Peter Neumann in ACDP I-277-004/1. Vgl. FAZ vom 11. Januar 1965 „Martin: Kulturabkommen möglich".

Ich möchte einiges zu den wirtschaftlichen Dingen sagen, die Herr Röder und Herr Amrehn angeschnitten haben.

Zunächst zur Frage der Preise! Ich möchte darauf hinweisen, daß wir im letzten Jahr mit unseren 2,3 % so einigermaßen davongekommen sind, aber nur deshalb, weil wir uns Mühe gegeben haben mit der Zollsenkung[52], die immerhin eine Einfuhrsteigerung von 17 % im zivilen Bereich brachte, mit der Kuponsteuer[53], die nicht unumstritten ist, und mit den Anstrengungen der Bundesbank. Ferner darf ich auf die EWG-Bemühungen hinweisen, wo wir in den letzten Wochen in Brüssel die hübsche Auseinandersetzung hatten, wo jeder der erste sein wollte. Die Franzosen meinten, sie seien noch 0,1 Punkte besser als wir.

Sie wissen, daß bei allen Umfragen herauskommt, daß die Sorge um die Preisstabilität vor allen anderen Fragen rangiert. Darüber kann man sich als Politiker ärgern. Ich tue das deswegen nicht, weil ich glaube, daß die Bevölkerung weiß, daß es sich bei der Währungsstabilität nicht nur um eine rein wirtschaftliche, sondern um eine gesamtpolitische Sache handelt. Die Währung ist nicht eine Aussage über die Wirtschaftskraft, sondern über die gesamte politische Situation eines Landes.

Was große Sorgen macht, ist, daß bei der Frage, wer mehr für die Stabilität tut, die SPD genau doppelt soviel Stimmen bekommen hat als wir. Man muß auch den Grund erkennen und die anderen Fragen sich ansehen. Bei der Frage: „Glauben Sie, daß durch Stopp-Preise die Stabilität gewahrt werden kann?", antworten 65 % mit Ja. Das bedeutet, daß ein Grundsatz unserer wirtschaftspolitischen Auffassung noch gar nicht im Volk verankert ist. Ich erinnere mich noch an die Zeit, Herr Professor Erhard, im ersten Deutschen Bundestag, als Sie in der Fraktion für Ihre Ideen auch nur über eine sehr, sehr knappe Mehrheit verfügt haben; sie wurde meistens von Theo Blank und einigen seiner Freunde hergestellt. Wir müssen erkennen, daß in der Bevölkerung die eigentliche Idee der Sozialen Marktwirtschaft noch gar nicht so verankert ist, wie wir das eigentlich nach 16 Jahren erwarten sollten.

Was die kommende Entwicklung angeht, bin ich mit Ihnen einer Meinung, daß man natürlich optimistisch sein soll und sehr fest entschlossen. Aber wie wollen Sie notwendige Maßnahmen – und es gibt notwendige Maßnahmen – begründen, wenn Sie nicht darauf hinweisen sollen, daß, wenn diese Maßnahmen nicht kommen, es eben schief geht? Es braucht dann nur ein Journalist das umzudrehen, und sofort haben Sie die Meldungen, die Herrn Schwarz angelastet werden.

Ich muß zugeben, daß ich es bei allen wettbewerbsverstärkenden Maßnahmen mit der CDU und der CSU sehr schwer habe. Die Abstimmungsergebnisse sind durch die Zusammensetzung der Ausschüsse recht häufig so, daß wir politisch damit keinen

---

52 Neunundsechzigste (Konjunkturpolitische Zollsenkung, BGBl II S. 813) und Zweiundsiebzigste Verordnung (Konjunkturpolitische Zollsenkung, BGBl II S. 829) zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963 vom 15. Juli 1964.

53 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes und des Kapitalverkehrsteuergesetzes vom 25. März 1965 (BGBl I S. 147).

Staat machen können. Ich hoffe, daß es mir übermorgen beim Kartellgesetz[54] nicht wieder ähnlich ergeht. Mit anderen Worten: Auch innerhalb unserer eigenen Reihen müssen wir die Voraussetzungen schaffen, um das, was wir als Programm definieren, auch draußen verantworten zu können. Die Interessenvertretung bei uns muß sich etwas stärker auf die Allgemeinheit ausrichten. Das gilt für alle die vielen Flügel, die wir in der Partei notwendigerweise und gewollterweise haben. Ich wiederhole, daß wir in den nächsten Wochen einige sehr schwierige Abstimmungen durchführen müssen.

Was die SPD angeht, möchte ich darauf hinweisen, daß in sehr vielen Fragen, die wir heute entscheiden müssen, auch vom sozialistischen Standpunkt aus gar keine andere Lösung möglich wäre. Gerade in diesen Fragen versucht die SPD, uns zu überspielen. Das ist z. B. in der Wettbewerbsfrage der Fall. Wenn wir hier unseren Standpunkt nicht klar vertreten, sagen die Leute: Die SPD ist die bessere CDU. Das kommt aus unserer Tätigkeit. Das müssen wir erkennen. Wir dürfen nicht nur große Appelle machen, sondern müssen auch bereit sein, dann im Detail die Konsequenzen zu ziehen. Es gibt eine Reihe von Entscheidungen – gerade im wirtschaftlichen Bereich –, bei denen in der Tat keine großen Unterschiede sind.

Herr Vorsitzender Dr. Adenauer, ich bin mit Ihnen einer Meinung, wenn Sie immer wieder auf den grundsätzlichen Unterschied hinweisen, der zwischen diesen beiden Parteien besteht. Nur müssen wir erkennen, daß diese Unterschiede nicht mehr wie ehemals bei Kohle und Stahl liegen, sondern sie liegen in anderen Bereichen. Es wäre geradezu antiquiert von einer Sozialdemokratischen Partei, wenn sie ihren Sozialismus in einer Basisindustrie fortsetzen würde. Sie geht dorthin, wo die Ansatzpunkte sind: das ist in erster Linie die Haushaltspolitik, das ist das krampfhafte, nein, das konsequente Bemühen, die Kapitalsammelstellen in ihre Hand zu bekommen. Gerade gestern haben wir wieder ein solches Beispiel gehabt. Die Bank für Gemeinwirtschaft übernimmt die Aktien einer sehr wichtigen Unternehmung, die früher im Bundesbesitz war.[55] Obwohl Verluste zu erwarten sind, die einen Kurs von 70 % rechtfertigen würden, werden 300 % gezahlt. Oder ich denke an die Bemühungen der Deutschen Angestelltengewerkschaft oder von Herrn Leber, Kapitalsammelstellen zu schaffen[56],

54 In der 119. Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages vom 11. Februar 1965 wurde der Antrag der SPD mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt, die Regierungsvorlage zum Kartellgesetz (Drs. IV/2564) mit 14 gegen 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen (BT 11308–3.65). Dazu auch Schriftlicher Bericht des Wirtschaftsausschusses (16. Ausschuß) über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 13. Mai 1965 (Drs. IV/3533).

55 Die Bank für Gemeinwirtschaft plante eine Übernahme von Aktien der Deutschen Wochenschau GmbH. Der Bund hatte als Mitgesellschafter dagegen Einspruch erhoben („Die Welt" vom 6. Februar 1965 „Tauziehen um Deutsche Wochenschau").

56 „Programm zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer im Baugewerbe" der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden vom 9. September 1964. Druck in: Georg Leber (Hg.): Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Ein Programm und sein Echo. Frankfurt/M. 1964 S. 9–11. Vgl. FAZ vom 28. Januar 1965 „Vorschlag der Bauindustrie zur Vermögensbildung".

von denen aus sie die Wirtschaft besser lenken können als jeder Gesetzgeber oder jeder Wirtschaftsminister.

Ein Weiteres hängt mit der Haushaltspolitik zusammen. Die Sozialdemokraten bemühen sich, den für den einzelnen greifbaren technischen Fortschritt in ihre Hand zu bekommen oder über den Haushalt bereitzustellen, d. h. sozialisiert zum Staatsunternehmen zu machen. Ich brauche nur an die Atomkernenergie zu erinnern. Hier liegt nicht nur ein Fehler unserer politischen Überlegungen, sondern vor allen Dingen der Großwirtschaft vor, die dann, wenn es riskant wird, zu uns kommt, Geld haben will, sich ein wenig beteiligt, und nicht merkt, daß eine Sozialisierung durchgeführt wird.

Das müssen wir den Leuten klarmachen. Dafür sollte man sich entsprechend einsetzen. Die Leute haben aber Angst vor einer Verstärkung des Wettbewerbs, den wir brauchen, um die Stabilität zu wahren. Niemand ist in der Lage, bei der ganzen Entwicklung diese Stabilität zu wahren, wenn er nicht den Mut hat, immer wieder zum Wettbewerb zu drängen.

Die Mittel, die wir politisch in diesem Jahr noch in der Hand haben, sind nicht so groß wie im vergangenen Jahr; sie sind noch recht beträchtlich. Die Bundesbank hat ihre Mittel noch lange nicht ausgeschöpft. Wenn wir die bei den Mindestreserven vorhandenen Möglichkeiten ansehen, dann ist da noch allerhand drin.

Warum sage ich das? Weil kein Unternehmer erwarten darf, daß es ihm in diesem Jahr genauso leicht wird wie im vergangenen Jahr. Er wird in Schwierigkeiten kommen. Professor Erhard hat einmal gesagt: Es geht uns politisch am besten, wenn wir einigermaßen ausgeglichene, aber nicht überschäumende Verhältnisse haben. Wir haben in diesem Jahr nicht mit überschäumenden Verhältnissen zu rechnen. Ich hoffe, daß die Unternehmer sich in ihren Kreisen sowohl außenwirtschaftlich wie binnenwirtschaftlich darauf einrichten.

Eine Rolle spielt natürlich auch die Tarifpolitik. Hier haben wir ein Kuriosum zu verzeichnen. Das Gutachtergremium und auch die Bundesregierung haben die leidliche Vernunft der Tarifpartner im vergangenen Jahr anerkannt.[57] Was machen die Leute? Sie leiten daraus die Berechtigung her, wieder unvernünftig zu sein. Die im Gutachtergremium genannten 5 % werden nicht als Gegenstand der Erörterung, sondern als bereits hingenommener Sockelbetrag betrachtet. Gegen diese Tendenz müssen wir uns wehren. Wir müssen mit allem Nachdruck einen Appell an die Tarifpartner, an die Wirtschaft und ich glaube auch an die gesamte Bevölkerung richten, daß wir die Politik der Stabilisierung mit unseren Mitteln fortsetzen werden, daß wir aber der Unterstützung aller Beteiligten bedürfen. Wir sollten sie alle ansprechen, weil sie in der Gemeinschaft am deutlichsten spüren, daß ihnen Einzelgänge nicht helfen.

---

57 Jahresgutachten 1964 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drs. IV/2890). Vgl. FAZ vom 9. Januar 1965 „Bundesregierung rechnet mit weiterem Wirtschaftsaufschwung"; „Die Zeit" vom 15. Januar 1965 „Krach um ein Gutachten".

Ich würde sehr gern – aber die Zeit ist fortgeschritten – noch ein Wort zu Brüssel gesagt haben, weil vom Bauernverband und insbesondere von unserem Parteifreund Baron Feury[58] in einer Art und Weise gegen diese Maßnahmen polemisiert wird, daß es nach meiner Meinung notwendig ist – gerade im Interesse unserer bäuerlichen Wähler –, hier eine Klarstellung vorzunehmen. Ich bin mit dem Kollegen Schwarz der Auffassung, daß wir zwar noch zwei Jahre mit allerhand Unannehmlichkeiten rechnen müssen. Aber das ganze Unternehmen hat doch nur den Sinn, daß, wenn 1967 der Gemeinsame Markt da ist, dann bei gleichen Kostenverhältnissen – für die deutsche Veredelung sind die Kosten bisher zu hoch – ein stabilisierendes Element in die europäische Wirtschaft kommt. Ich würde sagen, daß durch diese Maßnahmen gerade im Hinblick auf die Veredelung, die doch 80 % unserer Landwirtschaft ausmacht, ein stabilisierendes Element geschaffen worden ist. Bisher haben unsere Bauern sich darüber beklagt, daß sie den anderen kostenmäßig unterlegen sind. Wenn die Debatte darauf noch eingeht, könnte sicher das eine oder andere aufklärende Wort noch gesagt werden. Herr Rehwinkel hat mir neulich gesagt: Lassen Sie uns noch drei Wochen schimpfen, dann ist alles vorbei. – Damit wird eine Unruhe geschaffen, die wir politisch nicht vertragen können. Die Dinge werden zu schief dargestellt. Wir können sie dann nachher nur mit großen Schwierigkeiten wieder in den Gesamtzusammenhang einordnen.

Wenn es möglich wäre, meine Damen und Herren, von dieser heutigen Tagung auch etwas im Hinblick auf die Stabilität in die Presse zu bringen, wäre das sehr zu begrüßen.

Adenauer: Ich glaube, diese Sitzung ist so wichtig, daß wir hier zusammen zu Mittag essen und nachher fortfahren. Das Wort hat Herr Dr. Dittmar.

Dittmar: Meine Damen und Herren! Ich möchte eine Anregung geben. Herr Ministerpräsident Röder, Sie könnten für Ihren Wahlkampf etwas sehr Gutes tun bzw. tun lassen: wenn Sie dafür sorgen würden, daß die Steiger in ihrer Berufsbezeichnung ebenso geschützt werden, wie das bei den Ingenieuren der Fall ist. Es ist gerade heute eine Delegation der DAG hier, darunter auch ein CDU-Bürgermeister, um dafür einzutreten.

Herr Bundesminister Schmücker, Sie haben die Kapitalsammelstellen angesprochen, die von der DAG vorgeschlagen werden. Für diese Ausarbeitung zeichne ich persönlich mit verantwortlich. Ich will nur sagen, daß Sie offensichtlich von Ihrem Referenten hier falsch unterrichtet worden sind.

---

58 Otto Frhr. von Feury (geb. 1906), Landwirtschaftspolitiker; 1946 Kreistagsmitglied in Ebersberg (CSU), 1950–1978 MdL Bayern, seit 1955 Präsident des Bayerischen Bauernverbands, seit 1956 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands, 1957 MdB. – Die Auseinandersetzungen entzündeten sich an der Frage des Getreidepreises. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes hatte bis zu einem Gespräch mit Erhard am 30. November 1964 mit massiven Protestkundgebungen der Bauern gedroht, wenn es nicht zu Ausgleichszahlungen käme. Erhard – so führte er vor dem Bayerischen Bauernverband am 11. Dezember 1964 aus – habe daraufhin 1,1 Milliarden DM zugesagt (FAZ vom 12. Dezember 1964).

Dankbar habe ich begrüßt, daß der Herr Vorsitzende von seiner Seite die Frage der Verjährungsfrist angesprochen hat. Darf ich dazu aus der Sicht eines Mannes etwas sagen, der vor 20 Jahren in Thüringen die CDU mitgegründet hat. Ich verstehe den Stichtag 8. Mai überhaupt nicht. Wir wissen doch, daß die deutsche Justiz zunächst überhaupt nicht in der Lage gewesen ist, von sich aus etwas zu tun. Ich bin in Weimar im Mai 1945 bei einem Anwalt gewesen, um ihm das Testament meines gefallenen Freundes zu übergeben. Er sagte: Wir dürfen überhaupt keine Tätigkeit ausüben. Es konnte also auch keine Tätigkeit in strafrechtlicher Beziehung ausgeübt werden. Was haben sich eigentlich die Herren im Bundesjustizministerium bei der Festlegung dieses Zeitpunktes gedacht? (*Zuruf:* Gar nichts!) Das ist doch eine ausgesprochene Fiktion. Ich kenne die Notwendigkeit der Fiktion in der Gesetzgebung sehr wohl; sie kann wohltätig sein, aber auch genau das Gegenteil bewirken, Fiktion heißt, etwas Falsches bewußt für wahr halten. Ob das hier das Richtige ist, wage ich doch zu bezweifeln. Ich könnte mir vorstellen, daß das Jahr 1952 – Abschluß des Generalvertrages – bzw. das Jahr 1949 genommen würde.

Es ist doch für weite Kreise unseres Volkes einfach unerträglich, wenn sie jetzt erleben würden, daß eine Reihe von Leuten aus ihren Löchern hervorkriechen, ihre Memoiren schreiben und das deutsche Ansehen sehr schwer schädigen. Herr Bundeskanzler Erhard hat soeben gesagt, wir sollten das Gewissen der Welt für die deutsche Einheit wachhalten. Jawohl, dazu gehört aber auch, daß unser eigenes Gewissen nicht versiegt. Ich persönlich begrüße ebenso wie andere, daß Sie, Herr Bundeskanzler, in der letzten Woche Ihre persönliche Haltung zu dieser Frage klargestellt haben.

Es wird argumentiert, man solle das eigene Nest nicht beschmutzen. Ich verstehe nicht, was damit gesagt werden soll. Es ist doch eine Frage der nationalen Würde, daß wir uns von diesen Dingen mit den Mitteln des Rechtsstaates reinigen. Ich bin durchaus dafür, daß wir den Gedanken der nationalen Würde in unseren Wahlkampf einbeziehen, aber nicht durch ein Vertuschen in dieser Sache. Wir haben in Thüringen diese schöne Geschichte vom Landgrafen und dem Schmied, der nachts am Amboß sagt: Landgraf werde hart. Herr Bundeskanzler, ich glaube, das darf man auch zu Ihnen sagen. Wir wissen, es ist nicht alles Spuk, was da vor sich geht; ich brauche nur an die Vorgänge in Wesselburen mit Adolf Bartels zu erinnern.[59] Dort hatten wir doch den Osterloh-Erlaß, keine Schule mit dem Namen von Adolf Bartels zu benennen. Und wie ist es dann gehandhabt worden?

Wenn man dann Ausführungen in der „Deutschen Soldatenzeitung" liest, muß man sagen, es wäre an der Zeit, ernsthaft Haltung zu beweisen. Ich bedauere tief – vielleicht ist Herr Bundesminister Höcherl so freundlich, das Herrn Strauß zu sagen –, daß in der „Zeit" Kritik geübt werden mußte, Herr Strauß habe offensichtlich einen Akkord mit

59 Adolf Bartels (1862–1945), Kulturpolitiker; 1925 Mitglied der NSDAP. – 1958 verbot der Kultusminister von Schleswig-Holstein, Edo Osterloh, der Mittelschule in Wesselburen, den Namen Adolf-Bartels-Schule weiterzuführen („Die Zeit" vom 29. Januar 1965 „Die Dithmarscher Fehde").

der „Deutschen Soldatenzeitung" getroffen, weil er von dort jetzt gelobt wird.[60] Wie Herr Strauß in Wirklichkeit denkt, weiß ich sehr wohl von unserem Freund Osterloh, der ein halbes Jahr mit ihm zusammen auf einer Stube gelegen hat.

Zur deutschen Außenpolitik eine Anmerkung eines kleinen Mannes. Wer die Dinge nicht so genau verfolgt, der sagt: Weil wir wollen, daß die Großmutter aus Leipzig ihre Kinder und Enkel in Hamburg besuchen darf, deshalb darf Ulbricht jetzt einen Staatsbesuch in Ägypten machen. Das wäre doch nicht möglich gewesen, wenn wir den Swing im Interzonenhandel nicht von 100 auf 500 hätten erhöhen müssen. *(Zurufe.)* Wir haben den Swing erhöht.[61] Es ist gesagt worden, daß wir einen Preis haben zahlen müssen. Es ist gut, daß wir das getan haben. Aber um der Sache willen, um der gegenwärtigen Politik willen, hoffe ich, daß wir auch in der Lage sind, hier eine Haltung zu zeigen, die vom ganzen Volk verstanden wird.

Adenauer: Herr Dr. Krone!

Krone: Ich wollte mehr ein Wort zum Geschäftsordnungsmäßigen sagen. Wir haben jetzt die Referate von Herrn Bundeskanzler Erhard und von Herrn Dufhues gehört. Die Diskussion geht jetzt etwas durcheinander. Wir müssen uns entscheiden, wie sie laufen soll. Ich würde vorschlagen, das Thema Wahlkampf zurückzustellen, bis wir den Punkt Parteitag diskutieren, und zunächst einmal die politischen Fragen zu diskutieren.

Ich bitte, Herr Bundeskanzler Erhard, daß Sie noch etwas zum Thema Kairo und Israel sagen. (*Gerstenmaier:* Nein!) Es ist der Parteivorstand, ein Schweigen geht hier nicht. Zumindest das, was in den Zeitungen steht, kann man nicht verschweigen. Ich glaube, der Bundesparteivorstand hat ein Recht, etwas dazu zu hören.

Es muß auch ein Wort zur Verjährung von uns aus gesagt werden. Das geht nicht anders. Wie die CSU denkt, wissen wir. Sie ist sehr hart in diesem Punkte. Wir sind nicht einheitlich; das ist schon angesprochen worden. Die Regierung hat das und das gesagt. Wir wissen, wie der Bundeskanzler denkt. In der Fraktion wächst die Zahl derer, die Herrn Benda zustimmen. Darum muß hier über diese Frage geprochen werden.

Adenauer: Zur Geschäftsordnung Herr Dr. Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Ich habe nichts dagegen, wenn über Kairo gesprochen wird. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß das ein langes Thema sein wird. Ich fürchte, daß dazu aus diesem Kreis in diesem Augenblick verhältnismäßig weniger zu gewinnen ist als bei der anderen Frage, die uns unerhört auf den Nägeln brennt, die von größter politischer – außenpolitischer wie innenpolitischer – Bedeutung ist, das ist

60 „Die Zeit" vom 15. Januar 1965 „Nationalistische Kumpanei".

61 Vgl. dazu DDR-Handbuch. Köln 1975 S. 420–428; Maria HAENDCKE-HOPPE-ARNDT: Interzonenhandel/Innerdeutscher Handel in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag. Bd. V/2. Baden-Baden 1995 S. 1543–1571.

die Frage der Verjährung. Deshalb mein Vorschlag, einstweilen nichts anderes als die Frage der Verjährung zu diskutieren. Alles andere kann hinterher kommen.

Verjährungsfrist für NS-Verbrechen

Adenauer: Meine Damen und Herren, ich teile die Ansicht der beiden Herren, daß über die Verjährung gesprochen werden muß. Die Fraktion und die Partei sollten, wenn möglich, bei der ganzen Sache im gleichen Schritt und Tritt gehen. Es handelt sich auch um eine unter außenpolitischen Gesichtspunkten bedeutende Sache. Unsere Gegner draußen – wir haben sehr viele – stehen nämlich auf der Wacht und blasen ins Feuer. Herr Kollege Dufhues sprach soeben vom nationalen Selbstgefühl. Das nationale Selbstgefühl – soweit ich mich darüber informieren konnte – erträgt es einfach nicht, daß wir uns in dieser Frage dem Diktat des Auslands fügen sollen.

Ein Weiteres kommt hinzu. Die Vertriebenen ertragen es nicht, daß hier Gesetze gemacht werden sollen, Verlängerungen – eventuell unter Änderung der Verfassung –, und daß mit keinem Wort der Scheußlichkeiten gedacht wird, die von unseren damaligen politischen Gegnern bei der Austreibung der Deutschen und bei der Zurückeroberung ihrer Länder begangen worden sind. Deshalb glaube ich, daß wir auch über diese Frage hier sprechen müssen. Erlauben Sie mir, daß ich als erster das Wort dazu ergreife und Ihnen ganz einfach sage, daß ich die ganze Diskussion, wie sie von den Justizministern und den Justizministerien ausgelöst worden ist, einfach nicht verstehe.

Ich muß eines vorausschicken. Soweit ist jetzt noch keiner gegangen – aber womöglich würden wir das auch noch erleben – zu verlangen, den Anfang der Verjährung auf den Tag zu setzen, wo das Verbrechen begangen worden ist, also noch in die nationalsozialistische Zeit. (*Schmidt:* War ja gehemmt!) Soweit ist noch keiner gegangen; Gott sei Dank! Aber wie man den Tag der bedingungslosen Kapitulation, den 8. Mai, nehmen kann, als Tag, an dem die Verjährungsfristen beginnen, ist mir schlechterdings unverständlich. Denjenigen, der so etwas tut, hätte ich als Examinator glatt durchs Assessorexamen fallen lassen; mehr will ich gar nicht sagen. Wahrscheinlich wäre er bei mir schon nicht durch das Referendarexamen gekommen.

Wie sah es damals im Lande aus? Von einem der Herren Vorredner ist davon gesprochen worden, daß es in Weimar ein Rechtsanwalt abgelehnt habe, ein Testament zur Eröffnung zu übernehmen, weil er nicht habe arbeiten dürfen. Meine Freunde, im alten römischen Recht nannte man den Zustand, da das Gerichtswesen nicht mehr funktionierte, Justitium. Während dieses Justitiums liefen keine Verjährungsfristen. Das ist ganz natürlich. Wo hätte ein Mann hingehen sollen, der am 8. Mai eine Anzeige wegen Naziverbrechen machen wollte? Es gab doch keine Gerichte mehr. Die Gerichte, alles war doch geflüchtet, alles war evakuiert; oder die Beamten waren im Krieg. Am 8. Mai des Jahres 1945 haben die Alliierten die ganze staatliche Macht – wozu sie gar kein Recht hatten – de facto in die Hände genommen, weil sie sagten, es

ist keine staatliche Macht mehr vorhanden. Die militärische Kapitulation, darüber ist man sich allmählich klargeworden, ist nichts anderes als eine militärische Handlung, wie das schon der Name „Kapitulation" anzeigt.

Hitler hatte vor seinem Selbstmord Dönitz[62] zu seinem Nachfolger als Reichsführer ernannt, und 14 Tage lang ist das von den Alliierten akzeptiert worden. Man hat für Dönitz eine Enklave in Schleswig-Holstein gebildet, wo er sich mit seinen Leuten ruhig und frei bewegen konnte; sie haben nicht einmal ihre Waffen abzugeben brauchen. Nach 14 Tagen, solange hat die Herrlichkeit gedauert, haben dann die Russen Krach geschlagen. Dann gingen den Westalliierten die Augen auf. Die Engländer haben dann Dönitz auf ein Kriegsschiff bestellt und haben ihn da eingelocht. Ich führe das nur an, um Ihnen zu zeigen, daß das, was am 8. bis 10. Mai vor sich gegangen ist, eine militärische Kapitulation gewesen ist, eine Einstellung des Kampfes, verbunden mit der Ablieferung der Waffen und der Gefangennahme der Soldaten und Offiziere.

Weiter haben die Alliierten dann das Nürnberger Gericht eingesetzt. In Ausübung ihrer Macht, die sie hatten, haben sie dann die Kriegsverbrecher verurteilt. Die letzten Urteile wegen Verbrechen in Konzentrationslagern haben sie im Jahre 1950 gefällt.

Erst als die Bundesrepublik ins Leben trat und Freiheiten bekam, konnte man wieder davon sprechen, daß eine rechtsfähige „Gewalt" in Deutschland wieder da ist. Von da an datiert nach meiner Überzeugung der Anfang der Verjährung. Im einzelnen muß das datumsweise untersucht werden. Aber total falsch ist es, etwa zu sagen, daß am 8. Mai, am Tage der bedingungslosen Kapitulation, eine Verjährungsfrist zum Laufen gekommen ist. Das ist einfach falsch. Wir haben gestern im Vorstand der Fraktion darüber gesprochen.[63] Da hat der Kollege Weber[64] gesagt, daß der Fehler schon in einem früheren Gesetz begangen worden war. Das verpflichtet uns nicht, meine Herren, den Fehler nochmals zu begehen; denn jeder von uns hat das Recht, klüger zu werden. Das ist ein gutes Recht der Menschen; *(Heiterkeit)* daran müssen wir festhalten. Deswegen glaube ich, man sollte auf diese Weise, ohne daß eine Verfassungsänderung gemacht wird – sie ist nicht nötig –, einige Jahre die Möglichkeit weiter geben, Nazis zu verfolgen.

In dieser Ansicht hat mich auch das bestärkt, was der Herr Schüle[65] gewesen ist. Ich muß ja sagen, das ist eine Anekdote der Weltgeschichte, die ich mir gar nicht dümmer vorstellen kann. Diesen Mann, der Nazi war, hat man zum Vorsitzenden der ganzen Stelle in Ludwigsburg gemacht, die ja von den Ländern – Gott sei Dank nicht

62 Karl Dönitz (1891–1980), 1943–1945 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine. Peter PADFIELD: Dönitz. Des Teufels Admiral. Berlin 1984.

63 Fraktionsvorstandssitzung am 8. Februar 1965. Anwesenheitsliste, Notizen (kein Protokoll) in ACDP VIII-001-1504/2.

64 Dr. Karl Weber (1898–1985), Rechtsanwalt; 1949–1965 MdB (CDU), 1965 Bundesminister der Justiz.

65 Erwin Schüle (1913–1993), 1958–1966 Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg.

vom Bund, sondern von den Ländern – aufgebaut worden ist. Noch toller finde ich, daß dieser Mann nicht schon lange seine Vorgesetzten unterrichtet hat, daß er Nazi war. (*Gerstenmaier:* Pg!) Ich werde von Herrn Gerstenmaier korrigiert; er sagt: Pg! Na, meine Herren, in meinen Augen ist Nazi und Pg das gleiche. (*Gerstenmaier:* Nein, Herr Bundeskanzler! Meine Freunde von der Schulenburg[66] und Trott[67] waren Pg's, aber keine Nazis! Das muß man mal unterscheiden!) Es gab sicher Pg's, die das nicht gewesen sind. Wieviel Sozialdemokraten hat es gegeben, die das nicht gewesen sind! Ich erinnere mich an ein Gespräch, das ich nach meiner Vertreibung aus Köln[68] hatte. Da sagte mir ein führender Sozialdemokrat: Wie viele Sozialdemokraten haben sich in höchstem Maße unanständig benommen.

Dieser Mann, der Herr Schüle, geht also nach Warschau, um Dokumente einzusehen. Dort geben ihm die Leute nicht die Hand, weil sie wußten, daß er Pg war. Nachher erklärt er, er habe sich nur als Anwärter betrachtet. Aus dem württembergisch-badischen Ministerium wird mitgeteilt, daß er Pg gewesen ist. Das ist ein solcher Blödsinn und für uns eine solche Blamage! Ich glaube, man muß die ganze Sache möglichst geräuschlos aus der Welt bringen und auch so, daß man es im Ausland vertreten kann. Das kann man auf die Weise, wie ich es mir erlaubt habe, Ihnen auseinanderzusetzen. – Zur Geschäftsordnung Herr Meyers.

Meyers: Zur Geschäftsordnung! Wir haben nicht mehr sehr viel Zeit, ich wäre deshalb für eine Willenserklärung dankbar. Heute und morgen tagen wir in unserem Kabinett. Am Freitag haben wir nämlich die Sitzung des Bundesrates, in der diese Frage auch besprochen werden soll. Bis dahin möchten wir gern die Meinung der Partei kennen.

Adenauer: Herr Gerstenmaier!

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Wir beginnen morgen im Bundestag mit dieser Diskussion, und zwar mit einem Antrag des Kollegen Benda, der 50 Unterschriften aus der CDU/CSU hat.[69] Danach soll um zehn Jahre verlängert werden.

Krone: Doch nicht morgen!

Gerstenmaier: Es ist heute im Ältestenrat. Ich nehme an, daß es morgen auf die Tagesordnung kommt.

Schmidt: Es ist für den 10. März angekündigt, weil der Bericht vorliegen muß.

---

66 Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (1902–1944), Jurist; am 10. August 1944 hingerichtet. Ulrich HEINEMANN: Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli. Berlin 1990.

67 Hans Adam von Trott zu Solz (1909–1944), Diplomat; am 26. August 1944 hingerichtet. Henry O. MALONE: Adam von Trott zu Solz. Werdegang eines Verschwörers 1909–1938. Berlin 1986; „Für Deutschland". Die Männer des 20. Juli. Hg. von Klemens von KLEMPERER u. a. Berlin 1994 S. 311–327.

68 Am 13. März 1933.

69 Antrag der Abgeordneten Benda, Dr. Wilhelmi, Dr. Gradl, Dr. Kliesing (Honnef), Stingl, Katzer und Genossen vom 19. Januar 1965 zum Entwurf eines Achten Strafrechtsänderungsgesetzes (Drs. IV/2965).

Gerstenmaier: Jedenfalls kommt die Sache heute in den Ältestenrat und wird dort eine sehr heiße Diskussion hervorrufen. Deshalb brauchen wir wenigstens eine allgemeine Orientierung. Das andere ist die Sache im Bundesrat.

Darf ich aber hierzu noch folgendes sagen. Zu dem Antrag Benda sind bei mir Schreiben eingegangen – zum Teil anonym, zum Teil nicht anonym –, die ganz gehässige und schwere Angriffe gegen Benda enthalten, die ich nur bedauern kann. Meine Damen und Herren, man muß sich darüber klar sein, daß der Antrag Benda auf jeden Fall ernst genommen werden muß. In der Fraktion haben sich Versuche zur Harmonisierung gezeigt; sie sind klar gescheitert. Wenn ich recht sehe, arbeitet die Zeit insoweit für Benda. Diejenigen, die zunächst wie Bucher argumentiert haben, werden allmählich recht still. Ganz sicher ist folgendes: Diese rechtstheoretischen Erwägungen, die bis jetzt vorgezeigt worden sind, werden ihnen zerfetzt. Damit werden sie außen- und innenpolitisch auf der Strecke bleiben.

Die Frage ist, wie wir aus der Geschichte rauskommen. Ich will nicht davon reden, welches Rechtsbewußtsein siegen wird und wer ganz anders argumentiert. Neulich wurde mir gesagt, 80 % der deutschen Wähler seien dafür, daß mit diesem Schwindel Schluß gemacht werde. Es ist verständlich, wenn bei einem solchen Ausgang eines Prozesses, wie er jetzt wieder in Frankfurt lief[70], die Leute zu der Überlegung kommen: Was hat es für einen Sinn, solche Prozesse weiterzuführen? Wie sollen das die Leute in Deutschland und im Ausland überhaupt noch begreifen? Ich glaube, daß die hier angedeutete Auffassung im großen und ganzen richtig ist, auch wenn es [sich] vielleicht nicht um 80 % handelt. Eine beträchtliche Mehrheit der Wähler sagt aber, mit diesem Schwindel muß jetzt endlich Schluß sein.

Dieser Standpunkt wird außenpolitisch nach meiner Überzeugung nicht durchzuhalten sein. Ich bedauere außerordentlich, daß ich mich in einer so profunden Angelegenheit nicht in profunden Grundsätzen bewegen kann, jedenfalls vor diesem Gremium nicht, sondern daß ich sagen muß: Wir müssen einfach die politische Seite sehen und meistern. Die Frage ist also, was man tun kann, um durchzukommen. Es gibt zwei Möglichkeiten. Wir können in der CDU-Fraktion, gestützt auf ein Votum dieses Bundesvorstandes, zu einem Beschluß kommen. Ein solches Votum des Vorstandes wäre auch für die Synchronisierung mit unseren Herren im Bundesrat von großer Wichtigkeit. Wir könnten hier einen Kompromiß schließen. Er könnte nach dem Vorschlag Benda aussehen. Wenn uns der nicht paßt – dagegen gibt es alle möglichen Bedenken –, können wir einen anderen Kompromiß suchen. Er könnte in der Richtung liegen, wie der Parteivorsitzende angegeben hat, nämlich die Verjährung vom Geburtstag der Bundesrepublik an zu berechnen. *(Zustimmung.)* Das

70 Der Auschwitz-Prozeß vor dem Schwurgericht in Frankfurt/M. dauerte vom 20. Dezember 1963 bis zum 19. August 1965. Vgl. dazu Hermann LANGBEIN: Der Auschwitz-Prozeß. Eine Dokumentation. Bde. 1 und 2. Frankfurt/M. 1995; Gerhard WERLE/Thomas WANDRES: Auschwitz vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz. Mit einer Dokumentation des Auschwitz-Urteils. München 1995.

würde dann darauf hinauskommen, daß die Verjährung im September 1969 einträte. (*Schmidt:* Dann stehen wir dort wieder vor derselben Frage!) Das ist richtig.

Aber jetzt kommt mein Zusatz. Ich bin kein Jurist. Ich habe noch von keinem Juristen einen hinreichenden Hinweis, geschweige denn eine Begründung gehört, warum die großartigen Schöpfer des Reichsstrafgesetzbuches die Verjährung für Kapitalverbrechen gebracht haben. Das hat mir noch kein einziger Mensch klarmachen können. (*Schmidt:* Es ist nach dem Verschollenheitsrecht gebildet!) Ich schlage vor, daß wir, wenn wir es können, den Vorschlag des Parteivorsitzenden verfolgen und auf den Geburtstag der Bundesrepublik als Beginn der Verjährung gehen. Wir sollten aber kein rückwirkendes Gesetz machen, denn damit liefern wir einfach zu vielen Leuten ein billiges Kostüm zur Bemäntelung ganz anderer Gesichtspunkte und Überlegungen; das wollen wir nicht. Infolgedessen sollten wir uns auf den Geburtstag der Bundesrepublik einrichten, sollten nicht rückwärts rechnen und sollten die Verjährung 1969 eintreten lassen. Wir sollten aber gleichzeitig erklären, daß wir im neuen Strafgesetzbuch die Verjährung für Kapitalverbrechen aufzuheben wünschen.

Adenauer: Herr Dr. Schmidt!

Schmidt: Meine Damen und Herren! Der Vorschlag mit dem Stillstand der Rechtspflege führt effektiv nicht weiter. Ich will nicht die Justizminister verteidigen; das ist nicht meine Aufgabe. Aber folgender Gesichtspunkt darf nicht übersehen werden: Die Militärregierung in der britischen Zone hat den 8. Mai als den Tag bestimmt, an dem die Hemmung, nationalsozialistische Verbrechen zu verfolgen, weggefallen sei. In der amerikanischen Zone ist der Termin durch ein amerikanisches Militärregierungsgesetz auf den 1. Juli festgelegt worden. In der französischen Zone wurde überhaupt kein Tag bestimmt. Tatsächlich hat der Stillstand der Rechtspflege in Deutschland unterschiedlich geendet. Ich habe schon im Sommer 1946 wieder als Strafverteidiger in einem von der Militärregierung zugelassenen Prozeß mitgewirkt.

Dann hat ein Bundesgesetz die Termine vereinheitlicht und gesagt, es ist der 8. Mai 1945. Es könnte sich also nur um die Korrektur dieses Bundesgesetzes handeln. Diese Korrektur führt aber, soweit es den Stillstand der Rechtspflege angeht, nicht sehr viel weiter. Selbst wenn Sie den Stillstand der Rechtspflege – was de facto nicht stimmt – (*Adenauer:* Was wohl stimmt!) ausdehnen würden bis zum Tag der Begründung der Bundesrepublik, würde m.E. – das sagen alle, die sich damit beschäftigt haben – diese Zeit zu gering sein. Diese reine Terminverschiebung um vier Jahre würde uns nicht viel nützen. Viele haben Bedenken, ob man es in zehn Jahren lösen könnte.

Es ist auch die Frage, ob eine Lösung zu finden ist, die im Sinne des Rechtsfriedens liegt. Bei der Verjährung ist die Vorstellung maßgebend, daß auf der einen Seite die Rechtssicherheit und das rechtsstaatliche Prinzip zum Tragen kommen sollen; auf der anderen Seite spielt aber auch der Gedanke eine Rolle, daß der Zeitablauf vieles vergessen läßt, daß sich die Probleme anders stellen, daß die Mentalität anders geworden ist. (*Adenauer:* Das ist vollkommen falsch!) Das ist die Begründung! (*Adenauer:* Nein! Sie können den Tatbestand nicht mehr rekonstruieren, weil die Zeugen nicht mehr da sind!) Das ist der eine Gesichtspunkt, der mit dazu führt, zu

sagen, mit einem gewissen Zeitablauf muß es zu Ende sein. Es ist aber interessant, daß weder unter uns, noch in der Welt dieser Rechtsfrieden nach 20 Jahren eintritt. Das ist ein Faktum, damit müssen wir nach meiner Auffassung auch politisch rechnen. Ich glaube, daß wir diese Frage eben nur politisch lösen können und nicht im juristischen Sinne. Insofern stimme ich mit Ihren Ausführungen, Herr Bundeskanzler, überein, obwohl ich selber vom Rechtlichen her die schwersten Bedenken habe, daß wir es tun.

Sehr bedenklich halte ich folgendes, was gestern in der Vorstandssitzung der Fraktion angedeutet worden ist, nämlich, daß wir die alliierten Verbrechen in Deutschland in Betracht ziehen sollten. Dann würden wir auf eine höchst problematische Sache aufbauen. Damit würden wir aber alles zerschlagen, was wir jetzt im politischen Sinne vorsichtig in Ordnung bringen wollen. Die Alliierten haben in der Überleitungsgesetzgebung verboten, daß irgendeiner ihrer Angehörigen durch Deutsche wegen irgendeines Verbrechens, das an Deutschen geschehen ist, verfolgt wird.[71] (*Gerstenmaier:* Das war ein Rechtsskandal!) Das war ein Rechtsskandal. Wenn wir das aber heute wieder ins öffentliche Bewußtsein bringen, dann werden Sie sehen, wie sich das nationale Selbstgefühl unserer jungen Leute an dieser Sache entzünden wird. Dann werden wir einen Nationalismus und Ressentiments gegen die ganze Welt erzeugen, die wir nicht mehr bewältigen können.

Ich bin für [eine] behutsame politische Lösung, die unter allen Umständen eine Chance zur Verfolgung gibt. Im Bundesrat werden wir die generelle Ansprache des Falles haben, nämlich schlechthin für Mord, gleichgültig, wann und unter welchen Umständen geschehen, die Frist um zehn Jahre zu verlängern. Dann haben wir keine politische Frage. So lösen wir das, was die Strafrechtsreform wollte, generell vorweg. Dann müssen wir es der Rechtsprechung überlassen, ob sie in diesem Gesetz eine Rückwirkung im Sinne der Strafbarkeitsvoraussetzung sieht oder nicht. Deshalb meine ich, wir sollten im Bundesrat die Initiative positiv in Gang setzen.

Adenauer: Herr Bundeskanzler Erhard!

Erhard: Meine Damen und Herren! Ich betrachte das Problem nicht von der juristischen Seite. Ich muß fast sagen: Gott sei Dank, ich bin kein Jurist. Ich denke hier an die letzten Urteile und betrachte sie einmal von der moralischen Seite, aber auch von der politischen und insbesondere der außenpolitischen Seite. Wir haben uns im Kabinett damit befaßt. In einer solchen Frage ist es richtig – so haben wir das früher schon gehandhabt, und so wurde es auch im Fraktionsvorstand gehandhabt –, daß man sagt, es handelt sich hier um eine Gewissensfrage, die die Freiheit der Entscheidung voraussetzt. Ich bin ja bekanntlich überstimmt worden. Ich habe das nicht nachher aus Reklame verkündet, sondern es ist – wie so oft nach Kabinettssitzungen – bekanntgeworden, der und der hat dafür gestimmt. Ich scheue mich nicht, mich dazu zu bekennen, daß ich gegen die Verjährung gestimmt habe,

71 Gesetz Nr. 4 des Alliierten Kontrollrats für Deutschland über die Reorganisation des deutschen Gerichtswesens vom 20. Oktober 1945 (AdG 1945 S. 501).

weil ich die Verjährung für unerträglich halte. Wenn Herr Bucher sagt, wir werden uns unter Umständen daran gewöhnen müssen, in Zukunft auch mit Mördern zusammen zu leben, so sage ich, ich habe keine Lust, das zu tun; deshalb will ich alles tun, damit das nicht geschieht. Ich will die Sache nicht vertiefen. Es ist schwer, für diese schauderhaften Massenverbrechen irgendwie eine Rechtsfolge zu finden. Es gibt ja kaum eine Parallele.

So ist also die Entscheidung gefallen. Die Bundesregierung steht aber jetzt vor folgender Situation. Sie ist gebeten, sich bis zum 1. März dieses Jahres zu erklären, ob nach ihrem Wissen, nach ihrem Dafürhalten, sich das Material so vollständig in unserem Besitz befindet und so überprüfbar erscheint, daß nach menschlichem Ermessen keine schwerwiegenden Fälle mehr in Erscheinung treten können. Wir haben ja in der Zwischenzeit allerhand erfahren. Aus sehr vorsichtigen Formulierungen von allen Seiten wissen wir, es ruht da und dort noch Material, das noch gar nicht gesichtet ist, so z. B. in Polen. Wir haben noch nicht einmal ganz das amerikanische Material in unserer Verfügung. Welche Bundesregierung könnte sagen: Jawohl, wir übernehmen dafür die Garantie, daß alles bekannt ist? – Ich persönlich bin jedenfalls nicht geneigt, eine Garantie dieser Art zu übernehmen und eine solche Aussage zu machen. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, wenn der 8. Mai 1965 vorübergehen würde und alle würden straffrei sein, dann würden wir eine Fülle von Material in unsere Hände bekommen, das beweist, daß da und dort und überall noch viele ungeklärte Fälle von ganz brutalen und gemeinen Massenverbrechen bekanntwerden. Das wäre für Deutschland noch unendlich viel schädlicher, als hinnehmen zu müssen, daß die Prozesse noch einmal fünf Jahre länger dauern. Das, was dann auf uns an Beschimpfungen, an Verdächtigungen und an Verleumdungen niedergehen würde, wäre meiner Ansicht nach unerträglich. Ich glaube, unter außenpolitischen Gesichtspunkten ist es einfach nicht hinzunehmen, die Dinge am 8. Mai sozusagen als beendet zu erklären. Das ist jedenfalls meine Meinung.

Welchen Weg muß man nun gehen? Ich bin der Ansicht, der Vorschlag des Vorsitzenden ist gut. Aber wenn es möglich ist, die Strafrechtsnovelle so vorzuziehen, daß für Mord die Verjährung ganz wegfällt, dann bin ich auch damit einverstanden. Über den Weg können wir uns unterhalten. Nur müssen wir uns klar sein: Soll am 8. Mai alles zu Ende sein mit all den Risiken, die damit verbunden sind und die außenpolitisch sehr viel Porzellan zerschlagen würden? Da muß ich sagen: Nein, das darf man nicht hinnehmen.

Adenauer: Herr Stingl.

Stingl: Herr Bundeskanzler, ich bin auch der Meinung, daß am 8. Mai nicht alles aus sein darf. Ich habe den Antrag von Benda mit unterschrieben. Ich glaube, daß wir uns das selber schuldig sind, und daß wir die Argumente von Bucher nicht gelten lassen dürfen. Man kennt die Motive von Bucher nicht ganz. Sein Ministerium hat etwas anders votiert. Wir sollten uns gelegentlich nicht scheuen, Leute, auch wenn sie sonst Koalitionsfreunde sind, auch mal in gleicher Weise anzugreifen, wie sie uns immer Schwierigkeiten machen. Was Bucher vorzuwerfen ist, ist sicher schon in

der Versenkung verschwunden. Aber ich darf in diesem Zusammenhang doch einmal darauf hinweisen, daß er das Goldene Ehrenzeichen der HJ hatte. Wir sollten das nicht als Partei tun, das ganz sicherlich nicht; aber gelegentlich sollte einer auf solche Dinge hinweisen.

Ich habe mich hauptsächlich deswegen gemeldet, weil hier gesagt worden ist, 80 % unseres Volkes wollten am 8. Mai Schluß haben. Das ist ganz sicher richtig. Im Volk ist eine Sehnsucht vorhanden, diese Dinge auslaufen zu lassen. Nur täuschen sich diese 80 %; denn auch wenn die Verjährung eintritt, ist das Prozeßgeschehen noch nicht abgeschlossen. Alle eingeleiteten Verfahren laufen weiter. Den Rechtsfrieden haben wir damit noch nicht.

Ich habe mich als neuer Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße mehrfach zu diesen Fragen geäußert. Ich habe selten in der sozialpolitischen Arbeit ein solches Echo aus der Bevölkerung bekommen wie hier bei diesem Thema, wenn ich etwa sagte: Ich will nicht mit Mördern leben; aber ich spreche dem Osten das Recht ab, uns wegen der Verjährungsfristen zu mahnen, wo es dort doch Gesetze gibt, durch die Verbrechen straffrei gestellt werden. In der Tschechoslowakei gibt es ein Gesetz, wonach zwischen 1938 und 1945 begangene Verbrechen straffrei sind, wenn sie zur Befreiung des Landes oder aus Vergeltung begangen worden sind.[72] Das sollten wir uns also verbieten. Ich habe dazu sehr zustimmende Äußerungen bekommen.

Das sollte nicht nur von mir gesagt werden, der ich von dorther komme. Es sollten auch andere das sagen. Unterschätzen Sie nicht, daß in unserem Volk gesagt wird: Wieso nur bei uns, wieso sagen wir nicht, die anderen sollten ihre Verbrechen auch verfolgen? Ich spreche nicht gegen die Bestimmung, wonach wir Kriegsverbrechen nicht ahnden können. Das ist durch die Verträge zur Aufhebung des Besatzungstatuts ausgeschlossen. Wir sollten uns wirklich verbieten, daß der Osten politische Geschäfte damit macht und das Material erst später liefert. Wir sollten deutlich sagen, daß wir weiter verfolgen wollen. Dann, meine ich, Herr Bundeskanzler, genügt es nicht, daß wir nur die Frist raufsetzen. Damit haben wir das Problem nicht bereinigt. Dann halten die wieder Material zurück, und dann fangen die in fünf Jahren wieder genauso an, das Material herauszubringen. Ich neige der Ansicht von Bundestagspräsident Gerstenmaier zu, daß man generell das Problem der Verjährungsfrist für Mord anpacken muß.

Adenauer: Herr Kohl!

Kohl: Ich will die Frage nicht von der juristischen Seite her angehen. Ich habe gehört, daß sich ein engerer Arbeitskreis der Fraktion sehr intensiv mit der Sache befaßt hat. Es wäre interessant gewesen, dessen Arbeitsergebnis zu hören.

---

72 Gesetz vom 8. Mai 1946 über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen. Veröffentlicht am 4. Juni 1946. Vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. IV/1: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Berlin 1957 S. 291.

Wir müssen das von der politischen Seite beurteilen. Ich glaube, daß die CDU/CSU und die von ihr getragene Regierung den Druck, der auf uns zukommt, wenn nichts getan wird, nicht aushält. (*Gerstenmaier:* Den außenpolitischen Druck!) Ich würde sagen: auch den innenpolitischen Druck. Wir sollten uns von den 80 % absolut nicht blenden lassen. Aber die CDU/CSU hat nach dem Gesetz, nach dem sie nach 1945 angetreten ist, einen Namen zu verlieren. Wie sieht denn die Kernsubstanz unserer Freunde überall in der Bundesrepublik, unserer treuen Mitglieder aus, auf deren Schultern auch dieser Bundesvorstand der CDU steht, die uns ihr Mandat delegieren und vieles andere mehr? Das sind zum größten Teil Leute, die kein Verständnis haben – sie gehören nicht zu den 80 % –, wenn wir jetzt sagen, wir wollen über diese Dinge hinweggehen.

Bei unseren zu Recht bestehenden Versuchen, die Partei möglichst offenzuhalten – ich will nicht das Wort „liberal" gebrauchen –, um möglichst viele Wähler bei der großen Wahl zu bekommen – eine absolut unterstützenswerte Sache –, sollten wir auch folgendes nicht vergessen. Das, was die entscheidende innere Substanz der CDU ausmacht, sind im Durchschnitt Leute, die im Dritten Reich eine bestimmte Position eingenommen haben. Man muß auch an diese Seite denken. Aus vielen, vielen Besprechungen gerade mit älteren Freunden in der Partei, die in dem großen Dreieck der Weimarer Koalition auf der kleineren Ortsebene eine Rolle gespielt haben, weiß ich, daß alle Sympathie für unseren Freund Benda haben; sie sagen, das ist richtig. Wir sollten uns also zunächst dem fügen, was von den Fachleuten gesagt wird. Ich vermag keinen besseren Vorschlag zu machen. Das beste wäre, über die Strafrechtsnovelle den Verjährungstatbestand zu verändern. Ich meine, in der CDU muß man an jene Leute denken, die von der Zeit etwas zu verlieren haben. Etwas ganz anderes ist es, wenn wir jetzt sagen: Hier geht es nur um kriminelle Tatbestände, die das Strafgesetzbuch zu allen Zeiten unter Strafe gestellt hat, und zwar völlig zu Recht. Es geht nicht quasi um eine Neuauflage einer Art von Entnazifizierung. Das ist unterschwellig die Angst dieser 80 %. Sie sind, im einzelnen angesprochen, alle für die Bestrafung von Mord. Sie sind nur der Meinung, im Gefolge dieser Prozesse kommt etwas anderes hoch: eine Quasi-Entnazifizierung.

Ich möchte auch vor einer Gleichung warnen, wie Sie, Herr Bundesparteivorsitzender, sie vorhin hier gebracht haben: Nazi und Pg ist das gleiche. Ich habe aufgrund von Beobachtungen nach dem Kriege und aufgrund des Studiums von Akten die allerstärksten Bedenken, das generell zu sagen. Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier hat einige Beispiele gebracht. Ich will gar nicht die kritische Frage stellen, was von dem übrig bliebe, was wir vorhin als Prominenz der CDU/CSU bezeichnet haben. (*Zuruf:* Eine ganze Menge!) Ja, es war auch eine ganze Menge mit drin, die sich in diesen Jahren noch redlich um diesen Staat bemüht haben. Das müssen wir objektiv auch sagen. Wir müssen also deutlich machen, daß es sich nur darum handelt, gegen Mord usw. anzugehen. Es darf keine neue Entnazifizierungspsychose erzeugt werden. Wir sollten auch den Eindruck vermeiden, daß hier eine Art Aufrechnung geschehe.

Sie können Dresden[73] und Auschwitz nicht in einen Topf werfen. Da würden wir uns nämlich auf einer Ebene bewegen, die von bestimmten Leuten in Münchner Zeitungen beschritten wird.[74]

Die Diskussionen in der CDU/CSU, die ich sehr bejahe, um Begriffe wie Nation und national, dürfen wir nicht von vornherein verhindern. Aber diese Diskussionen dürfen uns auch nicht in eine Nähe von Leuten bringen, mit denen ich nichts zu tun haben möchte. Ich würde noch heute aus der CDU austreten, wenn die Partei in eine solche Linie hineinkäme. Wir brauchen uns von Leuten, die eine ganz andere Auffassung von Nation und national haben, nicht Nationalgefühl vorhalten lassen. Wo haben diese Leute in Deutschland Nationalgefühl bewiesen, wo haben sie das getan?

Dann zu den außenpolitischen Gründen! Jetzt ist Winston Churchill zu Grabe getragen worden. Lesen Sie einmal die Nachrufe aus allen Kreisen. Lesen Sie einmal den Lebensweg dieses Mannes an seinen entscheidenden Punkten. Wenn Sie zu der Affäre von Dresden kommen, dann kommen Sie in nächste Nähe dieser Dinge.

Krone: Wie beurteilen Sie aber die Reaktion in weiten Kreisen unseres Volkes auf den Entschluß, zu verlängern? Ich bin besorgt, daß da – nicht bei uns, aber draußen – wieder stark etwas hochkommt. Haben Sie die Sorge nicht auch?

Kohl: Nein! Ich habe bei uns in der letzten Haushaltsdebatte mit einem sehr, sehr großen Echo das Verhältnis zum Nationalen angesprochen. Ich habe deutlich unterschieden zwischen dem, was eine neue Entnazifizierungspsychose schafft, und dem, was die Verfolgung von Mord ist. Auch ein alter Parteigenosse, der das Goldene Parteiabzeichen hatte, an sich aber ein anständiger Mensch geblieben ist, hat kein Verständnis, wenn er das liest, was im Auschwitzprozeß herausgekommen ist, daß kleine Kinder in die Flammen geworfen worden sind. Er sagt: Wenn der bestraft wird, dann bin ich dafür. Er sagt es aus einem anderen Grund; das sollten wir im Verhältnis zu den alten Nazis nicht ganz vergessen. Wir können die Bundesrepublik auflösen, wenn wir die 12 Millionen Pg's sozusagen eliminieren. Unter den Leuten gibt es viele, die aus jener Zeit ein irgendwie geartetes schlechtes Gewissen haben. Für diese Leute – das sind auch Wähler – ist es sogar psychologisch ein Vorteil, zu erfahren, daß man diesen entscheidenden Unterschied zwischen ihnen macht und denen, die die Verbrechen begangen haben. Ich habe nicht die Angst, daß der Antrag Benda, draußen vernünftig psychologisch angebracht, schlecht ankommen wird. In weiten Kreisen wird das Echo kommen: Wir wollen eine Bereinigung im Moralischen, aber keine Verurteilung von Leuten, die sozusagen in jener Zeit eine läßliche politische Sünde begangen haben.

---

73 In der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 wurde – trotz ihrer militärischen Bedeutungslosigkeit – die Stadt, die neben ihren ca. 630.000 Einwohnern noch etwa 500.000 schlesische Flüchtlinge beherbergte, durch drei britisch-amerikanische Luftangriffe weitgehend zerstört.

74 Vgl. „Süddeutsche Zeitung" vom 1. Februar „Was haben die Alliierten getan ..." sowie Leserbriefe vom 5. Februar „Jetzt handelt es sich um ungesühnte Morde an Deutschen" und vom 30. Januar 1965 „Verjährungsfrist in der Bundesrepublik: Endlich einen Schlußstrich ziehen".

Ein Wiedererstehen einer Tendenz, die darin besteht, aufzurechnen, würde ich für eine Katastrophe halten. In der jungen Generation ist jetzt eine andere Periode heraufgekommen. Die Diskussion läuft jetzt ganz anders als vor acht, neun Jahren. Heute wird in den Familien gefragt: Opa, Vater, warum bist du damals in die Partei reingegangen? Aus jenem Frageprozeß heraus wird dann ganz unbefangen darüber geredet, es wird nicht mehr mit vorgehaltener Hand darüber geredet. Bisher konnte man die Beobachtung machen, daß zwei Dinge in Deutschland in der Familie nicht besprochen wurden: die Fragen der Sexualerziehung und die Fragen der früheren politischen Betätigung von Vater und Mutter im Dritten Reich. Das ist eine Sache, die mir auch Studienräte bestätigt haben. Wenn der Studienrat, der meinetwegen heute 55 Jahre alt ist, den Kindern in der Schule erzählt, ich bin 1937 in die Partei gegangen, weil ich an das und das geglaubt habe, dann haben die Buben Respekt. Wenn aber jetzt einer eine schöne demokratische Rede hält und die Kinder hören von ihrem Onkel, das war auch ein dicker Nazi, dann ist alles dahin.

Mir scheint es also zweckmäßig zu sein, mit einer vernünftig dosierten Offenheit die Dinge anzusprechen. Ich spüre die Ansätze bei uns, ich spüre sie mindestens jenseits der Grenzen der CDU, im Augenblick bei der CSU; als Pfälzer habe ich ja noch enge Beziehungen zu München. Herr Bundesminister Höcherl, sagen Sie auch unseren Freunden in der CSU, daß sie nicht um der Wahlstimmung willen der Versuchung unterliegen sollen, mit der Zahl 80 % eine Politik zu machen, die ich aus dem inneren Gesetz der CDU heraus einfach nicht vertreten würde.

Adenauer: Herr Bundesminister Höcherl!

Höcherl: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß diese gewisse Auseinandersetzung, die seit Wochen und Monaten geht, uns alle ehrt, daß sie für die geistige Lebendigkeit unseres Lagers spricht. Hier geht es um die praktischen Folgerungen. Die Argumente sind ausgetauscht; wir müssen entscheiden, wie es weitergehen soll.

Ich bin Ihr Gast und muß Ihnen aus Loyalität sagen, daß in unserem Fraktionsteil, in der Landesgruppe der CSU, eine überwältigende Mehrheit dafür existiert, die Verjährung nicht zu verlängern. Das gleiche ist auch bei der FDP der Fall. Was wird das politische Ergebnis sein? Nachdem das Lager der Gegner so bunt besetzt ist – es beginnt bei Arndt und Dehler und Leuten, die aus einer ganz anderen Richtung kommen –, ist es ganz ausgeschlossen, daß in unserer Fraktion oder in der Koalition eine einheitliche überzeugende Meinung erzielt wird. Bei den einzelnen Lösungsversuchen unterscheiden sich diejenigen, die verlängern wollen, schon hinsichtlich der Technik. Diejenigen, die sagen, es muß Schluß sein, haben nicht nur psychologische Gründe, sondern auch ganz hervorragende Gründe rechtspolitischer Art. Das hat nichts mit Juristerei zu tun. Dem Recht ist der Friedensgedanke eigentümlich, daß einmal Schluß sein muß. Das ist das Wesen des Rechts zu allen Zeiten gewesen. Wer sich darüber täuscht, hat den letzten Kern nicht so aufgenommen, wie es sein müßte.

Ich würde folgendes empfehlen: So, wie die Dinge laufen, sind wir zunächst einmal – unabhängig von der geistigen Auseinandersetzung – angesprochen, ein

Votum zu dem Bericht über das Ergebnis der ganzen Ermittlungen abzugeben. Dabei ist nicht zu bezweifeln, daß die Justiz Jahre hindurch nichts getan hat. Erst in den letzten zwei, drei Jahren hat sie auf einmal einen großen Anlauf genommen, und zwar angesichts des bevorstehenden Endes der Verfolgungsmöglichkeiten. Die Zentralstelle[75] ist nicht aus einem heiteren Einfall geschaffen worden, sondern weil man gesehen hat, es kommt das Jahr 1965, es kommt das Ende der Verfolgbarkeit. Deswegen wurden die Anstrengungen verstärkt. Das ist ein grauenvolles Versagen der Justiz, die jedenfalls seit 1949 freieste Ermittlungsmöglichkeiten gehabt hätte. 15 Jahre müßten ausreichen, einen solchen Sachverhalt aufzuklären. Davon ist kein Gebrauch gemacht worden. Jetzt soll dieselbe Justiz, die sich selber dieser Mittel beraubt hat, in die Lage versetzt werden, für dieses Versäumnis einen Ausgleich zu bekommen. Das ist nicht in Ordnung.

Wir dürfen nicht übersehen, daß es eine Malaise im ganzen Volk gibt, wenn wir fortgesetzt zurückweichen. Die Leute mögen das nicht. Wir tun das auch in anderen Fragen, im außenpolitischen Bereich; das mag auf die Dauer niemand. Man hat den Eindruck, daß man die sachliche nüchterne Haltung gegenüber Ansprüchen fehlen läßt, die von Leuten vorgetragen werden, die keine innere moralische Berechtigung dazu haben.

Die erste Station wird der Bericht sein. Wir müssen fragen, wie wir uns zu dem Ergebnis stellen. Die Bundesregierung muß sich dazu äußern. Die Entscheidung selber liegt beim Parlament. Dazu würde ich Sie um Überlegung bitten, ob es nicht richtig und gut ist, im Parlament in einer solchen Frage, wo auf der einen Seite der verständliche und begreifliche Wunsch besteht, die Dinge verfolgt zu sehen, und auf der anderen Seite hohe rechtspolitische Interessen gegenüberstehen, die Frage durch alle Fraktionen hindurch entscheiden zu lassen. Das könnte dem Bundestag zur Ehre gereichen.

Die größte Gefahr läge darin, wenn Sie qua Parteivorstand oder wir qua Bundesregierung einen Standpunkt beziehen und dann durch fünf, sechs oder acht Stimmen desavouiert würden, die sich aus dem Aufeinanderprallen der Meinungen ergeben. Es handelt sich hier für jeden um eine Gewissensfrage. Da kann man keine Auflagen machen. Wir haben x-mal die Möglichkeit gehabt, die Dinge zu ordnen. Jetzt können Sie das aber nicht mehr von der Frage trennen, daß der Druck von außen entscheidend sei. Alle Versuche, diesen Zusammenhang auseinanderzureißen, kommen nicht mehr an. Dieses Thema eignet sich nicht für eine taktische Lösung. Es geht hier um eine harte, vom Gewissen getragene Auseinandersetzung. Die Entscheidung muß in einer demokratischen Form in der Abstimmung getroffen werden. Diesen Weg würde ich vorschlagen.

---

75 Die Justizminister der Länder beschlossen am 5. Oktober 1958 die Einrichtung der Zentralen Koordinierungsstelle für die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg. Sie nahm im Dezember 1958 ihre Arbeit auf (AdG 1958 S. 7328 und 7424).

Adenauer: Herr Dr. Gradl.

Gradl: Ich möchte mich nur informieren, was am Freitag im Bundesrat geschehen soll. Ich habe den Antrag Benda mit unterschrieben.

Herrn Minister Höcherl gegenüber möchte ich nur feststellen, daß hervorragende rechtspolitische Güter auf dem Spiel stehen. Wie ich den Vorgang sehe, handelt es sich um eine völlig neue Kategorie des Verbrechens, um den systematisch organisierten Massenmord, der von Deutschen begangen worden ist. Das kann man nicht mit normalen Maßstäben messen.

Wenn am nächsten Freitag im Bundesrat zu der Frage Stellung genommen werden muß, ob ein Antrag von Hamburg[76], der mit dem Antrag Benda übereinstimmt, nämlich die Verjährung von Mord auf 30 Jahre zu verlängern ... (*Zuruf:* In dem Hamburger Antrag ist überhaupt keine Verjährung mehr für Mord vorgesehen! Bei Benda steht 30 Jahre!) Im Prinzip ist das kein wesentlicher Unterschied. Jedenfalls müssen dazu die Vertreter der CDU in diesem Gremium Stellung nehmen. Ich kann mir offen gestanden nicht vorstellen, wie man sich da irgendwie durchzuschlängeln und auszuweichen versucht; das wäre der schlechteste Eindruck, der für die CDU in dieser Sache gemacht werden könnte. Es muß Stellung bezogen werden.

Ich war bisher der Meinung, auch gestern nachmittag im Fraktionsvorstand, daß es richtig ist zu warten, bis der Bericht der Bundesregierung vorliegt. Dann wird am 10. März im Bundestag die Debatte über die Bühne gehen und eventuell eine Entscheidung gefällt werden.[77] Wenn es aber so ist, wie hier gesagt worden ist, dann haben wir die Zeit nicht mehr, sondern dann müssen wir uns vorher entscheiden. Und wenn das zutrifft, dann kann ich nur sagen, wenn wir schon springen müssen, dann soll man das nach Möglichkeit abkürzen; denn das allerschlimmste ist das, was jetzt vor sich geht. Durch unsere scheinbare Unschlüssigkeit – obwohl sich zunehmend bei allen die Meinung stark bemerkbar macht: wir werden nicht umhinkommen – wird die Welt draußen herausgefordert, uns mit neuen Kübeln zu überschütten, wie es systematisch nicht nur unter der Führung von Pankow und vom Osten, sondern auch von Fellow-travellers in den anderen Ländern geschieht. Das schreit danach, daß wir möglichst bald eine klare Position beziehen. Deshalb bin ich der Meinung, daß dieser Vorstand heute zum Ausdruck bringen sollte, daß er für das Verlangen, Mord nicht verjähren zu lassen oder die Verjährungsfrist für Mord zu verlängern, volles Verständnis hat.

Nun entsteht aber eine schwierige Frage. Ich kenne auch das Unbehagen im Lande. Wir müssen uns unter parteipolitischen Aspekten darüber im klaren sein, daß etwas

---

76 Initiativantrag des Senates der Freien und Hansestadt Hamburg zum Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Strafverfolgungsverjährung bei Mord und Völkermord vom 14. Januar 1965 (BR-Drs. 21/65). Vgl. FAZ vom 7. Januar 1965 „Antrag zur Verjährungsfrist".

77 Debatte über den Bericht des Bundesministers der Justiz, Dr. Ewald Bucher, über die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten vom 26. Februar 1965 (Drs. IV/3124) in der 170. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. März 1965 (Sten.Ber 4. WP Bd. 57 S. 8516–8571).

an der Spekulation dran ist, man könne dieses Unbehagen parteipolitisch einfangen. Dies genau ist die Absicht der FDP. Nationalismus und Kulturkampf sind die beiden Parolen, mit denen die FDP diesen Wahlkampf führt. Mit Kulturkampf meine ich eure Sache in Westfalen.[78] Das ist für die ein willkommenes Fressen. Das andere ist der Nationalismus, der hier eingefangen werden soll.

Wir haben uns also jetzt zu entscheiden. Ich lasse einmal die Einzelheiten dahingestellt. Herr Bundeskanzler, ich halte nicht viel von dem Gedanken, die Sache bis 1969 unter Berufung darauf zu verschieben, daß die Justiz erst ab 1949 habe arbeiten können. Dann stehen wir vor der nächsten Bundestagswahl vor derselben Misere. Aber wenn wir uns entscheiden, daß keine Verjährung eintreten soll, ist es notwendig, daß wir sofort der Öffentlichkeit sagen, was in Wahrheit vor sich geht. Es muß also dem Irrtum draußen begegnet werden, daß alles wieder aufgeworfen werde.

Vier Punkte müssen von der Bundesregierung, vom Bundespresseamt, von der Partei systematisch vertreten werden, wenn wir uns zu einer Verlängerung der Verjährung entschließen: Erstens den Irrtum aufklären, daß es aufhört, wenn man die Verjährung ablaufen läßt, den Irrtum, daß wir, wenn wir nichts tun, von diesen Prozessen verschont blieben. Die Leute draußen denken doch, daß das aufhört. Wir müssen also klarmachen, daß das ohnehin nicht der Fall ist. Zweitens müssen wir folgendes klarmachen: Es wird keiner dadurch verurteilt, daß man die Verjährung verlängert, sondern jeder hat das Recht, sich in einem hochnotpeinlichen Verfahren vor aller Öffentlichkeit zu rechtfertigen; er ist durch die Rechtsgüter dieses Staates geschützt. Drittens: Wir wollen auch sicher gehen, daß man nicht aus den Akten, die noch in Reserve gehalten werden, Vorwürfe über uns ausschüttet. Wir müssen uns dagegen wehren, indem wir diese Vorwürfe zum Gegenstand klärender Gerichtsverfahren machen. Dabei wird bei manchen herauskommen, daß Vorwürfe zu Unrecht erhoben worden sind. Viertens: Es geht nicht um die Verfolgung von Nationalsozialisten, es geht nicht um die Verfolgung von Pg's, es geht nicht um eine neue Entnazifizierung; um alles das geht es nicht, alles das wollen wir nicht. Das müssen wir sagen. Es geht nur um die Verfolgung von wirklichen Mördern, um sonst nichts. – Diese vier Punkte müssen wir sehr deutlich zur Abwehr dessen darlegen, was unter Nationalismus und sonstigem gegen uns aufgefahren wird.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es ist noch nicht die Frage erwähnt worden, ob eine Verlängerung der Verjährung auch auf einen Mord Anwendung findet, der vor der Verlängerung der Verjährung begangen worden ist.

Schmidt: Das müssen die Gerichte entscheiden. Das ist eine rein strafprozessuale Sache. In diesem Zusammenhang ist das belanglos.

---

78 Vermutlich gemeint ist die Auseinandersetzung mit der SPD um die Schulen, die von einer Kulturkatastrophe sprach. Sie hatte eine Zerschlagung der Volksschule durch eine institutionelle Aufsplittung in eine vierklassige Grundschule und eine fünfklassige Hauptschule beantragt (vgl. UiD Nr. 9 vom 3. März 1965 S. 3).

Adenauer: Herr Dr. Fay!

Fay: Meine Damen und Herren! Der Landesverband Hessen hat sich in einer Sitzung sehr eingehend mit dieser Frage befaßt. Ich habe keine Abstimmung durchführen lassen; es wurde aber eine Meinung gebildet, und sie ging dahin, die Verjährung nicht zu verlängern.

Ich bin etwas erstaunt, daß bis jetzt immer gesagt worden ist, die rechtlichen Dinge stellen wir zurück, wir entscheiden politisch. Sie, Herr Bundeskanzler, haben auf einen maßgebenden Gesichtspunkt hingewiesen. So sollte man in einer Christlich-Demokratischen Union nicht argumentieren, weil das doch zu leicht nach dem Standpunkt riechen könnte: Macht entscheidet das Recht. Das ist das, wogegen wir mit Leidenschaft gekämpft haben. Ich glaube, das Problem muß rechtlich, moralisch, außenpolitisch und innenpolitisch bedacht werden.

Rechtlich: Die Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord schlechthin oder die Aufhebung einer Verjährungsfrist hat nur dann einen Sinn, wenn sie rückwirkend wirkt. Hier fängt just das Problem an. Wir wissen, daß das Reichsgericht, das bestimmt nicht so frei und unabhängig entscheiden konnte, mitten im Krieg festgestellt hat, daß die Verjährungsfristen eine rein prozessuale Angelegenheit seien, die mit dem Strafanspruch des Staates nichts zu tun habe. Früher war es in der Rechtslehre sehr umstritten, ob die Verjährungsfrist Teil des Strafanspruchs ist oder nicht. Ich bin der Auffassung, sie ist Teil des Strafanspruchs. Ich wehre mich dagegen, jetzt so unbesehen das nachzubeten, was ein nationalsozialistisches Reichsgericht als Recht anerkannt hat. Ich bin der Auffassung, daß die Verlängerung oder die Aufhebung der Verjährungsfrist einen Eingriff in unsere Verfassung darstellt, daß sie wahrscheinlich in ein Recht eingreift, auf das wir überhaupt nicht verzichten können.

Die Lösung, die Bundeskanzler Dr. Adenauer vorgeschlagen hat, ist eine praktikable Lösung, die das Problem zwei, drei, vielleicht auch vier Jahre hinausschiebt. Aber dann stehen wir vor derselben Frage. Die Lösung kann nur so sein, wie Herr Dr. Schmidt sie angedeutet hat. Das Gesetz – es wurde von der Regierung Adenauer eingebracht[79] –, daß der 8. Mai der Stichtag ist, müßte geändert werden. Ich hätte hier wegen der Verfassungssituation keine Bedenken; denn dieses Gesetz würde keinen Eingriff in die Grundrechte darstellen. Sie können ohne weiteres auf den Tag des Beginns der Bundesrepublik abstellen. Dabei bestehen aber auch wieder Bedenken. Ich erinnere mich, daß ich am 5. November 1945 als Richter in Frankfurt angefangen habe. Wir hatten in unserem Schwurgericht in Frankfurt am 5. November 1945 die Rechtspflege völlig intakt. Hier würde also das Problem nur um sechs Monate verschoben werden können.

Die politische Seite, und zwar zunächst die außenpolitische Seite! Ich bin der Auffassung, daß jeder neue Prozeß, der in Deutschland wegen Naziverbrechen geführt wird, der Presse im Ausland willkommener Anlaß ist, nicht die Nazis, sondern uns,

79 Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen vom 30. März 1951 (BGBl S. 213).

die jetzt lebenden Demokraten in Deutschland oder schlechthin die Deutschen, zu beschimpfen. Sie werden sagen, selbst wenn die Verlängerung nicht kommt, werden die Prozesse weitergeführt. Das ist richtig. Das Wort: Wir leben mit den Mördern zusammen, hat übrigens nichts mit der Verlängerung oder Nichtverlängerung der Verjährungsfrist zu tun. Es geht nur darum, ob wir mit bestraften oder mit nicht verurteilten Mördern zusammenleben. Wir leben nun einmal mit ihnen zusammen; deswegen ist das auch kein entscheidendes Argument. Es ist sehr ernsthaft die Frage zu prüfen, ob wir nicht – vielleicht ausgenommen Mord – demnächst an eine Amnestie denken sollten. Hierüber ist noch kein Wort gesagt worden. Wenn wir jetzt hart durchgreifen und die Verjährungsfristen nicht verlängern, wird es im Ausland ein großes Aufschreien geben, vielleicht insbesondere in New York, weniger in der Provinz, weniger in Alabama. Entschuldigen Sie, wenn ich [in] Klammern hinzufüge, das dauert ein halbes Jahr, dann ist die Geschichte rum. Wenn wir aber dafür sorgen, daß weiterhin Prozesse geführt werden und die von einem Generalstaatsanwalt Bauer[80] in Frankfurt mit viel Geschick in die Länge gezogen werden und jeden Tag die Zeitungen der deutsch-feindlichen Presse mit den Berichten gespickt werden, dann erreichen wir gar nichts. Auch außenpolitisch gesehen ist ein harter Schnitt viel vernünftiger. Wir haben dann sechs Wochen oder vielleicht auch sechs Monate Krach, und dann ist Ruhe, weil wir ganz andere Probleme in der Welt zu lösen haben als diese.

Innenpolitisches Problem! Es wird hier von dem Ergebnis 80 % gesprochen. Ich muß die Mitteilung verfeinern: es sind keine 80, sondern nur 70 %; aber im vergangenen Jahr waren es 56 %. Unter dem Eindruck der gerade bei uns geführten Prozesse ist die Quote derer gestiegen, die Schluß machen wollen. Die Quote derer, die für die Verlängerung sind, ist von 20 auf 19 % herabgesunken. Das ist ein Faktum, das wir nicht vergessen sollten.

Herr Kohl, natürlich sind viele gute Leute, die in Weimar gekämpft haben und die nachher in die Mühle kamen, auch bei uns. Das ist vielleicht unser guter Sauerteig. Wir haben aber auch eine große Anzahl von Wählern – sie führen vielleicht die Spitzenentscheidung herbei –, die völlig anderer Meinung sind. Das sind nämlich jene 70 %, die nun mal Ruhe haben wollen. Wir stehen vor einer Bundestagswahl, und wir sollten auch ein bißchen listig denken. Ich glaube nicht, daß Sie irgend etwas an Wählerstimmen gewinnen, wenn Sie verlängern. Die, die mit Leidenschaft dafür sind, sind zum allergrößten Teil nicht bei uns; die können Sie bei den Freunden des Generalanwaltes Bauer finden. Wir brauchen die anderen für die Spitzenentscheidung. Ich frage mich, warum ein so kluger Mann wie Herr Arndt mit Leidenschaft für die Nichtverlängerung eintritt.[81] Ich frage mich auch, warum der Parteitag der SPD in Karlsruhe wie die Katze um den heißen Brei herumgeschlichen ist und das Problem

80 Fritz Bauer (1903–1968), Jurist; 1949–1956 Landgerichtsdirektor, ab 1950 Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht Braunschweig, 1956–1968 hessischer Generalstaatsanwalt.

81 Vgl. FAZ vom 11. Januar 1965 „Arndt gegen längere Verjährungsfrist".

nicht angesprochen hat. Nachdem Herr Benda den Startschuß gegeben hat, haben natürlich die einen Sozialdemokraten gesagt, jetzt machen wir mit; die anderen Sozialdemokraten sagen aber, laßt die Sache ruhig weiter rollen; sie pflegen auch ihre Randwähler, die die Spitzenentscheidung für sie bringen können.

Das waren die Erwägungen, die wir angestellt haben und die uns veranlaßt haben, mit einer ganz breiten Mehrheit den Rat zu erteilen, die Verjährungsfrist nicht zu verlängern.

Adenauer: Herr Amrehn!

Amrehn: Mit der Verlängerung der Verjährungsfrist gewinnen wir bestimmt keine Wähler. Aber als ich heute morgen die Frage angesprochen habe, ging ich davon aus – und dem hat der Bundesaußenminister bisher nicht widersprochen –, daß wir die Nichtverlängerung außenpolitisch nicht durchhalten werden. Wenn das der Fall ist, bleibt nur die Frage, ob im juristischen Bereich Gegengründe bestehen, die so stark sind, um die außenpolitischen Nachteile in Kauf nehmen zu können. Da ist in der Tat die juristische Entscheidung auch eine echte politische Entscheidung im Rahmen des Grundgesetzes und außerhalb des Grundgesetzes. Das ist insoweit der Kern des ganzen Streites oder der Gegenargumente. Dazu gibt es nicht nur diese reichsgerichtliche Entscheidung. In der Schrift von Herrn Benda ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts[82], veröffentlicht im ersten Band, angeführt, wonach die Verlängerung der Verjährungsfrist insoweit keine Änderung des Grundgesetzerfordernisses verlangt, wonach jemand für eine Tat nicht bestraft werden darf, die im Zeitpunkt ihrer Begehung nicht bereits strafbar war. Das ist da entschieden worden. Das enthebt uns also der Würdigung dieses Gegenargumentes, das, wenn es bestünde, sehr ernst zu nehmen wäre. Deshalb glaube ich, daß man über diese Schwierigkeit hinwegkommt, die bisher als einzige im Bundeskabinett den Ausschlag gegeben hat. Es ist auch bei Arndt, wenn man seinen Argumenten folgt, in der Tat erst eine Verdrehung des Wortlautes des Grundgesetzartikels nötig, um zu den Schlußfolgerungen zu kommen, zu denen er gelangt.

Ich meine, daß es besser sei, die Entscheidung zu treffen, die seit Jahrzehnten in der Diskussion um die Strafrechtsreform gefordert wird: Entweder für Mord auf 30 Jahre zu gehen oder die Verjährung ganz wegfallen zu lassen.

Ich glaube, wir sind im Bundesvorstand der CDU einig, daß es mit dem 8. Mai nicht zu Ende sein darf. Es hat sich bisher, außer Herrn Minister Höcherl, keine Gegenstimme erhoben. Aber auch er hat zum Schluß gesagt, man solle den von Herrn Bundeskanzler Adenauer vorgeschlagenen Weg gehen. (*Höcherl:* Ich habe das für eine Möglichkeit gehalten!) Wir müssen aber auch noch folgendes beachten. Wir haben im Jahre 1946 und 1947 in Berlin Morde aus den Jahren 1945 und 1946 abgeurteilt. Soweit sie nicht abgeurteilt worden sind, würde demnächst dafür

82 Ernst BENDA: Verjährung und Rechtsstaat. Verfassungsprobleme der Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen. 2. Aufl. Berlin 1965. Vgl. FAZ vom 26. Januar 1965 „Benda beruft sich auf das Verfassungsgericht".

die Verjährung eintreten. Wir können nun aber nicht eine Unterscheidung zwischen Morden machen, die 1946 begangen worden sind und die demnächst verjähren, und Morden aus dem Jahre 1943, die dann noch nicht verjähren, weil wir davon ausgehen, daß erst mit dem Beginn der Bundesrepublik die Verfolgbarkeit möglich war.

Wir kommen aus all diesen Schwierigkeiten heraus, wenn wir einen Antrag, wie ihn Herr Benda oder das Land Hamburg gestellt hat, unterstützen. Dabei brauchen wir uns noch nicht auf die dort vorgesehenen Einzelheiten festzulegen. Der Bundesvorstand muß aber sagen: Es muß der Weg gefunden werden, der uns über diese Klippen hinweghilft. Ich lasse da alle anderen Gesichtspunkte weg und lasse nur den gelten: Wir werden die Nichtverlängerung nicht durchhalten und müßten erhebliche außenpolitische Nachteile in Kauf nehmen, die lange Jahre wirken würden, wenn wir den Entschluß nicht fassen könnten.

Adenauer: Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Meine Damen und Herren! Es ist eine Fülle von Argumenten vorgetragen worden, die Sie alle aus der monatelangen Diskussion in der Öffentlichkeit ziemlich genau kennen. Das Dilemma ist für uns, daß jeder den Standpunkt des anderen respektiert und daß wir uns in dieser Diskussion, in der sehr gegensätzliche Urteile laut wurden, doch verstehen.

Ich muß sagen, daß die Situation in unserer Wählerschaft doch anders ist. Der Riß geht durch unsere Wählerschaft hindurch. Darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben. Gleichgültig, ob es 70 oder 40 % sind, wesentliche Teile unserer Wählerschaft werden für eine Entscheidung, die jetzt eine Änderung in grundlegendem Sinne herbeiführt, kein Verständnis haben. Sie werden das im Zusammenhang mit der allgemeinen Situation als ein Zurückweichen empfinden. Das wird zweifellos den Wahlkampf und die Wahlentscheidung beeinflussen.

Diejenigen, die Bedenken gegen den Antrag Benda vorbringen, tun dies nicht nur aus diesen sehr wichtigen wahl- oder allgemeinpolitischen Überlegungen, sondern auch deshalb, weil aus dem Kreis derjenigen, die wahrscheinlich in erster Linie zu urteilen berufen sind, nämlich der hohen Richter, entschiedene Bedenken laut werden. Nicht nur der Präsident des zuständigen Senats des Bundesgerichtshofs[83], der sicher wie kein Zweiter die konkreten Fälle kennt, sondern auch zahlreiche andere namhafte hohe Richter bringen zum Ausdruck, daß man eine zunehmende Unsicherheit in der Beweisführung erlebt; dadurch kommt es zu Urteilen, wie sie jetzt wieder gefällt worden sind. Der Unterschied läge nur darin, daß wir diese Dinge dann noch viele Jahre verlängern. *(Zurufe.)*

83 Dr. Hans Eberhard Rotberg (1903–1995), Jurist; 1946–1949 Senatspräsident am Oberlandesgericht Koblenz und Abteilungsleiter im Justizministerium von Rheinland-Pfalz, 1950–1952 Leiter der Strafabteilung im Bundesjustizministerium, 1952 Bundesrichter, 1953–1969 Senatspräsident am Bundesgerichtshof (1953–1962 und 1966–1969 des 4., 1963–1966 des 3. Strafsenats).

Ich stehe noch unter dem Eindruck eines Gesprächs in Kiel, das der Ministerpräsident, Herren der Landesregierung, die über die Sache im Bundesrat abstimmen müssen, und einige Herren von unserer Seite mit unserem Oberlandesgerichtspräsidenten geführt haben, der wenige Tage vor dem Ende des Frankfurter Prozesses auf den Tatbestand hingewiesen hat, den wir in den sogenannten Kompromißurteilen haben, die besonders problematisch sind und bei denen eine sehr stark erdrückende Beweislast auf der einen Seite und eine Unsicherheit in den Zeugenaussagen auf der anderen Seite dazu führt, daß viele Gerichte es nicht wagen freizusprechen, aber auch nicht wagen, scharf zu verurteilen; dann kommen für tausendfachen Mord Urteile von drei bis fünf Jahren Gefängnis für den Angeklagten heraus.

Es wurde hier die Befürchtung geäußert, daß durch eine Nichtverlängerung unerhörte außenpolitische Schwierigkeiten eintreten könnten. Ich habe einmal in Amerika in der „New York Herald Tribune" eine ganze Seite über die Probleme der Rechtsprechung in Deutschland gefunden. Hier waren 40 dieser Kompromißurteile angeführt, auf der einen Seite die Anklageschrift und auf der anderen Seite das Ergebnis mit einer für uns niederschmetternden Kommentierung. Wenn man die politische Wirkung dieser Sache diskutiert, muß man auch diese Dinge einbeziehen.

Wir stehen nun vor der Frage, ob wir die Verjährungsfristen überhaupt aufheben sollen. Das scheint mir als Nichtjuristen rechtspolitisch sehr fragwürdig zu sein. Wir stünden hier unter dem Druck, [in] einer viel zu kurzen Zeitspanne von vier bis sechs Wochen eine so fundamentale Frage entscheiden zu müssen. Da habe ich ein unbehagliches Gefühl. Es handelt sich ja nicht um eine Novelle zum Strafgesetzbuch; das ist ja praktisch ein neues Strafgesetzbuch.

Auf der anderen Seite haben wir dann den Antrag Benda. Ich bin der Überzeugung, daß unsere Fraktion hier auseinanderbrechen wird. Diese gewissensmäßige Entscheidung ist zwar sehr zu würdigen; die politische Wirkung wäre aber ganz negativ.

Dagegen bietet der Vorschlag des Bundesvorsitzenden unter dem Aspekt einer möglichst weitgehenden Zusammenfassung der unterschiedlichen Auffassungen vielleicht eine Chance, daß sich eine große Mehrheit unserer Fraktion im Plenum noch auf einer Linie findet. Mir sind die Argumente, die gegen diesen Vorschlag vorgebracht wurden, durchaus bekannt; das gilt auch für das von Herrn Amrehn zuletzt genannte Argument. Man kann die hier entstehenden Schwierigkeiten aber dadurch lösen, daß man davon ausgeht, daß unmittelbar nach dem Krieg keine volle Rechtssicherheit da war.

Dieser Vorschlag hätte einen großen Vorteil. In vier Jahren wären wir in einer anderen Situation. Die Zentralstelle in Ludwigsburg und die Amtsstellen der Bundesregierung könnten in einer ganz anderen Weise als in den fünfziger Jahren gegenüber der Öffentlichkeit im In- und Ausland permanent klarstellen, daß sie diese vier Jahre mit allem Nachdruck benutzen werden, um noch zu klären, was zu klären ist. Der Aufruf der Bundesregierung, der vor wenigen Monaten gekommen ist, würde also für die vier Jahre gelten. Wenn das dann in einer klaren Darstellung vertreten wird, wird niemand nach vier Jahren kommen und sagen können, ich habe noch Akten.

Ich bin überzeugt, daß es gegen diesen Vorschlag keine ernsthaften Einwände gibt. Ich erblicke in ihm die einzige Möglichkeit, daß eine verhältnismäßig große Minderheit unserer Fraktion in dieser Sache so abstimmt, daß jeder ungefähr seinen Standpunkt nach außen noch vertreten kann. Andernfalls wird nach meinem Eindruck eine nicht sehr große Mehrheit des Bundestages für den Antrag Benda stimmen und eine große Mehrheit dagegen. Das Ergebnis könnte man im Hinblick auf die öffentliche Meinungsbildung nur mit großer Sorge sehen.

Adenauer: Herr Dr. Klepsch!

Klepsch: Die Argumente sind im wesentlichen vorgetragen. Ich bin weitgehend der Auffassung von Herrn Kohl und Herrn Gradl.

Ich möchte nur noch auf zwei Punkte besonders hinweisen. Wir müssen auf alle Fälle in der Öffentlichkeit mit dem Eindruck fertig werden, daß wir uns nur auf eine bestimmte Gruppe von Personen konzentrieren. Die Anträge, die dem Gesichtspunkt Rechnung tragen, daß man generell bei Mord in dieser Weise vorgehen will, würden weitgehend zur Entlastung beitragen. Ich muß das unterstreichen, was Herr Kohl gesagt hat: Das würde zur Entschärfung der Situation beim Wählervolk beitragen.

Wir sollten überhaupt in dieser Frage die Argumente verlagern. Wir müssen von der außenpolitischen Pression herunterkommen. Wir sollten uns darauf konzentrieren, bei der Verlängerung oder der Aufhebung der Verjährungsfristen nur von Mord zu sprechen, aber nicht nur von den sogenannten Massenverbrechen. Ich möchte warnen, etwa eine Regelung zu treffen, die sich nur auf sogenannte Massenverbrechen bezieht. Das würde einen Eindruck erwecken, der bei den Wählern unglücklich ankäme.

Adenauer: Herr Dufhues!

Dufhues: Die allgemeinen Aspekte sind erörtert worden. Wir stehen vor einer sehr schwierigen Abstimmung, die auch das Wahlergebnis maßgebend beeinflussen wird. Wir müssen aber auch daran denken, daß die Verjährung für die künftige Politik in Deutschland eine Frage ist, die wir mit allem Ernst in den Bereich unserer Überlegungen einbeziehen müssen. Es wäre bedauerlich, wenn das Problem ausschließlich unter dem Aspekt der sogenannten Massenverbrechen gesehen würde. Es handelt sich hier um ein zutiefst rechtliches und sittliches Problem. Hier muß man an den Juristen und an den Ethiker die Frage richten, welcher Schuldvorwurf schwerer wiegt, der des Mordes an der eigenen Mutter oder der desjenigen, der in der Apparatur eines von uns allen zu verantwortenden Staates schuldig geworden ist. Für mich ergibt sich hier als Konsequenz: Wir sollten das Problem nicht lösen unter dem Gesichtspunkt des Fertigwerdens mit unserer Vergangenheit mit den Massenverbrechen, die begangen worden sind; wir sollten es entscheidend unter rechtlichen und ethischen Gesichtspunkten lösen.

Es bleibt allerdings, und dem unterwerfe ich mich, der Gesichtspunkt: Wie wirkt sich die eine oder andere Entscheidung für das Wohl unseres Vaterlandes aus? Dabei können die außenpolitischen Aspekte nicht außer Betracht gelassen werden.

Wir haben m.E. ein wenig voreilig zum Ausdruck gebracht, daß der Druck der öffentlichen Meinung des Auslandes eindeutig war. Als ich mich vor wenigen Wochen

mit dem englischen Botschafter[84] unterhielt, erklärte er mir auf eine entsprechende Frage, daß diese Angelegenheit in England kaum diskutiert würde und die öffentliche Meinung in England nicht sehr berühre. Ich weiß nicht, wie es in Frankreich aussieht. Sicher sieht es in Teilbereichen der Vereinigten Staaten so aus. Deshalb bitte ich Sie, Herr Schröder, äußern Sie sich zu dieser Frage; sie berührt in starkem Maße auch Ihren Verantwortungsbereich. Wenn wir davon ausgehen, daß eine Nichtverlängerung der Verjährungsfrist unserem Vaterland schweren Schaden zufügt, dann ist das ein Gesichtspunkt, den wir beachten müssen.

Dann ergeben sich für uns zwei Möglichkeiten. Das ist einmal die Lösung, die der Bundesvorsitzende vorgeschlagen hat, für die sicher praktische Gesichtspunkte sprechen. Wenn ich allerdings die Argumente des Herrn Schmidt in Betracht ziehe, seinen Hinweis darauf, daß durch Normen, wenn auch der Besatzungsmächte, die wir als Bestandteil, wie andere, unserer Rechtsordnung akzeptiert haben, dieses Problem bereits rechtlich gelöst und entschieden ist, fürchte ich, werden wir nicht die richtige verfassungsrechtliche Möglichkeit haben, einen Stillstand des Rechtswesens festzustellen. Dazu ist ja vieles gesagt worden. Ich fürchte, daß dieser Weg dann nicht gangbar ist, wenn Ihre Argumente, Herr Schmidt, Bestand haben.

Dann bleibt nur der andere Weg, die öffentliche Meinung in Deutschland davon zu überzeugen, daß in jedem Fall bei Mord eine Verjährungsfrist von 20 Jahren unangemessen ist und daß diese Frist, wie es im neuen Strafgesetzbuch vorgesehen ist, auf 30 Jahre erhöht werden muß. Dann haben wir auch die politische Möglichkeit, unser Volk davon zu überzeugen, daß hier wie in den anderen Fällen die Verjährungsfrist aus grundsätzlichen Erwägungen verlängert werden muß. Dafür könnten wir uns einsetzen.

Ich nehme eine Anregung von Herrn Minister Höcherl auf. Ich halte es nicht für gut, daß wir als Partei einen irgendwie gearteten Zwang auf die Meinungsbildung in der Partei oder in der Fraktion ausüben. Wir können eine Empfehlung aussprechen. Wir sollten in jedem Fall auch in der Öffentlichkeit sagen: Wir geben jedem Abgeordneten die Freiheit der Entscheidung, wir geben jedem die Möglichkeit, in dieser rechtlich und ethisch so schwierigen Frage nach seinem Gewissen zu entscheiden. Ich denke dabei an den Riß, der quer durch unsere Fraktion geht, und die offenbar weitgehend geschlossene Meinung der CSU. Wir sollten in dieser Frage nicht das Bild der Uneinigkeit bieten, denn das würde sich sehr nachteilig für uns auswirken. Ich wiederhole: Ist es aus außenpolitischen Gründen unabdingbar, dann sollten wir diese Entscheidung treffen, dabei allerdings die Gleichstellung von Mord in allen Fällen durch die Vorwegnahme der Strafrechtsreform in diesem Punkte durch eine Verlängerung der Verjährungsfrist auf 30 Jahre vornehmen.

---

84 Sir Frank Kenyon Roberts (1907–1998), britischer Diplomat; 1951–1954 stv. brit. Unterstaatssekretär für Deutschlandfragen, 1954–1957 Botschafter in Jugoslawien, 1960–1962 in Moskau und 1963–1968 in Bonn.

Adenauer: Darf ich eine Frage an Sie richten. Herr Strauß hat einmal gesagt, daß die Gerichte in Bayern hätten arbeiten dürfen, daß aber jedes Todesurteil von der Besatzung hätte genehmigt werden müssen. Ist das ein freies Funktionieren der Gerichte?

Dufhues: Ich bin bereits im Oktober 1945 Richter gewesen und war in meiner Tätigkeit als Richter nicht beschränkt, auch insoweit nicht, als es sich um Mord und Totschlag handelte. Allgemein war es allerdings so, daß Todesstrafen zumindest nicht vollstreckt werden durften. Damit wurde allerdings nur das vorweggenommen, was später Inhalt des Grundgesetzes wurde. Ich glaube nicht, daß man von einem Stillstand der Rechtspflege sprechen darf, wenn eine bestimmte Strafe nicht vollzogen werden durfte.

Schmidt: Wir haben im Überleitungsgesetz anerkannt, daß die Alliierten Gerichtsherren waren.[85]

Adenauer: Herr Mikat!

Mikat: Meine Damen und Herren! Es geht bei dem Problem einmal um die Frage, vor der wir am Freitag im Bundesrat stehen und die sicherlich diskutiert wird: Handelt es sich um eine materielle Strafrechtsnorm oder nur um eine formelle? Die überwiegende Antwort ist, daß wir es nur mit formellem Recht zu tun haben.

Wir haben zwei Anträge vorliegen. Keiner der Anträge sieht eine Verlängerung der Verjährungsfrist für einen Teilbereich der Morddelikte vor, sondern sie sprechen beide generell von den Morddelikten.

Vor derselben Situation, vor der wir jetzt rechtlich stehen, würden wir auch beim neuen Strafgesetzbuch stehen. Eine Differenzierung der dann möglichen Delikte ist nicht da. Die gegen die Verlängerung der Verjährungsfrist angeführten Gründe einer Grundgesetzverletzung – gemeint ist der Artikel 103 Absatz 2[86] – sind in der Rechtsprechung, jedenfalls der des Bundesverfassungsgerichts, bisher nicht gedeckt worden.

Mit folgendem Argument sollten wir allerdings vorsichtig sein. Ich meine den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, der zunächst bestechend erscheint, die Verjährungsfrist erst vom Gründungstag der Bundesrepublik an laufen zu lassen. Wenn wir dieses Datum nehmen, gibt es eine Fülle von staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Überlegungen, die sich an dieses Datum für uns in höchst unangenehmer Weise im Rahmen der Diskussion um die Staatensukzession knüpfen können. Wenn Sie so verfahren, können Sie auch niemandem klarmachen, daß die Rechtspflege bis zum 19. September 1949 geruht habe. Sicherlich hat es hinsichtlich der Vollstreckbarkeit

85 Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 26. Mai 1952 (Überleitungsvertrag) in der durch das Pariser Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes vom 23. Oktober 1954 geänderten Fassung. Druck in: Heinrich von SIEGLER (Hg.): Dokumentation zur Deutschlandfrage. Annexbd. 3,1. 2. Aufl. Bonn 1970 S. 193–244.

86 Art. 103 Abs. 2 GG behandelt das Verbot rückwirkender Strafgesetze.

der Urteile in den einzelnen Besatzungszonen verschiedene Praktiken gegeben, besonders skurrile in der französischen Zone, während wir in der amerikanischen und britischen Zone relativ schnell eine funktionierende Rechtsprechung hatten.

Ich warne auch aus folgendem Grunde davor, mit diesem Datum zu operieren: Das gilt dann nicht nur für die Morddelikte, sondern dann greifen Sie generell unser Verjährungsrecht an. Wir können das nicht auf den strafrechtlichen Sektor beschränken. Man kommt in herrliche Zustände auf dem zivilrechtlichen Sektor. Sie werden vielleicht sagen: Das sind versponnene Argumente eines Juristen, die sollten unter Politikern nicht genannt werden.

Schwierig wird die Sache, wenn Sie das Datum der Gründung der Bundesrepublik nehmen, auch noch für folgende Frage. Wenn Sie das so verstehen, daß sich die Bundesrepublik hier erst als Staat konstituiert habe, dann hätte ich dagegen erhebliche Bedenken anzumelden, weil daraus eine Fülle völkerrechtlicher Schlußfolgerungen gezogen werden könnte. Auf dem Kongreß der Amerikaner hat immerhin ein so prominenter Mann wie Hahn[87], der sich für die Verlängerung der Verjährungsfrist eingesetzt hat, von der Priorität des Völkerrechts gegenüber den innerstaatlichen Verjährungsfristen gesprochen. Er hat ebenfalls diese Gefahr ganz deutlich erkannt. Es geht auf keinen Fall, daß wir hier auf das Datum der Gründung der Bundesrepublik gehen. Wir halten an der Staatensukzession fest, wir konstruieren geradezu, daß die alliierte Militärregierung Rechtsnachfolger im Auftragswesen der nun nicht vorhandenen deutschen Staatsregierung war. Das ist eines unserer wichtigsten Argumente, das sehr groß vorgetragen worden ist.

Die Bedenken von Herrn Arndt sind auszuräumen. Er argumentiert damit, daß er sagt: Wird nicht durch eine Verlängerung der Fristen der Anspruch des Staates auf Strafe ungebührlich ausgeweitet? Da kann man sagen: Weil die Frage im Rechtssinne kontrovers ist, ist es dem Gesetzgeber unbenommen, die in der Strafrechtsreform vorgesehene Regelung vorwegzunehmen. Wir müssen also die Folgen beachten, die sich bei den vorgeschlagenen Fristen ergeben. Ich glaube, daß der Vorschlag von Herrn Schmidt der einzig gangbare, der einzig praktische Weg ist. Bei allen anderen Vorschlägen ergeben sich sehr große völkerrechtliche Schwierigkeiten.

Adenauer: Herr Krone!

Krone: Ich will zu den rechtlichen Argumenten nichts sagen. Ich halte es aber für meine Pflicht, auf folgendes hinzuweisen. Wenn wir nicht verlängern, kommt gewiß – das ist die außenpolitische Seite – draußen in der Welt vieles gegen uns hoch. Das geht bis in die kirchlichen Kreise hinein. Es gibt dann draußen eine neue Kampagne der Diffamierung des deutschen Volkes. Auf der anderen Seite müssen wir auch ganz deutlich sehen, was geschieht, wenn wir verlängern: Wir werden ein Anwachsen der Stimmen der Freien Demokraten erleben; das wird kommen. Ich folge Herrn

87 Versammlung der „American Association of former European Jurists" in New York („Aufbau" New York vom 5. Februar 1965 „Politische Moral und Gerechtigkeit. Frühere europäische Juristen zur Verjährungsfrist"). – Referent war Rabbiner Dr. Hugo Hahn.

Kohl, man muß sehen, was da passiert. Ich gehe nicht so weit, wie einer sagte, die kommen auf 15 %. Aber daß die über 8 % raus und auf 10 % kommen, davon bin ich überzeugt. Das würde bei der kommenden Regierungsbildung gewisse Konsequenzen haben.

Zweitens bin ich von folgendem überzeugt: Es kommt wieder ein Nationalismus hoch, wie er in Ansätzen schon vorhanden ist. (*Amrehn:* Aber von den Waffenlieferungen mehr als davon!) Daher kommt es auch. Aber er kommt hoch, Herr Amrehn. Herr Stecker ist hier. Er hat mir vor Wochen erzählt, wie er vor jungen Leuten seines Wahlkreises gesprochen habe – weithin ein sehr ordentlicher Wahlkreis – und ihm gesagt worden sei: Muß man denn dauernd den Juden nachgeben? Das kommt hoch. Es kommt auch wieder ein Stück Antisemitismus hoch. Die Vertriebenenverbände werden sagen: Jetzt haben wir lange genug geschwiegen, und nun hört es auf. – Und das schlägt dann um.

Wir müssen sagen, den Antrag Benda müssen wir annehmen. Das wird Konsequenzen haben; mit denen müssen wir fertig werden. Das versetzt uns in Perioden zurück, wo es furchtbar schwer gewesen ist, mit dem deutschen Nationalismus fertig zu werden. Wir können nur sagen, Gott sei Dank haben wir heute keinen Notstand. Aber wenn Armut dazukäme, wäre es furchtbar. – Ich sage das nicht, um Sie umzustimmen; aber das muß gesehen werden.

Ich würde dem Vorschlag zustimmen, keine Empfehlung auszusprechen. Ich habe auch dem Bundeskanzler gesagt, er solle sich nur hüten, das zu einer Frage der Richtlinienkompetenz zu machen. Das ist nicht zu machen. Ich würde auch dem Außenminister nicht nahelegen können, daß er die Bundesregierung bittet, Stellung zu nehmen. Das würde ich auch nicht für klug halten. Sie müssen mit der Sache fertig werden.

Wir sollten sagen, wir haben diese Frage sehr eingehend diskutiert und in allen Konsequenzen durchgesprochen. Das Material von Ludwigsburg steht noch aus. Es wird Anfang März kommen. Erst dann können wir etwas sagen. (*Schmidt:* Man sollte auch sagen, wir haben es unter uns zu einer Gewissensentscheidung gemacht!) Das kann man ruhig sagen. Ich stehe auch stark unter dem Druck, daß es nicht anders geht. Ich wollte aber doch die Konsequenzen erwähnt haben.

Adenauer: Zunächst bitte ich Herrn Dufhues, die Frage an den Herrn Außenminister nicht zu stellen, die er ihm vorgelegt hat. Man muß immer damit rechnen, daß bei einem so großen Kreis die Antwort bekannt wird. Wenn er sagte, man habe sich geduckt oder es werde ein großer Schaden entstehen, und wenn das bekannt würde, dann wäre das schlecht. Deshalb bitte ich Sie, Herr Dufhues, die Frage nicht zu stellen, und Sie, Herr Schröder, nichts darüber zu sagen. (*Dufhues:* Ich bin einverstanden!) Ich höre, Herr Dufhues ist damit einverstanden. Ich glaube, es wird jeder Verständnis haben, daß – rebus sic stantibus – der Außenminister dazu nicht Stellung nimmt. Die Sache wird durch Kairo und Israel noch böser. Das müssen Sie bitte auch bedenken. Wenn es dazu kommt, daß diese Waffenlieferungen eingestellt werden – ob mit Zustimmung Israels, gegen eine Abfindung, oder nicht –, dann wird

jedenfalls in der Welt die Behauptung aufgestellt werden: Unter der Drohung Nassers ist die Bundesrepublik zu Kreuze gekrochen. – Das ist sehr schlecht, ungewöhnlich schlecht.

Ich möchte übrigens – die Frage ist aufgeworfen worden – zu der Angelegenheit der Waffenlieferungen folgendes sagen: Es war ein Wunsch der Amerikaner. Ich war damals Bundeskanzler. Ich habe erst eine Entscheidung getroffen, nachdem ich mit den Vertretern aller Bundestagsfraktionen darüber gesprochen hatte und sie zugestimmt haben. Das möchte ich hier ausdrücklich erklären.

Ich glaube, Herr Krone hat recht. Das, was er gesagt hat, entsprach auch meinem Empfinden. Wir sind hier in einem sehr großen Kreis. Manche von uns haben sich mit der Frage schon beschäftigt, andere noch nicht. Es kann wirklich eine Frage von solcher Bedeutung für uns werden, daß ich der Fraktion die Verantwortung überlassen möchte. Sie wird vom Außenminister und vom Bundeskanzler in einer Weise unterrichtet, wie das hier nicht möglich ist. Wir laufen also Gefahr, daß wir hier eine Entscheidung treffen, die nachher von der Fraktion doch nicht angenommen wird und nicht angenommen werden kann. Ich glaube auch nicht, daß wir dazu berufen sind.

Ich möchte also vorschlagen, daß wir Kenntnis von dieser Diskussion nehmen, die wir hier geführt haben, und daß wir uns gegenseitig bescheinigen, daß wir diese ganze Frage mit dem Ernst behandelt haben, der ihr gebührt. – Sind Sie damit einverstanden? *(Zustimmung.)* Ich glaube nicht, daß die Diskussion umsonst war.

Die anderen Punkte werden uns nicht mehr sehr lange in Anspruch nehmen. Ich darf Sie, Herr Dufhues, bitten, zunächst über den Parteitag zu berichten.

Bundesparteitag 1965

Dufhues: Meine Damen und Herren! Dieser Parteitag, ein Wahlparteitag, muß dem Ziel untergeordnet werden, die öffentliche Meinung für die CDU und CSU zu gewinnen, einzunehmen. Er soll durch eine Kundgebung eingeleitet werden, die in Düsseldorf in einem großen Saal stattfindet, in der sich die CDU an die Öffentlichkeit wendet durch Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Adenauer und durch Herrn Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard. Die Eröffnung des Parteitages erfolgt am Montag. Der Parteitag wird durch eine Ansprache des Bundesvorsitzenden eingeleitet. (*Zuruf:* Zur Geschäftsordnung! Wir haben das ja vorliegen! Sie brauchen es nicht vorzutragen!)

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden? *(Zustimmung.)* Dann danke ich Ihnen herzlich. – Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Zunächst eine Vorbemerkung! Ich möchte folgendes feststellen. Es ist für einen großen Teil der Kollegen, die hier sind, die über Hunderte von Kilometern aus der Bundesrepublik angereist sind, ganz einfach eine Zumutung, wenn derartig wichtige Sachen der Partei zum Schluß unter dem Punkt Verschiedenes behandelt werden. Ich bin sicher dafür, daß wir die anderen Fragen ausgiebig diskutiert haben.

Aber vom Arbeitsökonomischen her können wir so nicht verfahren. Sie können mir glauben, ich kann meinen Arbeitstag auch gebrauchen, auch wenn ich nur Landesparlamentarier bin. Aber so kann man nicht mit uns umgehen.

Herr Bundesvorsitzender, das nächste Mal muß in die Einladung reingeschrieben werden, von wann bis wann wir tagen und wann wir eine Mittagspause machen. Wir werden jetzt über den Parteitag beschließen. Aus dem Präsidium ist niemand mehr da. Wir werden eine Empfehlung darüber beschließen, was die Spitzenredner im Wahlkampf machen sollen. Wieviele von den Spitzenrednern sind noch da oder waren überhaupt da? Das bedeutet, daß wir sie gar nicht am Kanthaken nehmen können; die wissen von gar nichts und haben bereits ihre privaten Absprachen.

Ich wehre mich auch gegen einen Satz, der hier gesagt worden ist und der mich ganz erheblich auf die Palme gebracht hat: „Der Vorstand kann nicht informiert sein," – so habe ich es mir wörtlich notiert – „weil er nur alle paar Wochen zusammentritt." Wenn die Sitzungen des Vorstandes der CDU Deutschlands überhaupt einen Sinn haben sollen, dann den, daß dieses Führungsgremium der Partei, der Bundesvorstand, seine politische Führungsaufgabe wahrnimmt. Ich bin zwar ein politischer Newcomer in diesem Kreise. Ich muß Ihnen aber folgendes sagen: Sie können Brief und Siegel darauf nehmen, daß ich nicht auf dem Wahlparteitag, aber auf dem nächsten ordentlichen Parteitag der CDU nach der Bundestagswahl mich darüber auslassen werde, daß der Bundesvorstand seiner Führungsverpflichtung nicht nachkommt. So können wir miteinander keinen Wahlkampf vorbereiten. Es geht nicht, daß diese Dinge allein von den hohen Einsichten des Präsidiums beschlossen werden.

Wenn wir jetzt beschließen sollen, wie der Parteitag aussieht, dann habe ich eine Frage: Wer sind denn die Redner in den Arbeitskreisen? Da ist beispielsweise der Arbeitskreis „Deutschland, Europa und die Welt". Wenn wir in diesem Arbeitskreis vernünftig miteinander reden wollen – da sind wir mitten in dem Thema, das der Bundesvorstand auf meinen in der letzten Sitzung gestellten Antrag hin heute behandeln wollte: die außenpolitischen Grundlinien der CDU/CSU –, dann müssen Sie sich schon bei der Auswahl der Redner Gedanken darüber machen, wer hier sprechen soll. Ich bedauere, daß der Bundesaußenminister weggegangen ist; er hat Termine, ich habe nichts dagegen. Ich möchte wissen, wer da spricht, und möchte sichergestellt haben, daß wir ein Bild der Einigkeit geben. Wir sollten uns in der Diskussion nicht auseinanderreden, sondern Einigkeit zeigen. Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Sie müssen bei der Situation der gesamten Partei versuchen, die Klippen zu umschiffen.

Über solche Fragen muß man sich hier doch unterhalten können. Wenn ich darüber bei meinen Freunden nichts berichten kann, fragen die mich, ob der Vorstand sozusagen überhaupt noch existent ist. Als ich in den Bundesvorstand gewählt worden bin, haben mich meine Freunde zu Dutzenden in Versammlungen angesprochen: Wir hoffen, daß du dort auch etwas sagst und daß du uns sagen kannst, was dort war. Ich habe bisher noch nicht allzu viel – mit Ausnahme eines sehr wichtigen Beschlusses in

der letzten Sitzung – von hier mitgenommen. Wir wollen doch auf eine gemeinsame Linie zum Vorteil der Bundespartei kommen.

Wir wollen also, daß, wenn wir in Zukunft nach Bonn reisen, die Tagesordnung so festgesetzt wird, daß wir morgens anfangen und mittags weitermachen. Ferner wollen wir – diese Freiheit nehme ich mir, sonst brauche ich nicht mehr hierher zu kommen – sichergestellt haben, daß im Rahmen des Möglichen unsere Freunde in verantwortlichen Ämtern hier sind. Ich mache die Einschränkung: im Rahmen des Möglichen, weil das gleichzeitig wichtigste Persönlichkeiten aus dem staatlichen Leben sind. Wir haben uns ja auch die Zeit genommen. Wenn ich mich so umsehe, könnte ich mir vorstellen, daß ein paar Kabinettsmitglieder mehr hier auch ganz gut tun würden. Ich weiß, Herr Vorsitzender, daß das auch Ihre Sorge ist. Sie sollen es aber den einzelnen Herren sagen können, daß es der Wunsch des Bundesvorstandes sei, daß sie hier seien. Wir sind auch hier, und wir tun auch unsere Pflicht. Wir sind im Augenblick dabei, dafür zu sorgen, daß auch in Zukunft, nach dem 19. September, Bundesminister der CDU an Sitzungen teilnehmen können. Es müßte eine selbstverständliche Sache sein, daß wir uns gemeinsam beteiligen.

Ich möchte noch ein Weiteres sagen. Für heute bin ich mit dem Verfahren einverstanden. Ich rufe aber in Erinnerung, daß wir uns vorgenommen haben, uns in diesem Kreis über außenpolitische Fragen – im Rahmen des Möglichen – zu unterhalten. Wir müssen zu einer Tagesordnung kommen, wo wir meinetwegen bis 4 oder 4.30 Uhr tagen. Dann weiß jeder, daß er sich für diesen Tag einrichten muß. Wenn er nicht ganz dringende Geschäfte hat, hat er da zu sein. Der Vorstand muß sich informieren und muß auch einmal versuchen, bestimmte Richtlinien zu erarbeiten. Insofern war diese Zeit heute sicherlich gut angelegt und nicht vertan. Es wäre sicher noch das eine oder andere zu diskutieren, was jetzt nicht mehr geht. Ich würde dringend bitten, daß wir uns die Zeit nehmen, in Abständen von wenigstens vier Wochen unsere Gedanken auszutauschen und uns politisch informieren zu lassen.

Adenauer: Herr Kohl, ich bin im großen und ganzen Ihrer Meinung. Ich beklage wie Sie, daß die verehrlichen Mitglieder des Parteivorstandes hier einfach nicht durchhalten. Bitte, sehen Sie, wie der Tisch vor Ihnen aussieht. Die Herren gehen weg; ich habe keine Möglichkeit, sie zu halten. Das mache ich jetzt nicht zum erstenmal mit. Das ist früher anders gewesen. Früher war fast alle vier Wochen eine Vorstandssitzung. Ich kann Ihnen drüben in meinem Zimmer noch die stenographischen Aufnahmen der Vorstandssitzungen von Anfang an zeigen. Das ist eine ganze Galerie von Bänden.

Ich habe eingangs gesagt, womit ich kämpfe. Ich kämpfe damit, daß ich einfach die wichtigsten Gremien nicht zusammenbekomme. Ich bekomme das nicht fertig. Bestrafen können Sie keinen. Wenn Sie den Herren zureden – das habe ich auch schon getan. (*Stingl:* Sie müssen allen dazu sagen, daß wir auch hungrig wären!) Ich habe den beiden Herren neben mir gesagt, wir wollen um 2 Uhr eine Mittagspause machen. Da haben die mir gesagt, danach sind sie alle weg. Das ist die Erfahrung.

Ich habe nichts dagegen, wenn Sie sich auf einem Parteitag darüber einmal aussprechen. Ich bin Ihrer Meinung: Wer ein solches Amt übernimmt, muß auch dazu stehen; er muß hier sein. Auch die Persönlichkeiten bis oben hin müssen dazu stehen. Ich war 14 Jahre lang Bundeskanzler und Parteivorsitzender. Da war es anders, da waren alle da. (*Zuruf:* Wer? Die Minister? – *Heiterkeit.*) Es ist eine ernste Sache, was Herr Kohl hier angeschnitten hat. Ich gebe ihm vollkommen recht, der Mangel an Verantwortungsgefühl ist groß. Es fängt ja beim Präsidium schon an. Ich habe Ihnen ja alles gesagt.

Aber wollen Sie jetzt essen und dann weitermachen? Es kann hier gegessen werden? *(Zurufe.)* Also stimmen wir darüber ab. Wer ist für den Vorschlag, jetzt zu essen und dann die Sitzung fortzusetzen? – Wer ist dagegen? – (*Zuruf:* Was machen wir mit der Fraktionssitzung?)

Dufhues: Ich würde vorschlagen, wir bleiben zusammen, bis wir unsere Aufgabe erledigt haben. Ich garantiere, wir verlaufen uns in einer Stunde, und dann haben wir nichts getan. (*Kohl:* Dann garantieren Sie lieber, daß wir das nächste Mal zu einem anderen Verfahren kommen!) Die Fraktion steht vor ungeheuer schwierigen Aufgaben. Sie muß jede Stunde ausnutzen. Um 3 Uhr ist Fraktionssitzung. Wir müssen darauf ein wenig Rücksicht nehmen.

Adenauer: Dann darf ich einen anderen Vorschlag machen. Wir machen es das nächste Mal so, daß wir irgendwohin außer Landes gehen und dort eine Arbeitstagung machen. Dann ist man gezwungen, hier zu sein.

Dufhues: Das ist ein guter Gedanke. Dann darf ich noch etwas zu der von Herrn Kohl aufgeworfenen Frage sagen. Wir haben uns natürlich schon Gedanken über die Sprecher gemacht. Ich darf Ihnen das vorläufige Ergebnis unserer Überlegungen mitteilen.

Adenauer: Aber die Herren sind noch nicht gefragt.

Dufhues: Uns schwebt vor, daß der Arbeitskreis „Deutschland, Europa und die Welt – Aufgaben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik" von unserem Parteifreund Dr. Krone geleitet wird. Der Arbeitskreis, der wie alle anderen Arbeitskreise den ganzen Tag tagen soll, also nach einer Mittagspause seine Beratungen fortsetzt, soll eingeleitet werden durch Kurzreferate der Parteifreunde Schröder und von Hassel. Wir wollen auch Herrn Hallstein bitten, an diesen Beratungen teilzunehmen. Die Berichterstattung vor dem Plenum, meinen wir, sollte unserem Parteifreund Majonica[88] übertragen werden.

Der zweite Arbeitskreis „Soziale Sicherheit – Stabile Wirtschaft" sollte unserem Parteifreund Hellwig zur Leitung anvertraut werden. Hier sollen die einleitenden Vorträge, die auch nur Kurzvorträge sein sollen, durch unsere Parteifreunde Schmücker und Blank gehalten werden. Wir überlegen, ob wir den Bundesbankpräsidenten

88 Dr. Ernst Majonica (1920–1997), 1950–1972 MdB (CDU, 1959–1969 Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), 1979–1984 MdEP. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 84 Anm. 33.

Blessing bitten sollen, gleichfalls vor dem Parteitag zu den Fragen Stellung zu nehmen, die angeschnitten sind. Wir haben uns gedacht, daß die Berichterstattung vor dem Plenum unser Freund Katzer übernimmt.

Die Leitung des dritten Arbeitskreises „Gesunde Umwelt, gesunde Menschen – Gesundheit, Wohnungen, Städtebau, Verkehr" soll unser Parteifreund Meyers übernehmen, der einen Teilbereich dieser Fragen bereits auf dem Parteitag in Karlsruhe behandelt hat. Für einleitende Vorträge sind die Minister Lücke, Seebohm und Frau Schwarzhaupt vorgesehen. Die Berichterstattung vor dem Plenum soll der Parteifreund Müller-Hermann[89] übernehmen.

Der vierte Arbeitskreis befaßt sich mit dem Thema: „Familie – Frauen – Alte". Hier soll die Leitung Frau Brauksiepe übernehmen. Sprecher sollen Frau Strecker und Herr Prälat Caspar Schulte[90] sein, der Gründungsmitglied der CDU ist und sich seit Jahren der Sorge um die alten Menschen widmet. Berichterstatter soll hier Dr. Kohl sein. Im fünften Arbeitskreis „Schule und Ausbildung – jedem seine Chance; Schule – Ausbildung – Beruf" soll Dr. Röder die Leitung übernehmen. Als Sprecher sind die Kultusminister Hahn, Mikat und noch ein dritter Sprecher vorgesehen, der noch nicht endgültig ausgewählt ist. Berichterstatter: Parteifreund Stoltenberg.

Wir haben also Wert darauf gelegt, vor dem Plenum jüngere Politiker in Erscheinung treten zu lassen. Darf ich mich auf diesen Hinweis beschränken, oder erwarten Sie weitere Ausführungen?

Adenauer: Wird das Wort gewünscht?

Schmidt: Ich stelle nur fest, daß das Rückgrat des Staates – Steuern und Finanzen – in dem Ganzen keine Rolle spielt.

Dufhues: Es ist ganz selbstverständlich, daß das im Arbeitskreis II mitbehandelt wird.

Schmidt: Überlegen Sie, was da für Fragen angeschnitten werden.

Adenauer: Bitte, Herr Schmidt, stellen Sie den Antrag. (*Zuruf:* Landwirtschaft!)

Dufhues: Zwei oder drei Wochen vorher findet in Oldenburg der Bauernkongreß statt. Die Ergebnisse dieses Bauernkongresses sollen durch einen Vortrag vor dem Parteitag dargelegt werden, so daß die Ergebnisse der Beratungen des Bauernkongresses mit in den Parteitag eingehen. Wir versprechen uns davon eine größere Wirkung, als wenn wir nur einen Arbeitskreis mit diesem Thema machen.

Adenauer: Herr Baier[91]!

Baier: Heute wurde eingangs auf die Bedeutung der Vertriebenen hingewiesen. Im Arbeitskreis I wird ein Teil dieser Fragen angesprochen werden. Die Eingliederung

---

89 Dr. Ernst Müller-Hermann (1915–1994), 1952–1980 MdB (CDU), 1958–1984 MdEP. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 141 Anm. 73.

90 Dr. Caspar Schulte (1899–1980), Mitgründer der CDU in Paderborn. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 354 Anm. 106.

91 Fritz Baier (geb. 1923), Verwaltungsangestellter; 1956–1976 MdB (CDU), stv. Vorsitzender des Landesverbands Nordbaden.

wäre im Arbeitskreis II zu behandeln. Wichtig erschiene es mir, daß unter den Referenten oder den Berichterstattern ein Repräsentant dieses Kreises in Erscheinung tritt.

Dufhues: Das Problem soll in der Versammlung vor dem Parteitag angeschnitten werden und zur Sprache kommen. Ich bin gern bereit, dieser Anregung nachzugehen. Es ist kein Problem, daß der Kreis der Mitwirkenden unter diesem Gesichtspunkt noch ergänzt wird.

Adenauer: Herr Dr. Schmidt, ich bin der Auffassung, daß Steuern und Finanzen doch unbedingt zur Währungsstabilität gehören. *(Heiterkeit.)* Das ist nicht zum Lachen. Das ist richtig. Wir können es ja hinzusetzen. (*Schmidt:* Ja, das halte ich für sehr wichtig!) Wird noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Bitte, Herr Dufhues.

Dufhues: Wir haben noch über einen Antrag zu befinden, der sich mit gewissen Verpflichtungen befaßt, die wir unseren prominenten Rednern auferlegen wollen. (*Zuruf:* Wer ist das?) – Ich würde als prominent jeden Parteifreund ansehen, der sich für ministrabel hält. *(Heiterkeit.)* Wir erleichtern uns hiermit die ganze Arbeit. Ich meine also, wir sollten das beschließen, was in dem Antrag im einzelnen vorgeschlagen ist. (*Zuruf:* Sie brauchen es nicht zu verlesen, es liegt ja vor![92]) – Gut, dann verzichte ich darauf. Ich würde aber sagen, auch wer nicht da ist, muß sich daran halten.

Adenauer: Ich stelle also fest, daß das einstimmig beschlossen ist. – Kein Widerspruch. Bitte, Herr Dr. Kraske.

Schule und Sport

Kraske: Der Tagesordnungspunkt „Schule und Sport", der jetzt ansteht, geht zurück auf ein Gespräch unseres Präsidiums mit dem Präsidium des Deutschen Sportbundes. Bei dieser Gelegenheit ist dem Sportbund in Aussicht gestellt worden, daß sich der Bundesvorstand demnächst mit dieser Frage befassen würde. Wir sind hier im Wort und sind insbesondere daran interessiert, das in einer Presseerklärung, die sich vor allem an den Sport richtet, bekanntzugeben. Eine solche Presseerklärung ist vor seinem Weggang mit Herrn Dr. Heck abgestimmt worden. Ich darf fragen, ob ich diese Presseerklärung verlesen darf. – Wir erbitten Ihre Genehmigung für folgende Erklärung:

„Als besonderen Punkt der Tagesordnung wurde vom Bundesvorstand ein Vorschlag des Bundesfamilienministers besprochen, der sich mit der Förderung des Sports befaßte. Der Gesundheitszustand unserer Jugend läßt erkennen – so führte Minister Heck aus –," *(Heiterkeit)* „daß der Mangel an Bewegung und die unzureichende körperliche Ausbildung zu funktioneller Störung der Gesundheit geführt hätten. Nur etwa ein Fünftel unserer Jugend treibe regelmäßig Sport. Über die Bedeutung der

92 Wortlaut des Antrags in ACDP VII-001-027/1.

Leibesübungen für die körperliche Ausbildung unserer Jugend gab es keine Diskussion. Es fehlten aber in unseren Schulen immer noch Turnhallen, Sportplätze und Schwimmbäder, vor allem Turn- und Sportlehrer, um das von den Kultusministern der Länder erstrebte Ziel der täglichen Stunde Sport zu verwirklichen. Der Bundesvorstand ersuchte das CDU-Präsidium, diese Frage mit den Ministerpräsidenten der Länder eingehend zu erörtern. Der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen Dr. Heck wurde vom CDU-Bundesvorstand beauftragt, diese Beratungen zusammen mit den CDU-Kultusministern der Länder vorzubereiten."

Röder: Ich habe Bedenken wegen der Formulierung, daß immer noch zuwenig Turnhallen und alles mögliche da seien. Das unterstreicht in der Öffentlichkeit die Behauptung der SPD, daß die CDU in dieser Richtung zuwenig getan habe. Das stimmt aber nicht. Wenn wir uns ansehen, was in den einzelnen Ländern an Lehrschwimmbecken usw. gebaut worden ist, dann ist das eine ganz respektable Leistung. Wir können aber nicht der SPD Vorschub leisten, indem wir sagen, es sei zuwenig.

Stingl: Sagen wir doch einfach, daß wir den Bericht entgegengenommen haben, und beschließen wir das, was in den letzten zwei Sätzen steht. *(Zustimmung.)*

Adenauer: Sie sind also damit einverstanden? – Meine Damen und Herren, nun müssen Sie aber noch etwas über den Nervus rerum bei dem Punkt „Finanzielle Lage der Partei – Wahlkampfvereinbarung der Parteien" hören. – Bitte, Herr Burgbacher.

Finanzielle Lage der Partei

Burgbacher: Meine Damen und Herren! Der Abschluß 1964 ist formell noch nicht vollkommen fertig. Klar ist, daß wir das Jahr 1964 ohne Schulden mit einem bescheidenen Vermögen abschließen. Der ordentliche Etat für 1965 ist mit rund 14 Millionen DM in Einnahmen und Ausgaben gut ausgeglichen.

Der Wahlkampfetat liegt vor. Ich bitte um Ihre Genehmigung, daß ich die Zahlen hier nicht nenne, sondern daß ich Ihnen nur sage, daß wir für die Finanzierung des Wahlkampfes in weitem Umfang auf Spenden aus allen Kreisen angewiesen sind. Wir haben eine gewisse Hoffnung, daß hier ein Ausgleich gefunden wird. Ich möchte Sie alle um Ihre Mithilfe bitten. Die Einzelheiten und Zahlen machen wir alle vier bis sechs Wochen im Bundesfinanzausschuß bekannt, in dem alle Landesverbände durch ihre Landesschatzmeister und Landesgeschäftsführer vertreten sind. Dort sind die Zahlen offen. Diese Zahlen können dann zwischen Ihnen und Ihren Landesschatzmeistern ausgetauscht werden.

Über die Gesamtsituation darf ich folgendes sagen: Wir bekommen an Bundesmitteln 13,5 Millionen, an Mitgliederbeiträgen 3 Millionen und Landesmitteln 6,5 Millionen; alles andere müssen Spenden sein. Die Bundespartei behält von den 13,5 Millionen 10 Millionen und gibt 3,5 Millionen an die Landesverbände weiter, so daß die Landesverbände 6,5 Millionen Landesmittel, 2,5 Millionen Mitgliederbeiträge

und 3,5 Millionen vom Bund, also gleich 12,5 Millionen DM, bekommen, während sich die Bundespartei mit 10 Millionen begnügt. Das sind die Zahlen im großen.

Das Abkommen zur Begrenzung der Wahlkampfkosten[93] ist genau wie der Parteiengesetzentwurf, der jetzt im Bundestag vorliegt, eine Folge der verstärkten Finanzierung aus Haushaltsmitteln.

Dieses Abkommen, dessen Text Sie kennen, begrenzt in keiner Weise die Aufwendungen der Landesverbände, die sich nicht mit einem Staatsgebiet decken, während die zentralen Aufwendungen der Landesverbände, die sich mit einem Staatsgebiet decken, darin enthalten sind. Die Zahlungen von Kreisverbänden sind überhaupt frei; das gleiche gilt für Bezirke und Landesverbände, die sich nicht mit dem Staatsgebiet decken. Die Aufwendungen der Bundeszentrale und der Landesverbände, die sich mit einem Staatsgebiet decken, liegen im Rahmen der 12,5 Millionen, der sich für uns für die im § 3 genannten Werbemittel ergibt.

Die zeitliche Begrenzung ist vielleicht das Wichtigste an der Sache. Für die Plakatierung sind die letzten 30 Tage vorgesehen. (*Zuruf:* Das liegt ja vor!) – Wenn Sie sagen, Sie haben es alle gelesen, dann kann ich mich vielleicht darauf beschränken, die noch vorhandenen Fragen zu beantworten.

Interessant ist vielleicht noch folgendes. Das Parteiengesetz ist von der Koalition eingebracht worden.[94] Die Verhandlungen mit allen Parteien über den Text haben zu Einvernehmen über die staatsrechtlichen, demokratischen und sonstigen Fragen geführt, nicht aber über die Fragen der Rechenschaftslegung und der Finanzierung. Bei der Rechenschaftslegung verlangen wir auch die Vermögenslegung der Parteien, weil die SPD unzweifelhaft der Kapitalist unter den demokratischen Parteien ist. Die SPD verfügt über 14 Millionen DM Mitgliederbeiträge, über mindestens 7 Millionen DM aus ihrem Vermögen, und dazu kommen 13,5 Millionen aus dem Bundeshaushalt; das sind allein schon 24,5 Millionen DM. Dazu kommen noch die Beiträge der Mandatsträger, die bei denen stärker herangezogen werden. Schließlich kommen noch die Landesmittel mit 6 Millionen DM. So verfügt die SPD ungefähr über 34 Millionen DM gegenüber unseren rund 23 Millionen DM.

Die SPD verlangt von uns die Nennung der Namen bei Spenden über DM 5.000,– oder DM 10.000,–. Wir lehnen das grundsätzlich ab, denn wir wissen, daß das praktisch ein indirektes Unmöglichmachen der Spenden ist.

Wir haben in unserem Entwurf eine Mark pro wahlberechtigten Bürger aus dem Bundeshaushalt vorgesehen; das sind 38 Millionen DM. Die SPD hatte in den Verhandlungen als Maximum 60 Pf pro Bürger angeboten. Das haben wir abgelehnt. Daraus ergibt sich nämlich, daß es bei ihr nicht um das Prinzip, sondern um die Größenordnung geht.

---

93 Am 9. Januar 1965 unterzeichnet.
94 Vgl. Nr. 17 Anm. 42.

In § 39 des Statuts der CDU ist bestimmt, daß dem Bundesparteivorstand auf seiner ersten Sitzung nach dem 30. November der Etat vorgelegt werden soll. Ich trage ihn also vor, daß der ordentliche Haushalt für 1965 mit 14 Millionen Einnahmen und mit gut 12 Millionen Ausgaben vorliegt, so daß sich daraus ein rechnerischer Überschuß ergibt, den wir entweder vortragen oder wahrscheinlich noch zur Bundestagswahlkampffinanzierung verwenden müssen.

Adenauer: Meine Damen und Herren, der Reichtum der Sozialdemokraten stammt aus dem früheren Vermögen. Sie haben alles ersetzt bekommen und verfügen über große Summen. (*Burgbacher:* 200 Millionen!) Soviel ich weiß, geben auch die Gewerkschaften Geld ab, nicht direkt, sondern über eine ausländische Bank wird Geld von den Gewerkschaften einkassiert. Der Fluß der Spenden ist so dürftig, daß man manchmal verzweifeln möchte über die Dummheit der Betreffenden. Mehr will ich nicht sagen. – Bitte, Herr Kohl.

Kohl: Ich habe eine Frage. Wie ist es, wenn wir in unserem Landesverband eine Aktion starten lassen: Bei uns deckt sich Land und Landesverband. Nach Ihren Ausführungen ist es dann nur möglich, vor dem eigentlichen Wahlkampf eine solche Aktion in drei von unseren fünf Bezirken und in 20 von 52 Kreisverbänden zu starten. Damit verstoßen wir dann doch nicht gegen das Wahlkampfabkommen?

Burgbacher: Unter der Voraussetzung, daß Sie nicht uniforme Plakate verwenden.

Kohl: Nehmen wir an, wir machen es mit einer Wahlillustrierten oder mit ähnlichem.

Burgbacher: Wenn Sie in allem gleich ist, dann ist das eine zentrale Aufwendung. Diese zentralen Aufwendungen sind zeitlich begrenzt. Wir haben im Bundesetat für zentrale Aufwendungen der Landesverbände noch einen Raum gelassen. Wir haben die 12,5 Millionen zu Lasten zentraler Aufwendungen nicht für die Bundespartei verplant.

Kohl: Hier geht es also nach dem Windhundverfahren: Wer zuerst kommt, bekommt etwas.

Burgbacher: Wir fordern alle Landesverbände auf, ihre Ansprüche geltend zu machen.

Adenauer: Ja, wenn Sie keine weiteren Fragen mehr haben, darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind, und unsere Sitzung schließen.